Nr. 165 Mai 1990

DM 6,00 M 3477 F



informationszentrum dritte welt

Rebellierende Jugend

Ägypten Südafrika Eritrea
Argentinien Nicaragua Singapur

blätter des iz3w

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andreas Beil, Matthias Bertsch, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Susanne Neymeyer, Mechtild Maurer, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Detlev Vogel, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641) 7 70 53

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: 55,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,50,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 166:
22.05.1990

Anzeigenschluß für Nr. 166:
(Druckfertige Vorlagen) 29.05.1990

Titelfoto: Marianne Stern

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Medienspektakel Eine-Welt-Woche

Ein zweiter „Tag für Afrika"?

Nun findet es also statt, das umstrittene Medienereignis "Eine Welt für Alle", organisiert von ARD und ZDF in Zusammenarbeit mit den großen Hilfswerken der Bundesrepublik.
Ausgangspunkt des Spektakels war seinerzeit die Planung einer Fernsehwoche. Sendungen und Sendeplätze standen fest, ohne daß es genauere Überlegungen zum jeweiligen Inhalt gab. Europaweite Übertragungen wurden verhandelt, ohne daß klar gewesen wäre, was genau Ziel und Inhalt war. Die Kritik von JournalistInnen aus den Sendeanstalten kam dann auch unverzüglich.
Auch der kritische Teil der Dritte-Welt-Szene reagierte heftig. Hauptkritikpunkt war die konzentrierte Planung von oben durch die großen Hilfswerke und die ARD (NDR), die mangelnde Beteiligung von VertreterInnen der Dritten Welt und die wenig eindeutigen Aussagen zu den Ursachen des Elends in der Dritten Welt.
Doch die Kritik wurde von den Befürwortern des Spektakels kaum zur Kenntnis genommen, und dann geschah auch noch etwas, was ihnen einen ganz unverdienten Auftrieb verschaffte: Durch die Vorgänge in Osteuropa geriet die Dritte Welt so sehr ins Medienabseits, daß die Eine-Welt-Woche-Manager ihre Aktivitäten nun als Korrektiv zu dem nachlassenden Dritte Welt Interesse verkaufen können.
Vor diesem Hintergrund ist es umso dringlicher, noch einmal die Argumente gegen das Spektakel zusammenzutragen, die nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt haben.

Was die ARD da derzeit umsetzt, ignoriert die langjährigen Erfahrungen entwicklungspolitischer Informationsarbeit. Die großen Probleme wollen die Initiatoren ansprechen - Ökologie, Frieden und Hunger. Aber auch wenn die Probleme global sind, lassen sie sich nur differenziert handhaben und betrachten. Und die Einsicht, um die es da geht und die zu Veränderungen führen soll, entsteht nicht ohne das Verständnis der Strukturen. Diese sind sehr komplex und nicht in einer einzigen Woche mit konzentrierter Berichterstattung aufzuarbeiten.

Zum tausendsten Mal die Bedrohung unserer Sauerstoffversorgung durch Abholzung des brasilianischen Regenwaldes zu kritisieren hilft nichts, wenn nicht die Zusammenhänge herstellt werden. Was haben die sogenannten großen Probleme mit uns zu tun? Haben die bundesdeutschen Multis ihre riesigen Farmen in Brasilien mittlerweile den Bauern übergeben oder wird auf ihnen immer noch abgeholzt? Wieviel Regenwald wird gerodet für die Rindfleischproduktion unserer Hamburger und für unsere Möbelindustrie? Recycling von Aluminiumdosen ist sicher gut - aber es ist auch Augenwischerei. Für die Produktion der 'tragbaren' Getränke wird brasilianisches Aluminium geschmolzen in Hochöfen, die mit Holzkohle aus dem Regenwald beheizt werden. Was hat die Dritte Welt also mit Pfandflaschen zu tun, wäre die Frage ...
Die Reihe der Beispiele ließe sich endlos fortsetzen. Was fehlt, ist der Blick, der ein bißchen tiefer geht. In welchen Widersprüchen wir leben und wo die Auswege sind. Sie bestehen mit Sicherheit nicht darin, Spenden zu sammeln. Aber in den Broschüren zur Eine-Welt-Woche finden sich doch wieder die üblichen Spendenanzeigen mit Kontonummer und Projektbeschreibung. Man hatte doch, so vor einiger Zeit noch die Initiatoren, eine Informationskampagne ohne Spendensammlung machen wollen...

Was die Kritiker befürchten, ist, daß die Probleme zum wiederholten Mal nur angerissen werden. Die Probleme kommen in bekannter Form und neuer Verpackung auf den Bildschirm. Die Handlungsperspektiven, nach denen die Zuschauer fragen werden, die sich ansprechen lassen, sind die von gestern und vorgestern. 'Reden Sie mal mit ihrem Abgeordneten.' 'Kaufen Sie Pfandflaschen und keine Produkte aus Ländern, die die Menschenrechte nicht achten.'
Wer in einer einzigen Woche ein solches Großereignis inszeniert, muß beantworten können, was wahrscheinlich davon übrig bleibt in den Köpfen und Herzen. Was nicht weiterführt, führt zur Abstumpfung.

Und wenn nach den einschlägigen Erfahrungen z.B. mit dem 'Tag für Afrika' immer noch davon geredet wird, dies sei nur ein weiterer Versuch, ist das ein bißchen wenig. Wer mit soviel Geld und Macht und Einfluß arbeitet, von dem sollte verlangt werden, in seinem Vorhaben etwas sicherer zu sein...

Der Verdacht drängt sich auf, daß der Betrieb weiterlaufen soll. Die Dritte Welt wird zum Unterhaltungsobjekt, selbstverständlich mit moralischem Anspruch. Das ist vielleicht neu. Daran ändert auch der jetzt oft gehörte Appel nichts: Über der DDR nicht die Dritte Welt zu vergessen. Milliarden nach Osten oder nach Süden? Das ist wohl kaum die Frage. Das Geld oder die Entwicklungshilfe ist doch nicht das Hauptproblem. Wie die Dritte Welt und die sogenannten globalen Probleme zum integralen Bestandteil von Politik und Alltag zu machen sind, wäre vordringlich. Das bedeutet eben nicht einfach eine geballte Dosis Dritte Welt, sondern eine andere und kontinuierliche Berichterstattung. Und da kommt dann wieder von den Medienleuten das Argument der Einschaltquoten, daß die Leute nichts davon hören wollen. Ein scheinbarer Teufelskreis. Es könnte ja auch sein, daß schon bald die Argumentation eine andere sein wird. Nicht mehr die, das wollen wir jetzt nicht hören, sondern die, warum haben sie uns davon nichts erzählt. Die Vordergründigkeit und Kurzfristigkeit der Argumentation liegt auf der Hand, zumal die Ermittlung der Einschaltquoten und Leserzahlen alles andere ist als eine exakte Wissenschaft.
Der emotionale Appel dieser Woche führt nicht weiter. Er reicht vielleicht für akzeptable Einschaltquoten und schöne, mitunter bewegende Bilder. Nicht Zustimmung zu der einen Welt wird gebraucht, sondern eher eine Antwort auf die Frage: Welche Welt für Alle?

Peter Wasel

Rebellen und Verräter

Es gab wohl kaum einen Internationalisten in Nicaragua, der nach der herben Wahlenttäuschung nicht seinen Kalender und sein Rückflugticket hervorholte und sich überlegte: die Revolution ist zu Ende, was soll ich nun noch hier? In der Tat sollen die Rückflüge zur Zeit ausgebucht sein.
Inzwischen haben sich die meisten Internationalisten sowie die Sandinisten wieder gefaßt. Die Sandinisten haben angekündigt, daß sie auch nach der Übergabe der Regierung alle Errungenschaften der Revolution bis zum äußersten verteidigen werden. "Vamos a gobernar desde abajo" (wir werden von unten regieren), ist jetzt ihre Devise. Zwei Fragen allerdings lassen sich noch nicht befriedigend beantworten. Erstens, wie konnte es dazu kommen? Zweitens, wie wird es jetzt weitergehen?

Die Sandinisten hatten den Wahltermin nur deshalb vorgezogen, weil sie ganz sicher waren, daß sie gewinnen würden. Ihre ganze Wahlkampfstrategie wurde von dieser Gewißheit bestimmt. Es war eine triumphale Wahlkampagne, nicht sehr politisch, eher als Show, als ein großes Spektakel aufgezogen. Aber die Nicaraguaner lassen sich auch mit Lichteffekten nicht hinters Licht führen. Sie wollten nicht zu einem Volk von Helden und Märtyrern werden. Sie wollten endlich wirkliche Verbesserungen, vor allem Frieden und etwas mehr soziale und wirtschaftliche Sicherheit. "Todo será mejor" (alles wird besser sein) - vielleicht mit der UNO? So dachten offensichtlich viele.
Die Sandinisten haben für den Wahlsieg der UNO inzwischen eine einfache Erklärung. Sie führen ihn auf drei Ursachen zurück: 1. auf den Krieg, 2. auf den Hunger, 3. auf den Stimmenkauf durch die UNO. Die UNO hat tatsächlich Stimmen gekauft, aber als Erklärung für ihren gewaltigen Wahlsieg (sie hat die Sandinisten in allen drei Teilwahlen, Präsidentschaftswahl, Abgeordnetenwahl und Gemeinderatswahl klar besiegt) reicht das nicht aus. Die beiden anderen Gründe haben mehr Gewicht. Die Menschen wollen sich wieder satt essen können, und die Mütter wollen ihre achtzehnjährigen Söhne nicht mehr in den Krieg gegen die Contras schicken müssen. Alle drei Gründe kommen freilich auch den Sandinisten zupaß: am Krieg, am Hunger und auch am Stimmenkauf sind die USA schuld. Auf diese Weise kann die "Frente" jede Selbstkritik vermeiden, die jedoch dringend nötig wäre. Denn die FSLN hatte offensichtlich ein ganz unzutreffendes Bild von der Unterstützung, die sie beim Volke genoß. Die Sandinisten glaubten, die Bauern würden sie lieben, weil sie ihnen nach der Vertreibung Somozas das Land gegeben haben. Aber die Mehrheit der Bauern scheint nicht damit einverstanden zu sein, daß sie in Kooperativen organisiert wurden, daß sie ihre Produkte billig an ENABAS verkaufen müssen, während sie auf dem freien Markt den dreifachen Preis dafür erzielen könnten, und daß ihre Söhne in den Kooperativen noch viel weniger Chancen haben, sich dem Militärdienst zu entziehen, als es in der Stadt der Fall ist. Der FSLN hatte sich als Regierungspartei einen vertikalen Führungsstil angewöhnt. Die Direktiven kamen von oben, die Basis wurde nicht konsultiert. Die Diskussionen der verschiedenen Sektoren der Bevölkerung mit dem Präsidenten, die unter dem Namen "De cara al pueblo" berühmt geworden sind, lassen sich als Gegenargument anführen. Aber diese scheinbar so basisdemokratischen Veranstaltungen hatten einen Haken: man konnte daran nur teilnehmen, wenn man eingeladen war. Und die Einladungen organisierten die Kader der "Frente". Hinzu kommt, daß die Ineffizienz, die Schlamperei und Gleichgültigkeit, die in vielen Bereichen des Staatsapparates herrschen, in zehn Jahren Revolution eher noch schlimmer geworden sind. Wer vor dem staatlichen Supermarkt stundenlang in der Sonne stehen muß, weil die Verkäufer noch Mittagsschlaf halten und erst eine Stunde später aufmachen, wer sich vor den Behördenschaltern die Beine in den Bauch stehen muß, während die Volksdiener die Zeitung lesen, wem es auf den Ämtern immer wieder passiert, daß die verantwortliche Genossin heute nicht gekommen ist und auch niemand den Schlüssel zu ihrem Schreibtisch hat, der wird verstehen, daß der Sieg der UNO auch das Ergebnis einer Protestwahl war. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, daß die einzige Partei außer UNO und FSLN, der es gelang, einen Abgeordneten ins Parlament zu bringen, das Movimiento de Unidad Revolucionaria (MUR) war, das unter der Führung des FSLN-Dissidenten Moisés Hassán für einen "reinen", ursprünglichen, nicht korrumpierten Sandinismus eintritt. Die Linksparteien maoistischen und trotzkistischen Ursprungs blieben dagegen im Null-Prozent-Bereich. Es ist zu hoffen, daß die Sandinisten sich in der Opposition regenerieren, von ihrem hohen Roß heruntersteigen und aus ihrer Niederlage etwas lernen werden.

Wie sehen die Zukunftsperspektiven Nicaraguas nun konkret aus? Das Hauptproblem sind - neben der ruinierten Wirtschaft - nach wie vor die Contras, die nach dem Friedensabkommen der zentralamerikanischen Präsidenten von Esquipulas und Tela verpflichtet wären, sich jetzt, nach der Durchführung demokratischer Wahlen in Nicaragua, zu demobilisieren, d.h. sich als militärische Struktur aufzulösen und ihre Waffen an eine dafür vorgesehene Kommission der Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten abzuliefern. Danach könnten sie als normale Bürger nach Nicaragua zurückkehren oder sich in einem anderen Land ihrer Wahl (z.B. Honduras) niederlassen. Die Contras lehnen dies bisher ab, bzw. sie knüpfen ihre Demobilisierung an eine unerfüllbare Vorbedingung: die Auflösung des Ejército Popular Sandinista (EPS) und des Innenministeriums (MINT). Letztlich scheint es ihr Ziel zu sein, nach der Auflösung der sandinistischen Armee und Polizei deren Stelle einzunehmen. Der rechte Flügel der UNO unterstützt diese Lösung. Ihm schwebt ein "Somozismus ohne Somoza" vor, der jedoch beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis mit größter Wahrscheinlichkeit auf ein Blutbad hinauslaufen würde. Das Ergebnis wäre ein Bürgerkrieg und schließlich eine US-Intervention wie in Panamá. Der gemäßigte Flügel der UNO, repräsentiert durch Violeta Chamorro selbst, hat erkannt, daß die UNO nur dann regieren kann, wenn sie zu einer Übereinkunft mit den Sandinisten gelangt. Die Verhandlungen mit dem Ziel einer friedlichen und reibungslosen Übergabe der Regierungsmacht sind im Gange, und man muß hoffen, daß ein tragfähiger Kompromiß dabei herauskommt, der dem Lande in den nächsten Jahren trotz aller Spannungen ein Minimum an Stabilität ermöglicht. Allerdings rollt auch auf beiden Seiten die Welle der Gewalt: nach "La Prensa" sind es UNO-Aktivisten, die von fanatischen Sandinisten bedroht und ermordet werden; nach "Barricada" werden Sandinisten zu Opfern von UNO-Gewalttätern. Man weiß nicht, wem man glauben soll. Sicher ist, daß die Contras neuen Mut gefaßt und eine neue Offensive gestartet haben und daß in der I. und der V. Region wieder heftig gekämpft wird.
Sicher ist auch, daß die internationale Solidarität nötiger ist als je zuvor: die Revolution braucht gerade unter den neuen, schwierigeren Bedingungen weiterhin finanzielle, fachliche und moralische Unterstützung. Allerdings ist es auch mehr denn je erforderlich, sich jedes Projekt, das man unterstützen will, ganz genau anzusehen. Die Hilfe kann sonst allzu leicht fehlgehen und das Gegenteil von dem bewirken, was man eigentlich bewirken will.

Christa Walter/Günther Schmigalle

Ein sorgenvoller Blick nach Osteuropa

Nicht nur die westliche Welt blickt derzeit wie gebannt nach Osten. Auch in Ägypten beispielsweise wird aufmerksam registriert, was sich in Europas Ostecke tut. Für Ägypten sind die dortigen Vorgänge in zweierlei Hinsicht relevant: Erstens könnte der Funke des politischen Aufbegehrens auf die Bevölkerung des Landes am Nil überspringen und eine Erhebung gegen die selbstherrlich regierenden Machthaber entfachen. Zum zweiten kann es passieren, daß die westeuropäischen Hilfsströme nach Ägypten im Zuge der verstärkten Kooperation mit dem Osten spärlicher fließen. Die Opposition in Ägypten befürchtet, daß diese Entwicklungen die ägyptischen Machthaber zu mehr Wohlverhalten gegenüber dem IWF zwingen werden.

Ein Mann steht unter einem Obstbaum und schüttelt ihn mit aller Kraft. Ein dicker Apfel ist bereits in den Staub gefallen. Es ist der Kopf von Nicolai Ceaucescu! Ein anderer hängt, schon bedrohlich hin und her schwingend, noch im Baum. "Wer ... wer ist der Nächste?", ruft der Mann.
Diese Karikatur erschien kürzlich in einer ägyptischen Oppositionszeitung. Der zweite Apfel braucht kein Gesicht zu tragen - jedem Ägypter ist klar, wer hier nur gemeint sein kann: Ihr eigener Präsident Husni Mubarak!
In der Tat ist die ägyptische Regierung beunruhigt über die rasanten Entwicklungen in Osteuropa. Parallelen zwischen der "Arabischen Republik Ägypten" und den zusammenbrechenden sozialistischen Regimes sind auch nicht zu übersehen: Hier wie dort wird politische Macht von einem kleinen Personenkreis ausgeübt, hier wie dort gibt es Wirtschaftskrisen verbunden mit Preissteigerungen. Dem wachsenden Unmut der Bevölkerung steht eine schwindende Legitimationsbasis der Regierung gegenüber und Korruption bis in die höchsten Ränge ist in Ägypten ebenso sprichwörtlich wie die Macht der ihr zu Grunde liegende Bürokratie.

Noch scheint alles ruhig in den Straßen und Häuserschluchten Kairos, der Metropole des Mittleren Ostens. Schnell aber kann der Funke überspringen, und wo zuvor noch Witz, eine Portion Fatalismus und der tägliche Überlebenskampf im Großstadtgewühl die Unzufriedenheit verdrängt haben, gewinnt der Unmut die Überhand und entlädt sich wie zuletzt 1986 bei dem gewalttätigen Aufstand der Bereitschaftspolizei, den die Regierung durch die Armee niederschlagen ließ. Auf die Loyalität der Armee ist allerdings nicht immer Verlaß. Kritik an System und Regierungspolitik ist wie selbstverständlich auch aus hohen Offizierskreisen zu vernehmen.

Die Regierung versucht bei ihrem Krisenmanagement eine Art Balanceakt: Auf der einen Seite gewährt sie begrenzte Meinungsfreiheit, die teilweise überraschend offene Kritik zuläßt, auf der anderen Seite bleibt diese Kritik absolut folgenlos und nicht genehme Positionen und Gruppierungen, wie zum Beispiel Teile der fundamentialistischen islamischen Bewegung werden mit aller Härte unterdrückt.

Politisch verfolgt werden aber nicht nur Personen, die dem Kreis der radikalen islamischen Gruppen zugerechnet werden. So wurden im Sommer nach Streiks in Ägyptens größter Stahlfabrik 700 Arbeiter festgenommen. Die anschließenden Verfolgungen gingen weit über den Kreis der direkt Beteiligten hinaus. Unter dem Vorwurf der Gründung einer kommunistischen Untergrundpartei wurden 52 Intellektuelle, die sich für die Arbeiter eingesetzt hatten, selbst verhaftet und im Gefängnis gefoltert. Unter ihnen befand sich sogar ein Journalist der halbamtlichen "Al Ahram"-Zeitung. Diese Unterdrückungspolitik der Regierung erfolgt auf der Grundlage des seit neun Jahren geltenden Notstandgesetzes, das von den verschiedenen Oppositionsgruppen gleichermaßen heftig kritisiert wird.

Wirtschaftliche Konsequenzen

Bei einem anderen Aspekt der Beurteilung der Ereignisse in Osteuropa sind sich Opposition und Regierung jedoch ziemlich einig: Mit großer Sorge blickt man auf die Zukunft der Entwicklungs- bzw. der Nord-Süd-Politik. Was bereits während der Entspannungsbemühungen zwischen den Supermächten seit dem Amtsantritt Gorbatschows begann, findet jetzt in unzähligen Berichten und Kommentaren in den Zeitungen jeglicher Couleur seinen Niederschlag. Die immer wieder gestellte Frage lautet: Wer interessiert sich angesichts dieser Entwicklungen eigentlich noch für uns? Ägyptens Präsident Mubarak äußerte sich hierzu in einem Zeitungsinterview: "Die Krise des Landes würde sich zuspitzen, wenn ausländische Hilfe von Kairo in den Ostblock umgelenkt würde." Diese Sorge teilt auch die Opposition. Ein Anfang Januar erschienener Bericht eines linken ägyptischen Wochenmagazins beginnt mit der Auflistung der Milliardenbeträge, die die Bundesrepublik in den letzten Monaten der DDR, der Sowjetunion, Polen und Ungarn als finanzielle Soforthilfe in Aussicht gestellt hat. Dann wird die Frage gestellt: "Wo bleiben wir - die Araber - bei diesen Zuwendungen?" Tatsächlich setzen Staaten wie Ägypten, im übrigen seit langem zweitgrößter Empfänger amerikanischer und bundesdeutscher Entwicklungshilfe, bei ihren Entwicklungsbemühungen nach wie vor auf Finanzierungen und Investitionen aus den Industriestaaten. Um neue Kredite zu erhalten und Umschuldungen einzuleiten, steht Ägypten nach langwierigen Verhandlungen mit IWF und Weltbank kurz davor, deren Bedingungen zumindest teilweise entgegenzukommen. Strukturelle Wirtschaftsreformen, Wechselkursangleichungen, Zinserhöhungen und eine schrittweise Verringerung der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und Energiepreisen stehen ganz oben auf der Wunschliste des Währungsfonds. Zusätzlich soll ein neues Investitionsgesetz, vor allem durch die Reduzierung bürokratischer Hindernisse, ausländische Privatinvestitionen in Ägypten weiter erleichtern.

In Folge von Subventionskürzungen erhöhte Grundnahrungsmittelpreise führten in der Vergangenheit schon mehrfach zu sogenannten "Brotrevolten". Das zeigt, auf welch dünnem Eis sich die Regierung bei ihrem Taktieren zwischen Zugeständnissen an IWF und Gläubiger auf der einen und der angespannten Lage im Innern auf der anderen Seite bewegt.

Allgemein wird erwartet, daß sich diese Situation in dem Maße weiter verschärfen wird, in dem benötigte internationale Finanzhilfen und vor allem private Investitionen in die neu eröffneten Märkte Osteuropas abfließen. Auf der anderen Seite sind Alternativen zur derzeitigen weltmarktabhängigen Entwicklungspolitik Mangelware. Die um sich greifende Ratlosigkeit drückt sich in Leerformeln und Appellen aus. Präsident Mubarak: "Wir sollten uns bei unseren Entwicklungsanstrengungen mehr auf uns selbst verlassen und der Privatsektor sollte sein Geld in Ägypten investieren!"

Die Phasen der ägyptischen Entwicklung

Schon einmal waren nicht nur die Staaten des Mittleren Ostens in den Hintergrund der Großmachtinteressen gerückt. In Ägypten war das in den 50er und 60er Jahren eine der Voraussetzungen für das Experiment des arabischen Solzialismus unter Nasser. Dieser Versuch einer autonomen Entwicklungspolitik zwischen den Blöcken scheiterte und wurde spätestens Mitte der 70er Jahre von Sadats "Politik der Öffnung" abgelöst. Mit Maßnahmen wie der Lockerung von Import- und Devisenkontrollen, der Schaffung von Freihandelszonen, Handelserleichterungen und der Steuerbefreiung neugegründeter Unternehmen sollten die dominierende Rolle des Staates zurückgeschraubt und ausländische Privatinvestitionen angelockt werden. Zusammen mit einer wieder hauptsächlich exportorientierten Entwicklungsstrategie führte dies zur vollständigen Reintegration Ägyptens in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem und zu extremen Einkommensunterschieden innerhalb des Landes. Das Ausmaß der sozialen Polarisierung läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, daß sich Ägypten innerhalb weniger Jahre zu einem Land mit einer der weltweit höchsten Millionärsdichten entwickelt hat, ohne daß in dieser Zeit der allgemeine Lebensstandard insgesamt erhöht wurde. Die heutige Zahl liegt noch weit darüber. Als "fette Katzen" bezeichnen die Ägypter die Angehörigen dieser, zum Beispiel durch den Import von Luxusgütern und ihre Nähe zur Staatsbürokratie reich gewordenen Schicht.

Die Ergebnisse der Öffnungspolitik blieben jedoch weit hinter den hoch gesteckten Erwartungen zurück. Der Umfang von Direktinvestitionen und Joint Ventures mit Industriestaaten macht bis heute nur einen Bruchteil der ägyptischen Gesamtinvenstitionen aus. Außerdem entfielen etwa zwei Drittel der getätigten ausländischen Investitionen auf den Dienstleistungssektor (u.a. Tourismus und Banken).

Trotzdem setzt Mubarak grundsätzlich den wirtschaftlichen Kurs Sadats fort. Heute ist keines der Probleme Ägyptens gelöst. Das Wirtschaftswachstum ist wieder unter die Rate des Bevölkerungszuwachses von fast 3 % gefallen, mit 50 Milliarden Dollar Auslandsschulden ist das Land einer der am höchsten verschuldeten Staaten der Welt und völlig abhängig von Krediten und Nahrungsmittelimporten. Internationale Abhängigkeit und eine vornehmlich auf Machterhalt bedachte Politik des Regimes versperren heute den Weg zu neuen Experimenten. Auch sind keine Alternativen in Sicht. Die Regierung versucht sich zur Zeit an der vorsichtigen Liberalisierung und Privatisierung des von allen Seiten als unproduktiv kritisierten öffentlichen Sektors. Mubarak bezeichnet das als Lehre, die man aus den ökonomischen Schwierigkeiten der osteuropäischen Länder ziehen müsse. Diese hätten viel zu sehr auf die staatliche Kontrolle gesetzt. Die ägyptische Opposition auf der anderen Seite ist sich zwar einig in der Kritik an den Zugeständnissen der Regierung bezüglich der IWF-Forderungen, praktikable Konzepte anzubieten fällt aber auch ihr schwer. Die ohnehin schwache Linke besteht auf der Fortführung der Dominanz eines, wenn auch reformierten, öffentlichen Sektors und vertritt größtenteils weiter das nasseristische Modell der Binnenmarktorientierung und der allgemeinen Wohlfahrtspolitik, wobei unklar bleibt, wie das zu bezahlen wäre. Für die Mitte-Rechts-Parteien sind Demokratie und Freiheit die Zauberworte, die gerade jetzt täglich in den Berichten der oppositionellen "Wafd"-Zeitung als Lösung für alle Probleme angepriesen werden. Auf entwicklungspolitischer Ebene bedeutet dies die Fortsetzung des Sadatkurses der forcierten Privatisierung und das weitere Zurückdrängen des öffentlichen Sektors. Ein Wirtschaftsliberalismus, der vor allem auf Kosten derjenigen breiten Bevölkerungsschichten gehen würde, die bereits jetzt am meisten unter Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Arabische Antworten auf die europäische Herausforderung

Die größten auch von der Regierung propagierten Hoffnungen verbinden sich gegenwärtig mit einer Intensivierung der arabischen Integration. Mit dem Gulf Cooperation Council (GCC), der Maghreb-Union und dem Arab Cooperation Council (ACC) sind in jüngster Zeit gleich drei Wirtschaftsbündnisse im Mittleren Osten entstanden. Vorbild für all diese Aktivitäten ist die europäische Gemeinschaft. Deren gemeinsamer Binnenmarkt von 1992 wird indes als Bedrohung empfunden, der es etwas entgegenzusetzen gilt, denn für die ohnehin schon beschränkten Exportmöglichkeiten der arabischen Staaten sind zusätzliche Hindernisse abzusehen. Allerdings stecken diese Bündnisse noch in den Kinderschuhen. Über Absichtserklärungen und einige Ansätze in Bereichen wie der Handels- und Verkehrspolitik ist man bisher nicht hinausgekommen. Dies nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, daß die Bündnisse zwischen oft äußerst heterogenen Staaten im krisenempfindlichen Mittleren Osten immer wieder besonderen Belastungen ausgesetzt sind. So der Zusammenschluß von Ägypten, dem Nordjemen, Irak und Jordanien (ACC): Erst vor knapp einem Jahr ins Leben gerufen, standen in dieser Zeit weniger die Bemühungen um wirtschaftliche Integration im Mittelpunkt des Interesses, als vielmehr die Unruhen in



...führten in der Vergangenheit schon mehrfach zu sogenannten Brotrevolten

Jordanien oder die Auseinandersetzungen um die fast zwei Millionen im Irak arbeitenden Ägypter.

Für Ägypten stehen die Bemühungen um wirtschaftliche Integration aber immer auch im Zeichen der weiteren Erhöhung der strategischen Bedeutung des Landes. Militärisch, kulturell und ökonomisch ist Ägypten nämlich weiterhin die Drehscheibe der arabischen Welt. Dementsprechend wichtig ist die Position des Landes für die Stabilität der gesamten, so sensiblen Region. So ist auch die mäßigende Rolle, die Ägypten hier spielen soll, eines der wenigen Gewichte, die bei den Verhandlungen mit den internationalen Kreditgebern in die Waagschale geworfen werden können. In dieser Beziehung war 1989 ein für Ägypten äußerst erfolgreiches Jahr: Mit der Wiederaufnahme in die Arabische Liga, aus der das Land 1979 nach dem Friedensvertrag mit Israel ausgeschlossen wurde, dem Vorsitz Mubaraks in der OAU, der Vermittlerrolle, die Ägypten zwischen den USA, Israel und den Palästinensern spielt, der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Syrien und Libyen (die beiden Staaten tauchen erst seit wenigen Wochen wieder auf der internationalen Wetterkarte des ägyptischen Fernsehens auf, nachdem zuvor jahrelang aus Damaskus und Tripolis keine Temperaturen mehr gemeldet worden waren) und schließlich der Gründung des ACC hat sich Ägypten mit Nachdruck als bedeutender Faktor in der internationalen Politik zurückgemeldet.

Mubarak übt sich im politischen Überleben

Als Mittel zur Beruhigung der inneren Lage oder zur Ablenkung von den drängenden Problemen des Landes ist die erfolgreiche Außenpolitik aber nur sehr bedingt tauglich. Im Gegenteil - ein oft geäußerter Vorwurf ist, daß Präsident Mubarak zu viel in der "Weltgeschichte" herumreise, sich zu wenig um die Nöte und Sorgen "seines" Volkes kümmere und dies lieber anderen überlassen würde. So entwickelte sich Mubaraks Innenminister Zahi Badr seit seinem Amtsantritt 1986 zur meist gehaßten öffentlichen Figur Ägyptens. Scharfe Verfolgung der politischen Gegner mit allen Mitteln, die ihm das seit 1981 geltende Ausnahmerecht einräumt, härteste Unterdrückung von Lohnstreiks und anderen Protest- und Unmutsäußerungen, die "die innere Sicherheit des Staates gefährdeten" und ein von vielen als - vorsichtig umschrieben - unzivilisiert empfundenes Verhalten in der verbalen politischen Auseinandersetzung kennzeichneten sein Image. Ironie der ägyptischen Verhältnisse, daß ausgerechnet letzteres ihn schließlich den Kopf kosten sollte. Eine Mitte Januar geheim angefertigte Tonbandaufzeichnung einer nichtöffentlichen Rede des Innenministers vor Polizeioffizieren offenbarte sein "unqualifiziertes" Verhalten. In dieser Rede hatte er sämliche politischen und gesellschaftlichen Gruppen des Landes mit den übelsten Schimpfworten tituliert, die die arabische Sprache zu bieten hat.

Die Veröffentlichung in den Oppositionsblättern am folgenden Tag erregte das ganze Land. In den Straßen und Cafés der Hauptstadt gab es kein anderes Diskussionsthema und der Tenor lautete: Das geht zu weit! Zaki Badr hatte die ohnehin weit gezogenen Toleranzgrenzen überschritten und seine Macht über Geheimpolizei und Ausnahmegesetze konnten ihn nicht mehr vor den Angriffen schützen, die jetzt das Eingreifen des "Rais", des Präsidenten selbst verlangten.

Als einen "Überlebensakt" bezeichnete Saad ed-Din Ibrahim, Ägyptens bekanntester Soziologe, die Absetzung des Innenministers durch den Präsidenten bereits am darauffolgenden Tag. Anderweitig wäre der Funken vielleicht übergesprungen und die Folgen für die Regierung unabsehbar gewesen. Tatsächlich konnten durch die Entlassung Zaki Badrs die Gemüter vorerst beruhigt werden und Mubarak selbst vielleicht sogar an Popularität dazugewinnen. Aber die Opposition setzt nach. Gefragt wird jetzt, wie es überhaupt zu einer derartigen unkontrollierten Machtfülle und zu einem solchen Machtmißbrauch kommen konnte. Der Schluß ist klar und einhellig: Nicht Personen - das System muß verändert werden! Auf der Woge des Erfolgs, der nicht zu Unrecht als ein Erfolg des Volkes Stimme gefeiert wird, werden weitere Schritte gefordert. An der Spitze dieser Forderungen steht die Aufhebung der Notstandgesetze. Desweiteren werden die Freilassung der politischen Gefangenen und Demokratisierung in allen Bereichen verlangt. Die Opposition läßt ihre wenigen Muskeln spielen und die Bevölkerung scheint sensibilisiert. Bereits wenige Stunden nach ihrem Erscheinen waren in den ersten Tagen nach dem Sturz Zaki Badrs sämtliche Oppositionszeitungen vergriffen. Parallelen zu den Ereignissen in Osteuropa drängen sich auf, und gerade das Beispiel Rumänien wird von der Opposition auch ganz bewußt eingesetzt. Existiert doch in der gesamten Region keine einzige demokratisch legitimierte Regierung.

Möglich, daß es sich nur um ein vorübergehendes Beben handelt, möglich aber auch, daß die Erschütterungen, die in den nächsten Jahren auf Ägypten und andere Staaten der "Dritten Welt" zukommen werden, so stark sind, daß noch der eine oder andere Apfel vom Baum geschüttelt wird.

Jochen Müller

“Eine Hand alleine kann nicht klatschen“

Fast 15 Jahre leben die sahrauischen Flüchtlinge nun schon in einfachen Zeltlagern in der südalgerischen Sahara. Das Leben in diesem Wüsten-Exil wird vor allem von den sahrauischen Frauen organisiert. Sie haben dort unter den schwierigen Bedingungen des Wüstenlebens und der Abhängigkeit von ausländischen Hilfslieferungen eine erstaunliche Infrastruktur aufgebaut. Es gibt Gesundheitsstationen, Werkstätten, Schulen und sogar Obst- und Gemüsegärten mitten in der Wüste. Alle sahrauischen Frauen haben eine militärische Grundausbildung, um gegebenenfalls die Flüchtlingslager gegen Angriffe der marokkanischen Armee verteidigen zu können. Ein sahrauisches Sprichwort heißt: “Eine Hand alleine kann nicht klatschen.“ In der sahrauischen Verfassung ist die “Gleichberechtigung der Frauen“ auf allen Gebieten ausdrücklich verankert. In den Führungspositionen sind allerdings die sahrauischen Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert. So gibt es in dem 27-köpfigen Politbüro der Befreiungsbewegung Frente Polisario nur eine Frau: Senia Ahmed Merhba, die zugleich Direktorin der großen sahrauischen Frauenschule ist. Karl Rössel hat mit ihr in den sahrauischen Flüchtlingslagern über die Stellung der Frauen in der sahrauischen Gesellschaft gesprochen:



Senia Ahmed Merhba, Generalsekretärin der union Nacional de Mujeres Sahrauis
Foto: GFSV

Welches Los hatten die sahrauischen Frauen unter der spanischen Kolonialherrschaft?

Senia Ahmed Merhba: Das Schlimmste, was die Spanier uns angetan haben, war, uns in einem Zustand der Unwissenheit zu halten. Die sahrauischen Frauen waren keine freien Menschen, weil ihnen überhaupt keine Möglichkeiten zur Ausbildung gewährt wurden. Sie waren lediglich dazu da, Kinder aufzuziehen. Dabei war die Situation der sahrauischen Frauen vor der spanischen Kolonialzeit, also im letzten Jahrhundert, eine ganz andere gewesen. Schon damals haben Frauen bei uns selbständig gearbeitet und in der sahrauischen Gesellschaft mitbestimmt. Sie haben Getreide gepflanzt und Viehherden gehalten, Teppiche gewebt und Kamelleder verarbeitet. Die Frauen waren deshalb geachtet. Unsere Situation war somit schon immer ganz anders als in allen arabischen Nachbarländern. Ein Grund dafür war, daß die sahrauischen Männer auch damals schon häufig von ihren Familien getrennt lebten. Entweder sie kämpften in sahrauischen Widerstandsgruppen gegen die Eindringlinge in unserem Land oder sie waren mit Kamelherden und Karawanen unterwegs zu den entlegenen Märkten der Sahara. Die Frauen waren also auf sich selbst gestellt und mußten sowohl das Familienleben wie den Handel zu Hause häufig alleine organisieren.

1973 wurde die sahrauische Befreiungsbewegung Frente Polisario gegründet, zunächst um gegen die spanische Kolonialmacht zu kämpfen. Waren Frauen daran beteiligt?

Senia Ahmed Merhba: Ja, es gab sogar sehr viele Frauen, die daran beteiligt waren. Die Frauen konnten sich am ehesten mit dem sahrauischen Befreiungskampf identifizieren, denn sie hatten eine Veränderung ihrer Situation unter der Kolonialherrschaft besonders nötig.

Haben sich die sahrauischen Frauen auch - ähnlich wie im algerischen Befreiungskrieg - an konkreten Aktionen der Frente Polisario beteiligt?

Senia Ahmed Merhba: Die sahrauischen Frauen haben nicht nur Waffen unter ihren Gewändern geschmuggelt, sondern auch selbst Minen gegen spanische Stellungen gelegt und an bewaffneten Angriffen teilgenommen. Viele Frauen wurden deshalb gefangengenommen und schwer mißhandelt. Die Frauen standen im Zentrum der Widerstandsarbeit. Sie waren die Botschafterinnen der Befreiungsbewegung Frente Polisario, die die Informationen und die propagandistische Arbeit verbreitet haben.

Was bedeutete die Invasion der Marokkaner in der Westsahara 1975 für die sahrauischen Frauen?

Senia Ahmed Merhba: Die spanische Kolonialmacht war eine europäische Macht und noch dazu katholisch, nicht islamisch. Sie haben uns mit allen Mitteln unterdrückt, die auch andere Kolonien unter europäischer Herrschaft erdulden mußten. Aber all das war für uns nicht so schlimm,

wie das, was die Marokkaner uns angetan haben. Zu Spanien hatten wir nie eine Beziehung gehabt. Die Spanier kamen nicht aus Afrika, sondern von einem anderen Kontinent und es gab keine gemeinsamen kulturellen Wurzeln, anders als bei unseren Nachbarn aus dem marokkanischen Königreich. Als die Marokkaner bei uns einmarschiert sind, haben sie sahrauische Kinder vor den Augen ihrer Mütter mit ihren Bajonetten regelrecht abgeschlachtet. Und sie haben uns gezwungen, unser Land zu verlassen: zu Fuß quer durch die Wüste. Frauen, die schwanger waren, Frauen mit kleinen Kindern, Frauen, die krank waren, alle mußten das Land verlassen, weil die marokkanischen Truppen mit unbeschreiblicher Brutalität gegen uns vorgingen. Als wir uns dann auf der Flucht an bestimmten Stellen in der Wüste sammelten, etwa in Oum Dreiga und Tifariti, kamen sie mit Flugzeugen und haben Phosphor-, Splitter- und Napalmbomben über uns abgeworfen und dabei 25000 Sahrauis ermordet, vor allem Frauen und Kinder.

Wie sieht heute die Situation der Frauen in der sahrauischen Gesellschaft aus?

Senia Ahmed Merhba: Auch die Frauen sind gegen die Besetzung unseres Landes durch die marokkanische Armee. Unser Ziel ist die Selbstbestimmung. Unsere Männer kämpfen mit Waffen, um unser Land zu befreien. Wir Frauen kämpfen auf andere Weise: Wir arbeiten daran, die Grundsteine für die Zukunft unseres Landes nach der Befreiung zu legen. Der wichtigste Punkt dabei ist, allen Menschen hier in den Flüchtlingslagern eine Ausbildung zu ermöglichen, um sie auf die Arbeit in einer befreiten Westsahara vorzubereiten. Das ist unsere Verantwortung.

Aber normalerweise sind doch politische Funktionen in einer Regierung oder auch in einem Politbüro ein Ausdruck für das Maß dieser Verantwortung. Demnach müßten die Frauen doch auch in den sahrauischen Führungsgremien etwa die Hälfte aller Positionen besetzen.

Senia Ahmed Merhba: Natürlich! Ich persönlich hoffe sogar, daß es einmal mehr Frauen sein werden als 50 Prozent, die Funktionen übernehmen. Aber man darf nicht vergessen, daß wir bei Null anfangen mußten. Unser größtes Handikap war die fehlende Ausbildung der Frauen nach der Kolonialzeit. Ich selbst habe an der ersten Alphabetisierungskampagne in den Flüchtlingslagern 1976 teilgenommen und auch danach nur sahrauische Schulen besucht, keine Universität im Ausland. 1978 haben wir die "Schule des 27. Februar" gegründet - der Name erinnert an unsere Staatsgründung 1976. Das ist eine besondere Schule zur Ausbildung von Frauen, die bis heute schon über 8000 sahrauische Frauen besuchen konnten. Wir haben durch die Kinderbetreuung während der Ausbildung die Bedingungen dafür geschaffen, daß die Frauen von ihren familiären Aufgaben befreit werden und sich in Ruhe auf ihre Ausbildung konzentrieren können. Wir entwickeln unsere Positionen so von der Basis aus. Wir denken nicht daran, bestimmte Quoten festzulegen, wie viele Frauen Funktionen besetzen sollten. Was nützt es uns, wenn drei oder fünf Frauen mehr im Politbüro sitzen, aber darunter kommt nichts mehr. Wir glauben, daß Frauen nur dann Funktionen übernehmen sollten, wenn sie dafür ausreichend qualifiziert sind. Denn erst dann sind ihnen diese Positionen auch wirklich sicher. Solange nur ein paar verantwortliche Menschen beschließen, es sollen mehr Frauen in die Führungsgremien, bleibt diese Beteiligung brüchig. Erst wenn sich die gesellschaftlichen Bedingungen von unten so entwickelt haben, daß sie die Beteiligung der Frauen auf allen Ebenen faktisch erzwingen, läßt sich diese auch nicht mehr zurückdrehen. Daran arbeiten wir - mit Geduld. Und was mich auf diesem Weg beruhigt, ist, daß es viele Länder gibt, die von sich behaupten, "entwickelt" und "fortgeschritten" zu sein, in denen die Frauen jedoch längst nicht das erreicht haben, was bei uns inzwischen zur alltäglichen Praxis gehört.

Aber fühlen Sie sich nicht trotzdem ziemlich einsam als einzige Frau im 27-köpfigen Politbüro der Frente Polisario?

Senia Ahmed Merhba: (Lacht) ... Die meiste Zeit verbringe ich ja nicht mit diesen Männern, schließlich sind unsere Sitzungen recht selten und die übrige Zeit arbeite ich fast nur mit Frauen. Aber ich schätze in unserer Befreiungsbewegung drei Dinge: erstens hat das Programm der Frente Polisario den Frauen erstmals die Türen geöffnet, in der Gesellschaft jede mögliche Aufgabe zu übernehmen. Zweitens haben die sahrauischen Frauen inzwischen viele dieser Aufgaben auch tatsächlich übernommen. Sie arbeiten als Lehrerinnen, in der Lagerverwaltung und in der Produktion. Und drittens hat der Kommandorat der Revolution (das siebenköpfige Exekutivkomitee der Frente Polisario) die Frauen immer wieder ermutigt und angefeuert, ihre Aufgaben in der Gesellschaft und damit ihre historische Verantwortung zu übernehmen.

In vielen islamischen Ländern verteidigen Männer ihre Vorrechte über die Religion mit Hilfe des Islams. Auch nach der sahrauischen Verfassung ist der Islam Staatsreligion. Hat dies nicht negative Auswirkungen auf die Bemühungen der sahrauischen Frauen um Gleichberechtigung?

Senia Ahmed Merhba: Wichtig ist, wie der Islam ausgelegt wird und dabei gibt es ja viele Interpretationsmöglichkeiten. Wir gehen von zwei Dingen aus: vom Koran und vom Verhalten des Propheten Mohamed. Im Koran steht aber zum Beispiel, daß alles, was vom Mann verlangt wird, auch von einer Frau verlangt werden soll, ohne Ausnahme. Daraus leiten wir ein Gebot zur Gleichberechtigung ab. Und von Mohamed ist überliefert, daß er zwar viele Kinder hatte, aber sein liebstes Kind, das er vor allen anderen hervorhob, war seine Tochter.

Aber es gibt im Koran auch Stellen, die deutlich sagen, daß die Frau dem Mann untergeordnet bleiben soll?

Senia Ahmed Merhba: Damit haben wir bei uns nichts zu tun. Hier ist es eher umgekehrt: die Männer sind froh, wenn sie von den Frauen in Ruhe gelassen werden. Zum Beispiel sind auch Hochzeiten und Scheidungen bei uns nicht ohne Einwilligung beider Seiten möglich. Darin unterscheiden wir uns sehr von anderen islamischen Ländern. Und wenn bei uns ein Mann eine Frau schlägt - das ist so ungefähr das Schlimmste, was passieren kann und wird entsprechend behandelt. Bei einem Besuch in Österreich habe ich in einem Frauenhaus mit Frauen diskutiert, die von ihren Männern mißhandelt worden waren und doch immer wieder zu diesen Männern zurückgekehrt sind. So etwas wäre bei uns undenkbar. Gewalt eines Mannes gegen eine Frau ist bei uns immer ein Grund für eine sofortige und totale Trennung. Ja, es ist sogar so, daß die Brüder der geschlagenen Frau und auch ihre Schwestern, die ganze Familie, sich an diesem Mann rächen würden. Er müßte froh sein, wenn er mit dem Leben davonkäme.

Vier Gründe nicht nach Marokko zu fahren:

Verschiedene nichtstaatliche Organisationen wie die Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes (GFSV), die Aktion Solidarische Welt, der BUKO, rufen dazu auf, aus folgenden Gründen nicht den Urlaub in Marokko zu verbringen:

1. Grund
Seit 1975 führt das Königreich Marokko einen erbarmungslosen Krieg gegen das Sahrauische Volk auf dem Rücken seiner eigenen verarmten Bevölkerung.

2. Grund
Seit 1975 mißachtet das Königreich Marokko das Völkerrecht und damit das Recht des Sahrauischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit.

3. Grund
Folter, der Tod politischer Gefangener sowie andere polizeistaatliche Methoden gegen jegliche Opposition sind im Königreich Marokko sowie in den besetzten Gebieten der Westsahara an der Tagesordnung.

4. Grund
Touristische Reisen in das Königreich Marokko finanzieren durch Deviseneinnahmen den polizeistaatlichen Unterdrükkungsapparat, das Militär und damit den Krieg Marokkos gegen das Sahrauische Volk mit.

Weitere Informationen bzw. Kampagnenmaterial (Plakate, Aufkleber, Faltblätter) gibt es bei: GFSV, Schaufelder Str. 30, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/7000707

Ende der Fremdherrschaft eine Frage der Zeit

Über 16 Jahre dauert die Fremdherrschaft des Mengistu-Regimes in Eritrea bereits an. Nach langjährigen bewaffneten Auseinandersetzungen und einer kurzen Verhandlungspause im Herbst des vergangenen Jahres ist die EPLF Anfang Februar mit der Einnahme Massawas einer Offensive der äthiopischen Armee zuvorgekommen. Daß dies von der Regierung in Addis Abeba - und weiten Teilen der Presse - als Gefährdung der Hungerhilfe verurteilt wird, stellt die Tatsachen auf den Kopf.

Die Telexmeldung des Europa-Büros der EPLF (Eritreische Volksbefreiungsfront) vom 10.2.1990 war kurz: "EPLF-Kräfte haben heute die Kontrolle über den Hafen von Massawa übernommen. Massawa, der zweitgrösste eritreische Hafen ist erstmals im 28-jährigen Krieg unter Kontrolle der EPLF". Zwei Tage zuvor hatte die EPLF eine Offensive an allen Abschnitten der 200 km langen Frontlinien zwischen Eritreas zweitgrösster Stadt Keren und Massawa am Roten Meer gestartet, um damit einer Offensive der äthiopischen Truppen zuvorzukommen. In einem Ueberraschungsangriff von zwei Seiten, vom Festland und vom Meer her, gelang es den EPLF-Truppen in kurzer Zeit, diese strategisch wichtige Stadt einzunehmen.

Die Korrespondenten der internationalen Presse wollten es zuerst nicht glauben und publizierten fleissig die Dementis der äthiopischen Regierung.

Als die Tatsachen nicht mehr zu verschweigen waren, begann das große Gejammer: "Die Offensive der EPLF rückt mit einem Schlag Hunderttausende dem Hungertod wieder näher" (NZZ) und „Die letzte Rettungsleine ist gekappt"(SZ).(1).

Auffällig an diesen Kommentaren war, daß sie genau die Position der äthiopischen Regierung zu Massawa wiedergaben. Auch der äthiopische Aussenminister, Tesfaye Dinka, sprach in einer ersten Reaktion davon, daß die "jüngste Offensive der EPLF eine schwere Bedrohung für die hungernde Zivilbevölkerung Eritreas darstelle". Ausgerechnet das Mengistu-Regime, das seit Jahren die Hungerhilfe missbraucht und in den letzten Monaten die Nothilfe für die befreiten Gebiete Eritreas und Tigrays blockiert hatte, vergoss nun Krokodilstränen über die eritreische Zivilbevölkerung.

Wer blockiert die Hungerhilfe?

Noch im Dezember hatte die äthiopische Regierung die Alarmmeldungen der internationalen Organisationen und der lokalen Hilfswerke, der ERA (Eritrean Relief Association) und der REST (Relief Society of Tigray) über die drohende Hungersnot dementiert oder heruntergespielt. Die staatliche äthiopische Hilfsorganisation RRC (Relief and Rehabilitation Commission), einst in der Hungersnot 1973 eine effiziente Hilfsorganisation, war zu einem „korrupten Haufen" degeneriert, "der den Militärs stets zu Diensten steht"(2). Mehrere Lager der RRC in Nazareth, südlich von Addis Abeba, mussten auf Befehl Mengistus geräumt werden und dienten anschliessend als behelfsmässige Kasernen für vierzigtausend neue Rekruten. Tausende von Tonnen Getreide lagerten im Freien, gegen Feuchtigkeit und Rattenfrass nur ungenügend geschützt. Ein Teil des Getreides wurde für die Ernährung der Rekruten gebraucht(3). Die UNO-Hilfsorganisationen und die EG, deren Hungerhilfegetreide da missbraucht wurde, protestierten nicht. Zu sehr haben sie sich mit Mengistu eingelassen und fürchten diplomatische Komplikationen, wenn sie die Wahrheit sagen.

Die grosszügige internationale Hungerhilfe, die bis zum 10.Februar über den Hafen Massawa nach Eritrea gelangte, hat die betroffene Zivilbevölkerung nur zu einem sehr kleinen Teil erreicht. Aus Asmara wurde berichtet, dass die äthiopische Armee Getreide zum Preis von 50 äthiopischen „Dollars"(Birr) pro 100 kg verkauft, wobei die Säcke noch die Aufschrift der internationalen Geber-Organisationen tragen.

Der Grossteil der Hungergebiete Eritreas befindet sich unter Kontrolle der EPLF. In diesen Gebieten hat die ERA seit der Hungersnot 1984 eine gut funktionierende Transport- und Verteilinfrastruktur aufgebaut. Die Hungerhilfe der ERA erreicht trotz der langen Transportwege vom Sudan die meisten Menschen in den Hungergebieten Eritreas. Es besteht zudem keine Gefahr des Missbrauchs, die Lebensmittelverteilung kann laufend durch die Geberorganisationen überwacht würden. Trotz der Ausweitung ihrer Operationsgebiete seit Massawa könnte die ERA die Hungersituation durchaus meistern, wenn ihr genügend Lastwagen und Lebensmittel zur Verfügung gestellt würden. Leider liefert die Mehrheit der grossen internationalen Organisationen die Hungerhilfe immer noch fast ausschliesslich an die äthiopische Regierung. Mit der Einnahme von Massawa stehen die Hilfsorganisationen vor einer neuen Situation. Sie müssen sich entscheiden, ob sie die Realität in Eritrea anerkennen und mit der ERA zusammenarbeiten wollen oder ob sie dem diplomatischen Druck Äthiopiens nachgeben und die hungernden Menschen Eritreas allein lassen.

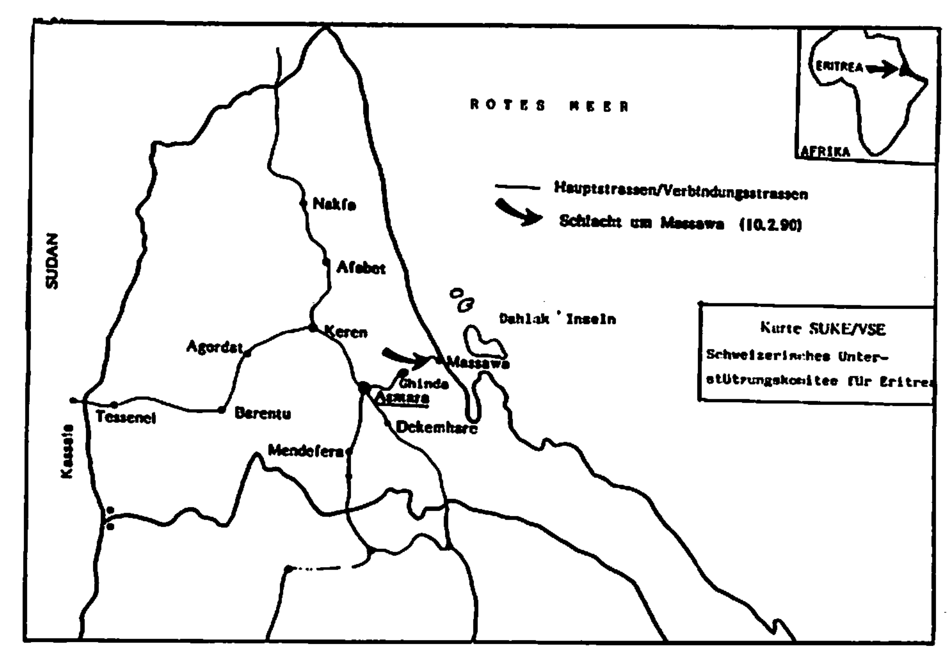
Die EPLF hat dem UNO-Generalsekretär angeboten, den Hafen von Massawa für Hilfsgütertransporte benutzen zu können. Sie bot den internationalen Hilfswerken zusätzlich an, dass sie auch vom Sudan her durch EPLF-Gebiete hindurch Hilfsgüter-Transporte und Hilfsgüter-Verteilungen durchführen könnten(4). Der Hafen von Massawa könnte sofort wieder benutzt werden, nur ein Teil der Hafenanlagen wurden durch die Kämpfe zerstört. Einige Hilfsorganisationen haben auf den Vorschlag der EPLF positiv reagiert, der Weg über Massawa wäre der einfachste und schnellste Weg zu den Hungernden. Die äthiopische Regierung hat bis jetzt mit einem kategorischen NEIN geantwortet und Anfang April erneut die Hafenanlagen und Lagerhallen in Massawa bombardiert. Solange der Hafen von Massawa wegen der Gefahr äthiopischer Luftangriffe für grössere Hilfsoperationen nicht benutzt werden kann, muss die Versorgung der Hungernden weiterhin vom Sudan her geleistet werden. Viele nicht-staatliche Hilfswerke (NGOs), welche weniger diplomatische Rücksichten auf Oberstleutnant Mengistu

nehmen müssen, tun dies seit einiger Zeit in enger Zusammenarbeit mit der ERA und der REST.

Die EPLF kam Mengistu zuvor

Die Verhandlungen zwischen der äthiopischen Regierung und der EPLF unter der Leitung von Ex-Präsident Jimmy Carter in Nairobi im November 1989 hatten mit einem Misston geendet. Die äthiopische Delegation weigerte sich, die UNO, von der EPLF vorgeschlagen, als Beobachterin bei zukünftigen Verhandlungen zu akzeptieren. Im Dezember und Januar mehrten sich die Anzeichen, dass Mengistu eine neue Offensive vorbereitete. Die Zwangsrekrutierung immer jüngerer Knaben erreichte einen neuen Höhepunkt. Nachdem Mengistus traditionelle Verbündete, die Sowjetunion und die DDR, auf Distanz gingen, fand Mengistu im November mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel einen neuen wichtigen Waffenlieferanten. Daraufhin setzte ein massiver Waffennachschub zur Luft und zur See aus Israel nach Äthiopien ein. Massawa war zu einem Hauptumschlagplatz für Waffen und Munition geworden. Dies hat sich durch die Einnahme Massawas bestätigt, wo der EPLF grosse Mengen an Kriegsmaterial in die Hände gefallen sind.

Inzwischen ist Israel in die Fussstapfen der Sowjetunion getreten: Nahtlos übernahmen israelische Militärberater die Funktionen der abziehenden sowjetischen und DDR-Militärberater. Vor allem zu seinem persönlichen Schutz verlässt sich Mengistu nur noch auf israelische Mossad-Spezialisten. Nach Pentagon-Angaben halten sich 300 israelische Militärberater in Aethiopien auf(5). US-Aussenminister James Baker soll von Israel eine Erklärung verlangt haben, warum es Mengistu unterstütze. Kassa Kebede, Halbbruder Mengistus und sein engster Vertrauter sprach es jüngst in Jerusalem aus:„ Israel und Aethiopien teilen ein gemeinsames geostrategisches Interesse, zu verhindern, dass das Rote Meer ein Arabisches Meer werde". Nach Aussagen von Diplomaten ist Aethiopien inzwischen weitgehend militärisch und ökonomisch von Israel abhängig.



Wann fällt Asmara ?

Die Einnahme von Massawa ist ein entscheidender Schlag gegen die äthiopische Herrschaft in Eritrea. Die ca. 120000 äthiopischen Soldaten in Eritrea sind zu Land und zur See abgeschnitten und können nur noch über den Flughafen von Asmara versorgt werden. Anfang März haben grosse äthiopische Truppenverbände versucht, auf der Strasse von Asmara nach Massawa vorzustossen und die EPLF-Verteidigungslinien bei der kleinen Stadt Ghinda zu durchbrechen. Bei diesen Kämpfen kamen 13500 äthiopische Soldaten ums Leben, wurden verwundet oder gefangengenommen.

Der Kampf um die Haupstadt Asmara hat begonnen. Mengistu hat am 23.3.90 ein Ausgehverbot über Asmara verhängt. Wie schnell das Ende der äthiopischen Herrschaft über Eritrea kommen wird, ist noch offen. Militärisch wäre die EPLF durchaus in der Lage, die Hauptstadt einzunehmen, würde aber dann ein Blutbad unter der Zivilbevölkerung und die Bombardierung der Hauptstadt durch die äthiopische Luftwaffe riskieren. Solange noch äthiopische Truppen in Asmara sind, wird Mengistu die Stadt kaum bombardieren. So hofft die EPLF auf die langsame Kapitulation der kriegsmüden und demoralisierten äthiopischen Truppen in Eritrea.
„Der brutale, pseudo-sozialistische Despot nähert sich seinem Ende" schreibt der Londoner Guardian (6). Wie Mengistu mit Kritikern umging, erfuhren Augenzeugen in Massawa. Der Vertreter einer US-Hilfsorganisation, Chong Eu - „Ich konnte es nicht fassen, ich musste erbrechen." - sah in Munitionskisten Dutzende von vermodernden Skeletten, vermutlich erschossene politische Gefangene oder kritische Soldaten (7). Auf Befehl Mengistus wurde schwer verwundeten äthiopischen Soldaten die Evakuierung aus Massawa verweigert. Jetzt werden sie von den EPLF-Aerzten versorgt. Die Politkommissare Mengistus, die den Soldaten einzutrichtern hatten, die EPLF erschiesse alle Gefangenen, überzeugen nicht mehr: Über 1000 kürzlich zwangsrekrutierte amharische Bauern aus der Provinz Gojjam warfen in Eritrea ihre Gewehre weg und machten sich auf den langen Heimweg (8).
„Was ist das für eine Regierung, die Napalm gegen ihre eigene Bevölkerung einsetzt" fragte sich auch die deutsche Welthungerhilfe an einer Pressekonferenz zu den Bombardierungen von Massawa am 12.3.90 in Bonn. „Es ist daher nicht übertrieben, hier von eklatanten Menschenrechtsverletzungen und sogar von Kriegsverbrechen zu sprechen" (10). Vom 3.-7. April hat die äthiopische Luftwaffe erneut die Stadtzentren von Massawa und Afabet bombardiert und 92 Zivilisten getötet(11). Die äthiopischen MiG- Bomber setzten dabei neben Napalm auch die international geächteten Splitterbomben ein, die kürzlich von Israel an Aethiopien geliefert worden waren. In einer Stellungnahme vom 16.4.90 warnte die EPLF vor einer direkten Intervention Israels; Mengistu versuche, Israel zu einer Intervention in Eritrea zu bewegen, indem er Israel die strategisch wichtigen, vor Massawa gelegenen Dahlak-Inseln als Militärstützpunkt anbiete.

Der militärische Sieg der EPLF in Eritrea ist vermutlich der einfachere Schritt. Viel schwieriger und langwieriger wird die diplomatische Anerkennung Eritreas und der Wiederaufbau des zerstörten Landes werden.Die EPLF will dabei einen völkerrechtlich abgesicherten Weg gehen (Selbstbestimmungsrecht) und ein international überwachtes Referendum durchführen lassen, um so die Anerkennung durch die internationale Völkergemeinschaft zu erreichen.

Toni Locher

Anmerkungen

(1) Neue Zürcher Zeitung 12.02.90 / Süddeutsche Zeitung 13.02.90
(2) Die ZEIT, 13.4.90
(3) Walter Michler, Aktuelles zum „Horn von Afrika", Febr. 1990
(4) Adulis, EPLF-Zeitschrift, März 1990
(5) The Independent, London, 31.3.90
(6) The Guardian, 23.03.90
(7) Arab News, 26.03.90
(8) The Guardian, 23.03.90
(9) Dr. Helga Henselder-Barzel
(10) Eritrean Relief Association 10.4.90

„SÍGANME!“ [1)] - „Folgt mir!“

Menems Weg in die Polarisierung

Argentinien sei wirtschaftlich am Abgrund angelangt, die Frage sei nur, auf welcher Seite man sich befinde, witzelte ein Satiriker. Für viele Argentinier hat der Absturz schon stattgefunden. Ganze fünf Monate dauerte das Bündnis der peronistischen Regierung mit dem argentinischen Weltkonzern Bunge und Born, der vom 9. Juli bis zum 15. Dezember mit Miguel Roig und nach dessen Tod mit Nestor Rapanelli die beiden ersten Wirtschaftsminister der Regierung unter Präsident Menem stellte. Der "Vertrauensschock", den diese Liaison bei der Wirtschaft ausgelöst hatte und die monatliche Inflation von 196,6 % im Juli 89 auf 9,4 % im September herunterbrachte, hielt nicht lange vor. Die versprochene Geldwertstabilität erwies sich ebenso als Seifenblase wie die von Menem angekündigte "Produktionsrevolution" und der "salariazo" (kräftige Lohnerhöhung).

Im Juli des vergangenen Jahres war das Bündnis zwischen dem populistischen Präsidenten Menem, der vor allem von der Arbeiterschaft und der Unterschicht gewählt worden war, und Bunge & Born von der argentinischen Wirtschaft gefeiert worden. Der "Plan B.B." (für Bunge & Born) versprach die Ankurbelung des Binnenmarktes; mit Geldern aus der Exportwirtschaft sollten billige Kredite und höhere Löhne ermöglicht werden, im Gegenzug sollte der Staat den Exporteuren einen hohen Dollarkurs garantieren - der Außenhandel wird überwiegend auf Dollarbasis abgewickelt, ein hoher Dollarkurs bedeutet eine Verteuerung der Importe und erhöhte Profite im Export. Weiter sollte sich der Staat zur Eliminierung des Haushaltsdefizits und zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungsbetriebe verpflichten.
Die Regierung bemühte sich, ihre Verpflichtungen aus dem Bündnis zu erfüllen: Sie peitschte ein Privatisierungsgesetz durch, das den Verkauf fast aller Betriebe von der Post bis zur Straßenunterhaltsbehörde vorsah. Ein Großteil der staatlichen Subventionen wurde, zumindest vorläufig, suspendiert und ein Gesetz, das Steuerhinterziehung unter Gefängnisstrafe stellte, eingebracht.
Weniger kooperationswillig zeigte sich die Exportwirtschaft. Die mächtigsten Getreideexporteure (Bunge und Born, Cargill, Louis Dreiyfus u.a.) stellten dem Staat zwar 380 Mio. US-$ zur Verfügung - im Plan B.B. hatte es 3,5 Mrd. geheißen-, allerdings nur als kurzfristigen Kredit. Die erhoffte Ankurbelung des Binnenmarktes blieb aus und die Löhne blieben, trotz leichtem Zuwachs gegenüber dem historischen Tiefstand im Juni/Juli '89 weit unter den Vorjahreswerten.
Als im Dezember nach erneuten Steigerungen des Dollarkurses auch die Preise Anläufe zur Hyperinflation nahmen, wurde Rapanelli durch den Menem-Vertrauten Antonio Erman Gonzáles in seinem Amt als Wirtschaftsminister abgelöst. Die Anpassung des offiziellen Kurses - noch gab es feste Wechselkurse -, der für Im- und Exporte galt, sowie der öffentlichen Tarife mit Erhöhungen um ca. 60 % hatte lediglich den Effekt, daß das Vertrauen in den Wirtschaftsminister, der Preis- und Tarifstabilität versprochen hatte, auf Null sank. Den Höhenflug des Dollars konnte anschließend auch die völlige Liberalisierung des Devisenmarktes nicht aufhalten.
Nach Weihnachten stand die Regierung Menem einem ähnlichen wirtschaftlichen Chaos gegenüber wie Alfonsin im Mai/Juni '89, als dieser ein halbes Jahr vor Ablauf seiner Amtszeit das Handtuch warf: Sowohl der Dollarkurs als auch die Zinsen stiegen drastisch an und die Spekulationen über den, nach dem Jahreswechsel zu erwartenden Dollarkurs hatten Hochkonjunktur. Wegen der Unsicherheit über die weitere Entwicklung gab es, wenn überhaupt, Waren nur zu Wucherpreisen. Nicht nur die Preise für Importprodukte stiegen mit dem Dollarkurs, sondern auch die Inlandsprodukte verteuerten sich entsprechend den wachsenden Gewinnen, die im Export erzielt wurden, denn ohne eine Angleichung der Gewinnspannen wird für den Binnenmarkt kaum noch produziert.
Viele Produkte verschwanden völlig vom Markt, was fatale Auswirkungen z.B. im Gesundheitswesen hatte. Die wenigen Medikamente, die es gab, wurden nur gegen Barzahlung verkauft, nicht mehr gegen Krankenschein, da die gewerkschaftlichen Krankenkassen (die ohnehin meist nur 50 % ersetzen) ihren Anteil erst nach Wochen oder Monaten zahlen.

Monetaristen an die Macht

Um die Hyperinflation in den Griff zu bekommen, wartete die Regierung in der ersten Januarwoche mit einem neuen Wirtschaftsprogramm auf, das die Handschrift von Alvaro Alsogaray, offiziell "Berater" des Präsidenten und früherer Mitarbeiter diverser Militärdiktaturen, trägt. "Ab jetzt wird kein neues Geld mehr gedruckt und in Umlauf gebracht, demzufolge steigen die Preise nicht mehr, demzufolge bleibt der Dollarkurs stabil" drückte Rodolfo Rossi, seit dem 20. Dezember neuer Zentralbankpräsident, die rein monetaristische Philosophie aus. Um dennoch ihre Staatsausgaben finanzieren zu können, griffen die Monetaristen am 2. Januar auf dem Finanzmarkt zu: Kurzfristige Wertpapiere wurden eingezogen und in Staatsbonds - Schuldscheine mit fester Verzinsung - ("Bonex-89") umgewandelt, deren Rückzahlung auf acht Jahre gestreckt wurde. Mit dieser Schock-Maßnahme wurden schlagartig umgerechnet etwa 1,5 Mrd. US-$ aus dem Verkehr gezogen. Neben den Dollars waren diese Wertpapiere, die im Januar auf

dem freien Markt nur 30-40 % ihres Nennwertes einbrachten, auch für die Mittelschicht die beliebteste Form gewesen, sich am spekulativen Finanzmarkt zu beteiligten.
Um in dieser Situation das gewünschte Bargeld in Landeswährung zu erhalten, waren viele Anleger gezwungen, Devisen zu verkaufen. Der Dollarkurs sank entsprechend von 2.000 auf 1.300 Australes (arg. Währung) und schien den Wirtschaftskurs der Monetaristen zu bestätigen. Die Regierung nutzte entgegen ihren Versprechungen die Gunst der Stunde und ließ Australes fast in Billiardenhöhe drucken, um auf dem Devisenmarkt über 200 Mio. US-$ anzukaufen.
Schon Ende Januar allerdings kursierte die nordamerikanische Devise wieder bei 2.000 Australes, bis zum 16. Februar hatte sie sich gar auf 4.000 hochgeschraubt. Die Preise galoppieren entsprechend hinterher - und wieder einmal stehen die Sicherheitskäfte in den Vorstädten der Industriezentren in Alarmbereitschaft, der Innenminister sieht sich fast täglich dazu genötigt zu dementieren, es gäbe die Gefahr sozialer Unruhen. Am 26. Februar wurde dann ein Dekret erlassen, das den Streitkräften ein Eingreifen im Falle "innerer Unruhen" ermöglicht - wie in alten Zeiten.



Buenos Aires - „europäisches" Zentrum Argentiniens
Die Armut wächst vor allem in den Vorstädten

Krisengewinnler

Das für die meisten Argentinier ziemlich katastrophale Jahr 1989 kennt nicht nur Verlierer. Bei fallenden Reallöhnen und meist hohem Dollarkurs gehören die Agrarexporteure zu den eindeutigen Gewinnern. Das argentinische statistische Amt meldete einen Rekord beim Außenhandelsüberschuß. Nach vorläufigen Schätzungen ist der Handelsüberschuß gegenüber 1988 um 43,4 % gestiegen.
Der Hyperinflation Mitte des vergangenen Jahres, die der Regierungszeit Alfonsins ein vorzeitiges Ende bereitete, wie der erneuten Hyperinflation zum Jahreswechsel gingen Machenschaften der (Agrar-)Exporteure voraus, die ihre Devisenerlöse horteten statt sie umzutauschen. Diese Devisenverknappung bewirkte am Markt die gewünschte Kurssteigerung, die den Umtausch der Exporterlöse wieder "lohnend" machte. Daß der sprunghafte Anstieg des Devisenkurses enorme Preissteigerungen und soziale Unruhen auslöst, wird als Nebeneffekt hingenommen.
Die alte Agraroligarchie konnte ihren Einfluß in den letzten Jahren ausbauen, während die kleine und mittlere Bourgeoisie als Machtfaktor weitgehend bedeutungslos geworden ist und selbst in der peronistischen Propaganda nur noch rhetorische Bedeutung besitzt. Seit der "Öffnung" der Wirtschaft zu Beginn der Militärdiktatur 1976 hat in der Industrie ein Konzentrations- und Schrumpfungsprozeß eingesetzt, der bis heute anhält. Gewinne landen fast ausnahmslos im Finanzsektor, häufig genug im Ausland. Bei den in Folge der Inflation hohen Zinsen ist es lukrativer zu spekulieren, als Kredite für Investitionen aufzunehmen, deren Zinsen man nicht bezahlen kann.
Die im Dezember erfolgte völlige Liberalisierung des Devisenmarktes wurde vom Industrieverband UIA als "Fehler" bezeichnet, da die Schwankungen Unternehmensplanung unmöglich machte.
Lediglich große Konzerne und die Exportwirtschaft hätten noch die Mittel zu investieren, entsprechend werden sie von Menem hofiert. Während Perón der Überzeugung war: "Das internationale Kapital dient der Ausbeutung, das nationale dient dem Vaterland," ist Menem bei der Auswahl der Investoren etwas nüchterner: "Das Kapital hat kein Vaterland," bemerkte er kurz nach der Regierungsübernahme.
Beim Privatisierungsprogramm sitzen die argentinischen und internationalen Konzerne schon in den Startlöchern. Für die Telefongesellschaft ENTel interessieren sich z.B. Nec (Japan), Bells (USA) und Siemens. Der argentinische Konzern Bunge und Born, der knapp ein Sechstel des internationalen Getreidemarktes beherrscht, hat Interesse an der staatlichen Handelsflotte ELMA und an einigen Eisenbahnstrecken. Auch die internationalen Banken, die schon seit zwei Jahren nicht mal mehr Zinszahlungen aus Argentinien bekommen, sind interessiert. Die Citi-Bank, Argentiniens größter Gläubiger, hat ein Auge auf Eisenbahnen, die Telefongesellschaft und staatliche Ölfirmen geworfen.

Opposition findet nicht statt

Von seiten der Gewerkschaften gibt es keine ernsthafte Opposition gegen die Privatisierungen: Der Widerspruch zwischen Kooperation mit den Herrschenden - besonders, wenn eine peronistische Regierung am Ruder ist - und Interessenvertretung der Lohnabhängigen wirkt sich lähmend aus. Nach zunehmender Unzufriedenheit hat sich der Gewerkschaftsdachverband CGT im Oktober '89 gespalten, aber selbst der "kritischere" Flügel unter Saúl Ubaldini verzichtet fast völlig auf härtere Kampfmaßnahmen. Streiks und Besetzungen gegen die Privatisierungen wie von Seiten der Bank-, und der Erdölgewerkschaft sind die Ausnahme. Die politische Opposition gegen den liberalen Wirtschaftskurs ist ebenfalls gering. Die Partei Alfonsins, die UCR, ist nach ihrem unrühmlichen Abgang praktisch von der Bildfläche verschwunden und auch in der peronistischen Partei beschränkt sich der Einspruch auf wenige, die sich - zu Recht - darauf berufen, daß die Peronisten vor der Wahl eine völlig andere Politik vertreten hätten.
Auch die Durchführung des Sozialprogramms, der einzigen orginär peronistischen Komponente als Beiwerk zur Entstaatlichung ist skandalös und bietet ein gutes Beispiel für die Korruption der Peronisten. Der Schwerpunkt des Programms besteht in der Verteilung von Gutscheinheften (Solidar-Bonos) an die Ärmsten, zum Einkauf in Supermärkten. Peronistische Abgeordnete erhielten einige zehntausend Gutscheinhefte und der Sozialminister selbst gab zu, daß 70 % der Bonos die Zielgruppe der Bedürftigsten nicht erreiche.
Eine Alternative zur sozialen Abfederung ist jedoch nicht in Sicht: Die Arbeitslosigkeit wurde in den bisherigen Wirtschaftsplänen ebensowenig berücksichtigt wie die Löhne. Auch das immense Problem der Auslandsverschuldung wurde bisher tabuisiert.

Harald Paul

[1] "Siganme!": Folgt mir! Wahlslogan Menem's bei den Präsidentschaftswahlen im Mai vergangenen Jahres.

Verhandlungen sind eine unausweichliche Taktik des Kampfes

Interview mit Neville Alexander

Neville Alexander ist Mitbegründer der Cape Action League, einer linken Organisation von schwarzen SüdafrikanerInnen, die vor allem im südlichen Teil des Landes verwurzelt ist. Er arbeitet bei der "Health, Education and Welfare Society of South Africa (HEWSSA), die im Raum Kapstadt alternative Bildungsprojekte initiiert und unterstützt. In deutscher Sprache erschienen von ihm bisher zwei Bücher: Wer Wind sät, wird Sturm ernten (1986) und Schule und Erziehung gegen Apartheid. Befreiungspädagogik in Südafrika (1988); beide Bücher erschienen im isp-Verlag, Frankfurt.
Das Interview mit Neville Alexander führte Walter Hättig von der Aktion Solidarische Welt (ASW) in Berlin am 23.3.1990.[1]


Neville Alexander Foto: Walter Hättig

Demnächst werden Verhandlungen zwischen der südafrikanischen Regierung und dem ANC beginnen, obwohl einige der zentralen Forderungen des Widerstandes nicht erfüllt sind. Beispielsweise sind die politischen Gefangenen nicht alle entlassen und noch immer herrscht der Ausnahmezustand. Warum ist dann der ANC zu Verhandlungen bereit ?
Von seiten des ANC ist das eigentlich ganz einfach zu erklären, denn man soll nicht vergessen, daß sich der ANC grundsätzlich zu friedlichen Lösungen bekennt. Das eigentliche Ziel des ANC ist — man könnte sogar sagen seit 1912 — die Regierung an den Verhandlungstisch zu zwingen. Das hat sich auch nach 1960, als man zu den Waffen gegriffen hat, nicht grundsätzlich geändert.

Der ANC interpretiert die gegenwärtige Entwicklung als irreversibel ...?
Ich glaube, daß sich der ANC tatsächlich dazu entschlossen hat, den bewaffneten Kampf zunächst zu suspendieren, einen Waffenstillstand anzustreben, damit ein Verhandlungsprozeß stattfinden kann. Die südafrikanische Regierung ist aus verschiedenen Gründen zu einem ähnlichen Schluß gekommen. Ich glaube allerdings, daß ihre Ziele, ihre praktischen und kurzfristigen Ziele, vielleicht nicht so ehrlich sind. Sie will zunächst einmal eine Lockerung des Sanktionsdrucks und vielleicht möchte sie auch die gesamte Befreiungsbewegung spalten, vielleicht auch den ANC (...).

Die Tatsache, daß die Regierung jetzt hauptsächlich Verhandlungen mit dem ANC anstrebt, bedeutet ja, daß sie den ANC als die legitime Vertretung der schwarzen Mehrheit versteht und begreift. Ist das so richtig?
Der ANC vertritt heute ohne Zweifel die große Mehrheit der schwarzen Bevölkerung, obwohl das bisher in keinem Plebiszit oder Referendum getestet worden ist. Aber durch die bewaffnete Propaganda vor allem während der letzten 10 bis 12 Jahre, ist der ANC zur wichtigsten Organisation in der Befreiungsbewegung geworden. Die Reaktionen der Massen auf die Freilassung Mandelas zeigen das ganz klar. Ich glaube nicht, daß man daran zweifeln kann oder soll. Aber trotzdem muß man natürlich sagen, daß der ANC nicht die ganze schwarze Bevölkerung vertritt oder vertreten kann. Es sind rivalisierende Organisationen da, vor allen Dingen der PAC (Pan-Africanist Congress), die BC(Black Consciousness)-Bewegung und sozialistische Strömungen, die ganz andere Strategien verfolgen, ganz andere Ziele haben (...).

Sind es hauptsächlich außenpolitische Faktoren gewesen, die den Weg zu Verhandlungen geebnet haben ?
Die unmittelbaren Auslöser sind hauptsächlich internationale Vorgänge. Aber die grundsätzliche Ursache ist natürlich die Tatsache, daß man seit 1986 weiß, daß man den Widerstand nicht beseitigen, nicht zerschlagen kann. Und, daß deswegen keine Lösung möglich ist ohne die Befreiungsbewegungen oder bestimmte Flügel oder Strömungen miteinzubeziehen. Mittelbar ist es sicher der Rückzug der Sowjetunion aus dem südlichen Afrika; die Tatsache, daß die kubanische Armee allmählich aus Angola verschwindet; die Pleite der Frontlinienstaaten, die absolute Schwäche dieser Staaten und deren ökonomische Abhängigkeit von Südafrika. Das sind meiner Meinung nach die unmittelbaren Ursachen. Und natürlich auch der Druck des Westens. Vor allem drängt der Westen darauf, daß die südafrikanische Regierung handeln soll, bevor die Befreiungsbewegung stark genug ist, bevor das Kräfteverhältnis sich zugunsten der Befreiungsbewegung ändert. Zur Zeit ist es ja so, daß jede Verhandlung tatsächlich in einer Situation stattfinden würde, in der die Regierung, die weiße Minderheit, noch immer die besseren Chancen hat, die bessere Hebelkraft in dem Kräfteverhältnis.

Weshalb geht der ANC trotzdem in Verhandlungen, obwohl er eigentlich die schlechteren Karten in der Hand hält?
Da gibt es verschiedene Gründe: Zunächst vielleicht die Tatsache, daß de Klerk durch seine Rede vom 2. Februar tatsächlich Weichen gestellt hat, daß also politischer Raum geschaffen worden ist für Massenaktionen außerhalb der Strukturen der Regierung, außerhalb der rassistisch-ethnisch definierten Strukturen, daß also vom Standpunkt des ANC aus, eine Fortführung des bewaffneten Kampfes oder sogar der bewaffneten Propaganda tatsächlich nicht mehr legitimiert werden könnte oder nur schwer zu legitimieren wäre, vor allem gegenüber den Frontlinien- Staaten, die als Gastgeberländer (für ANC-Mitglieder d.Red.) — von ihrer Sicht aus gesehen- eine große Last tragen müssen. Ich glaube, daß der ANC von den Frontlinenstaaten und der Sowjetunion abhängig ist. Daß er zu einem bestimmten Grade dazu gezwungen werden kann, die Verhandlungspolitik nicht gerade zu akzeptieren, aber auf jeden Fall zu erproben. Ein zweites Moment wäre meiner Meinung nach die Tatsache, daß führende Leute im ANC, die Charteristen[2] überhaupt, Illusionen haben.(...) Sie haben die Illusion, man könne die Massenorganisationen als gefügige Instrumente benützen und daß man deswegen viel mehr Macht habe, als es tatsächlich der Fall ist. Und der ANC glaubt auch, daß die sogenannte internationale Gemeinschaft eine zusätzliche

Waffe ist, ein Instrument, welches das Kräfteverhältnis zugunsten des ANC verändern kann.

Ist es für de Klerk politisch durchzuhalten, auf einen Verhandlungsprozeß einzugehen, wenn er der weißen Minderheit, seiner eigenen Machtbasis nicht deutlich machen kann, daß sie dabei etwas gewinnen kann?

Ja, im Grunde bestehen zwei Alternativen für die weiße Bevölkerung: entweder eine Reformpolitik à la de Klerk heute, eine Politik, die schon zu Bothas Zeiten anfing (...) oder aber eine Belagerungspolitik, eine Belagerungswirtschaft und- gesellschaft, mit der man vielleicht für ein, zwei Jahrzehnte versucht, die jetzige Gesellschaft und Wirtschaft zu reproduzieren(...). Nun würde ich sagen, daß zur Zeit die Mehrheit der Weißen, vielleicht nicht die große Mehrheit, aber eine bestimmte Mehrheit der Weißen, die Reformpolitik unterstützt, gutheißt; deswegen ist de Klerk der Staatspräsident Südafrikas. Es ist aber durchaus möglich, gerade weil die konservative Partei in den letzten Wahlen 30% der weißen Stimmen auf sich vereinigen konnte, daß in einer Krise, wenn also de Klerks Reformpolitik keine greifbaren Resultate liefert oder wenn das Chaos – vom Standpunkt der Weißen aus gesehen – ausbricht, daß die konservative Partei in einer solchen Krisensituation weit über die Hälfte der Weißen hinter sich kriegen könnte. Ich bin der Meinung, daß in einer solchen Situation wahrscheinlich das Militär eingreifen wird; d.h. ein Putsch würde inszeniert werden, und zwar vom Kapital gewollt, weil ja das kapitalistische System durch eine rechtsradikale Konterrevolution längerfristig gefährdet wird.

Ist es nicht so, daß de Klerk auch deswegen in diese Verhandlungen gehen kann, weil er weiß, daß die Weißen in ihrer sozialen Position weitgehend ungefährdet bleiben, auch dann, wenn es eine schwarze Mehrheitsregierung gibt?

Das stimmt, ganz bestimmt. Die wissen das von Zimbabwe und negativ von Mosambique und Angola, und sie werden das noch beweisen am Beispiel von Namibia. Ohne die Weißen geht es nicht. Nicht weil sie sogenannte weiße Personen sind, sondern weil sie eben das Monopol an technischem Know-how, an wissenschaftlichen und verwaltungsmässigen Fähigkeiten haben. Und in Südafrika ist es natürlich noch viel wichtiger als in diesen anderen Ländern, weil es ein viel größerer Staat und eine viel größere Ökonomie ist. Die wollen, glaube ich, den bestmöglichen Deal machen, das heißt, daß man die Privilegien so absichert, daß sie auf Jahrzehnte hin für sie selber und für ihre Kinder nicht in Frage gestellt werden. Ich glaube, das ist es, was de Klerk eigentlich will. (...)

Auf der Ebene der Verfassung könnte das so aussehen, daß man sich darauf einigt, wer auch immer die Verhandlungspartner sind, daß die weiße Minderheit auf 5, 10 Jahre, vielleicht sogar länger, eine Mehrheit der Parlamentssitze für sich behält. Aber unter der Bedingung, daß am Ende eines solchen Lancaster-House-Abkommens[3] unter umgekehrtem Vorzeichen eben das System „ein Mensch, ein Stimme" eingeführt wird. Der ANC bzw. die Verhandlungsrepräsentanten der Schwarzen, könnten eine solche 'Lösung' zu verkaufen versuchen, indem sie behaupten, daß es besser wäre, lieber so einen Kompromiß auf sich zu nehmen, als 50 oder 100 Jahre mit Waffen in der Hand weiterzukämpfen und das vielleicht sogar vergeblich. Unter Umständen könnte man ein solches Paket verkaufen, aber ich muß schon sagen, das wird sehr, sehr schwierig sein. Bei der jetzigen Lage würde die Mehrheit der Jugend, vor allen Dingen die arbeitslose Jugend, die militante Jugend in den Townships, auch die Arbeiterschaft, die organisierte Arbeiterschaft, die würden das wahrscheinlich



Demonstration gegen das Arbeitsgesetz - Pietermaritzburg Oktober 1989

nicht akzeptieren. Es wird sehr schwierig sein, das zu verkaufen.(..).

Im letzten Jahr oder in den letzten 18 Monaten ist beim ANC der Versuch erkennbar gewesen, die verschiedenen Teile des Widerstandes doch zusammenzubringen. Sind diese Versuche gescheitert?

Gescheitert nicht, ich glaube, daß sie noch immer weiter gehen. Ich würde behaupten, daß wahrscheinlich die Mehrheit der Nicht-ANC-Organisationen für eine sofortige Einheit eintreten würde, gerade im Hinblick auf eine mögliche Verhandlungspolitik. Nicht um Kompromisse zu schliessen, sondern um den politischen Raum zu schaffen, der es möglich macht, Massenaktionen und sogar revolutionäre Aktionen in Gang zubringen, um dadurch die politische Landschaft in Südafrika radikal zu ändern. (...).

Der ANC bzw. die Führung des ANC hofft wahrscheinlich, daß die Anziehungskraft des ANC groß genug ist, um die anderen Organisationen marginalisieren zu können. Zu einem solchen Grade, daß der ANC tatsächlich für die ganze Bevölkerung sprechen könnte. Aber man braucht nur die letzten Meldungen lesen oder die letzten Veranstaltungen beobachten, um zu sehen, daß es natürlich nicht hinhaut. Auch von der gemäßigten Seite her, wenn man sich z.B. ein Phänomen wie Inkatha[4] vor Augen hält. Dann sieht man, daß auch von dieser Seite eine ganz bestimmte Einschränkung des Alleinvertretungsanspruchs des ANC da ist. Inkatha hat eine Basis, Inkatha wird bestimmt eine bremsende Auswirkung haben auf jede Verhandlungstaktik. Inkatha will als ebenbürtige Organisation dabei sein. Ihr wird das nicht zugestanden werden, vom ANC auf jeden Fall nicht, vielleicht von der Regierung. Aber nicht vom ANC. Buthelezi ist unter den Schwarzen noch mehr verhaßt als de Klerk und es kann sein, daß noch eine Spaltung der Inkatha stattfindet, ausgelöst von Seiten des ANC, um Inkatha einzubeziehen. Ich glaube, daß der ANC, wenn er nicht absichtlich eine Spaltung herbeiführen möchte, sich zu einem bestimmten Grade freuen würde, wenn es zur Spaltung Inkathas käme.

Seit einiger Zeit ist erkennbar, daß der PAC wieder starken Zulauf erhält. Der PAC hat sehr deutlich gemacht, daß eine Verhandlungslösung für ihn nicht in Frage kommt, sondern allenfalls die bedingungslose Übergabe der Macht durch die Weißen. Ist dies eine Position, die möglicherweise mehrheitsfähig sein könnte?

Mehrheitsfähig, würde ich sagen in jedem Fall, kurzfristig vielleicht nicht, weil in den nächsten zwei Jahren oder so eine bestimmte Verhandlungspolitik erprobt werden wird, weil man sich davon immer noch erhofft, daß irgendwas rauskommen wird. Der Glaube der Massen an magische Formeln ist auf jeden Fall immer da, und Verhandlungen sind derzeit eine solche magische Formel. Alle glauben, alle hoffen, daß Mandela als Führer und Erlöser auftreten kann. Wenn das mißlingt, dann würde meiner Ansicht nach der PAC der Nutznießer sein und die ganze Klientel des ANC erben. Man soll nicht vergessen, daß ein anti-weißes Sentiment intuitiv bei allen schwarzen Menschen da ist. Das ist die Erstreaktion des Erwachsenen, bewußten schwarzen Menschen, der glaubt, daß er oder sie von Weißen unterdrückt und ausgebeutet wird. Denen es also nicht bewußt in den Kopf geht, daß es ein kapitalistisches System ist, daß es eine bürgerliche Klasse ist, die sie ausbeutet usw. Also wenn man das in Erinnerung behält, dann ist es klar, daß der PAC und auch die schwarze Bewußtseinsbewegung ein ganz bestimmtes Potential haben. (...)

Wird der ANC nicht versuchen, den PAC in eine Verhandlungskonzeption einzubinden?
Einzubinden?! Ja.Ich glaube, das ergibt sich so, aber ich glaube nicht, daß solche Versuche kurzfristig Erfolg haben können. Der PAC ist trotz seiner Theorie der Siedlerkolonnie Südafrikas eine populustische nationalistische Organisation. Der PAC wird letztlich auch verhandeln müssen. Aber bis dahin haben die noch viel Zeit, ihre Theorien zu ändern und anzupassen an eine neue Realität. Zur Zeit paßt es ihnen einfach nicht zu verhandeln. Sie sind so schwach, sie sind so desorientiert und da paßt es ihnen einfach nicht, über Verhandlungen zu reden. Aber im Prinzip würden sie das machen, wenn sie stark genug wären. Wenn sie ihrer Einschätzung nach stark genug sind, tatsächlich als ebenbürtige Verhandlungspartner auftreten zu können.

An verschiedenen Parolen des PAC wird deutlich, daß die theoretischen Debatten, die in den letzten Jahren in Südafrika geführt wurden, praktisch nicht aufgenommen wurden. Zeugt das nicht von einer gewissen Inflexibilität des PAC, sodaß es dem PAC vielleicht schwer fallen wird, sich an eine veränderte politische Konstellation anzupassen?
Ich glaube, daß diese Feststellung richtig ist. Der PAC hat sich nicht wesentlich geändert, trotz maoistischer Einflüsse in den 60er und 70er Jahren. Aber da möchte ich hinzufügen, daß das nicht unbedingt ein Negativum ist, auch die Inflexibilität kann ja unter Umständen eine Stärke sein; anstatt als jemand dazustehen, der immer Zugeständnisse macht, sich immer kompromittiert.(...) Ich meine, wir haben das 1960 schon mal erlebt, als der PAC von heute auf morgen die ganze politische Landschaft in Südafrika einfach änderte, trotz der Vorherrschaft des ANC während eines ganzen Jahrzehntes in den 50ger Jahren. Und obwohl die Geschichte sich nicht ganz genau so wiederholen wird, das kann man nicht hoffen... würde ich sagen, daß man den PAC einfach nicht ignorieren kann. (...). Und wie ich gesagt habe: sobald der PAC tatsächlich genügend Macht hat, stark genug ist, wird er sich, genauso wie der ANC, zu Verhandlungen bereiterklären. Nur wird er natürlich hoffen, vielleicht würde er auch objektiv dazu in der Lage sein, einen besseren Deal herauszuschlagen.

Nun gibt es ja außer dem PAC noch die unabhängige Linke. Wie verhält sich diese zu Verhandlungen?
Ich glaube, daß die Linken, auch wenn es verschiedene Nuancen gibt, prinzipiell nicht gegen Verhandlungen sind. Verhandlungen sind eine notwendige, unausweichliche Taktik jedes Kampfes. Aber die Bedingungen, unter denen ein solcher Prozeß stattfinden soll, die Form, die der Prozeß annehmen soll, diese Fragen sind für die Linke sehr wichtig. Die Linke würde die Vorstufe, die Vorverhandlungsstufe sozusagen, solange ausdehnen wollen wie möglich, weil das die Stufe ist, wo Politik gemacht werden kann, wo große politische Aktionen möglich sind, weil der Feind, die Regierung, tatsächlich darauf abzielt, einen Verhandlungsprozeß in Gang zu bringen und deswegen nicht mit Repressalien auf politische Aktionen reagieren kann. Also die Linke wird auf jeden Fall versuchen, in dieser Periode eine revolutionäre Politik zu betreiben. Wenn es aber zu substantiellen Verhandlungen kommt, glaube ich, daß die Linke sehr schnell aus dem ganzen Prozeß herausgehen muß, weil die Kompromisse einfach nicht akzeptabel sein werden (...). Es sei denn, daß die Linke tatsächlich sehr gut organisiert ist oder daß die Umstände einfach günstig sind für eine radikalere Politik.

Wenn die Linke nicht prinzipiell gegen Verhandlungen ist und der Prozeß der Verhandlungen notwendigerweise Kompromisse impliziert.
Das ist nicht richtig, das ist ein idealtypisches Bild von Verhandlungen. Ich meine, daß es nicht verhandelbare Forderungen gibt. Man kann mir nicht sagen, daß meine Forderung nach, sagen wir, Nicht-Rassismus, die einer der Grundpfeiler unserer Bewegung ist, daß diese Forderung verhandelbar sein könnte. Wenn die Regierung nicht akzeptiert, daß gerade dieser Forderung nachgegeben werden muß, dann wird es auch keine Verhandlungen geben, ganz klar. Ich meine, wir wollen keine Verhandlungen, wir wollen keine Verhandlungslösung, die grundsätzlich Kompromisse impliziert, wir wollen sie nicht. Wir würden nur mitmachen, weil wir daraus ganz bestimmte Vorteile erzielen können.

Würdest Du die sich anbahnenden Verhandlungen als eine Chance begreifen, tatsächliche Veränderungen zumindest einzuleiten oder die Ausgangsbasis für die Politik linker Organisationen zu verbessern?
Ja, prinzipiell kann jede Form von Politik zu unbeabsichtigten revolutionären Konsequenzen führen, das ist klar. Wir hoffen nicht auf irgendwelche Verhandlungslösungen, wir sind keine Reformisten. Wir glauben, daß der Sturz, der Umsturz einer südafrikanischen Regierung aus der Logik des Klassenkampfes kommen wird, kommen muß. Wir sehen überhaupt keinen Grund, warum wir glauben sollten, daß sich die südafrikanische herrschende Klasse irgendwie anders benehmen wird als die herrschenden Klassen in anderen Zeiten und in anderen Ländern. Wir werden für uns die Freiheit erkämpfen und erringen müssen. Verhandlungen können zu bestimmten Zeiten eine notwendige politische Taktik darstellen, und wenn man das so sieht, dann ist es möglich, daß für eine revolutionäre Politik tatsächlich der Raum geschaffen werden kann. Es ist auch eine Gefahr, denn wie wir von anderen Ländern wissen, hat ein Verhandlungsprozeß seine eigene Logik. (...)
Und wenn eine sogenannte Verhandlungslösung die tatsächliche soziale Situation der Schwarzen nicht verbessert, dann ist die Verhandlungspolitik einfach ein Irrweg und dagegen müssen wir uns wehren, glaube ich.
Das Interview führte Walter Hättig.

1) Das Interview, das hier in einer stark gekürzten Fassung vorliegt, wurde am 23.3.90 in deutscher Sprache geführt. Die vollständige Fassung des Interviews ist gegen Erstattung von DM 2,50 bei der ASW (Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61) erhältlich.
2) Als Charteristen werden die Anhänger der Freiheitscharta bezeichnet (UDF/ANC-Spektrum).
3) Im Lancaster—Abkommen von 1979 wurde der politische Einfluß der weißen Minderheit in Zimbabwe für die ersten zehn Jahre der Unabhängigkeit geregelt.
4) Inkatha-Bewegung. Politisch konservative afrikanische Organisation, geführt von Chief Buthelezi. Sie wird primär von den Zulu getragen. Buthelezi wird von den radikaleren schwarzen Gruppen wegen seiner faktischen Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Regierung als Homeland-Führer abgelehnt.

Rebellierende Jugend

Gewidmet den Jugendlichen und allen Erwachsenen, die sich wie sie der Solidarität, der Gerechtigkeit verpflichtet fühlen; die es nicht als Utopie ansehen, eine Welt zu suchen, in der zu leben würdevoller wäre.[1]

Die Autoren der Widmung blikken hoffnungsvoll auf eine Generation; sie appellieren an die gesellschaftsverändernde Kraft der Jugend. Nimmt die Jugend zurecht die Rolle des Hoffnungsträgers für eine zukünftige lebenswerte Gesellschaft ein oder kommen hier unerfüllte Wünsche von Erwachsenen zum Tragen? Wir sind dieser Fragestellung nachgegangen. Die Materiallage zu diesem Thema ist äußerst dürftig, so daß der Eindruck entsteht, in der Dritten Welt gäbe es keine Jugend. Der Schein trügt. Das Problem liegt zunächst auf der Ebene der Terminologie.

So engagieren sich in der BRD z.B. mehrere Hilfsorganisationen ausschließlich für Kinder. Sie informieren über die Lebensbedingungen von Sechs- bis Vierzehnjährigen, sammeln Spendengelder, um den "Kleinen" zu helfen und unterscheiden dabei nicht zwischen Kindern und Jugendlichen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß sich mit hilflosen Kinderaugen der Geldbeutel des westlichen Wohlstandsbürgers leichter öffnen läßt und deshalb die Jugendlichen völlig unter den Tisch fallen.

Die herkömmlichen Begriffsbestimmungen tragen wenig zur Klärung bei. Auch die Definition der Vereinten Nationen, die alle 15- bis 25jährigen zu den Jugendlichen zählen, erschien uns sehr vereinfacht. Der eurozentrische Blickwinkel ist unverkennbar. Diese Definition trifft in den Ländern der Dritten Welt nur auf die Kinder der Oberschicht zu, denen alle Möglichkeiten offenstehen nicht aber auf die Bevölkerungsmehrheit. In der Dritten Welt übernehmen bereits Fünfjährige verantwortungsvolle Aufgaben, die eher dem Leben eines Erwachsenen als dem eines Jugendlichen entsprechen und schon gar nicht dem eines Kindes in der europäischen Gesellschaft. Der "westliche" Begriff "Jugend" ist daher nicht auf die Länder der Dritten Welt übertragbar, genausowenig wie der der Kindheit. Manfred Liebel nimmt sich dieser Begriffsbestimmung an. Er zeigt am Beispiel Lateinamerika , welche Probleme sich ergeben, wenn das klassische europäische Jugendkonzept auf die Dritte Welt übertragen wird, und erläutert die kulturell spezifische Jugendproblematik Lateinamerikas.



Neben dem bewaffneten Widerstand, der maßgeblich von Jugendlichen getragen wird (Intifada, Südafrika), interessierten uns vor allem Organisationen, die von Jugendlichen selbst gegründet wurden. Durch eine breit gefächerte Briefaktion sind wir auf vielerlei Formen des Jugendprotests gestoßen: von Jugendorganisationen, die mit eigenen Programmen an die Öffentlichkeit treten, bis zu lockeren Zusammenschlüssen. Auffallend ist, daß Mädchen weitaus seltener daran beteiligt waren. Sie sind stärker in das familiäre Gefüge eingebunden; ihr Wirkungskreis beschränkt sich auf die Privatsphäre. Jugendbanden und -cliquen bestehen vor allem aus männlichen Jugendlichen. Sie entstehen außerhalb verknöcherter gesellschaftlicher Strukturen, von denen sie sich bewußt und provokant abheben. Diese Andersartigkeit richtet sich immer gegen bestehende gesellschaftliche Verhältnisse. Sie unterscheiden sich durch ihre Ausdrucksformen und durch ihre Wünsche und Vorstellungen, die sie von der Zukunft haben (Mexiko). Der Gruppenbildungsprozeß vollzieht sich vor allem in Ländern, in denen weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens institutionalisiert sind. Die Zukunft dieser sehr unterschiedlichen Jugendzusammenschlüsse ist nicht mit Verhaltens- und Anpassungsmustern unserer westlichen Gesellschaft erklärbar.

Diese Gruppenbildung, so erhofft sich Gomezjara für Mexiko, könnte der Beginn einer sozialen Bewegung sein. Daß diese Hoffnung nicht ganz unbegründet ist, zeigt sich in Peru. Dort haben sich Kinder und Jugendliche zu einer "Bewegung der arbeitenden Kinder" (MANTHOC) zusammengeschlossen, um ihre Situation gemeinsam zu verändern. Vielleicht sind Kinder und Jugendliche wirklich die einzigen, die sich in Krisensituationen noch erlauben zu träumen und den Erwachsenen auf diese Art einen Ausweg zeigen können.

[1] **Seoane & Núñez: Die Nacht der Bleistifte. Stuttgart 1989, S. 13.**

Aspekte der Jugendfrage in Lateinamerika

Während bei uns, in den westlichen kapitalistischen Industriegesellschaften, junge Menschen in den 90er Jahren zum "knappen Gut" werden, haben die meisten Gesellschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zumindest daran keinen Mangel. Sie werden deshalb auch als "junge Gesellschaften" bezeichnet.

Das numerische Gewicht der Jugendlichen in Lateinamerika *ist eines der höchsten der Welt und nur vergleichbar mit der Situation im südlichen Asien.*"[2] Von den 404,8 Mio. Menschen, die 1985 in Lateinamerika und der Karibik lebten, waren 235,5 Mio. jünger als 25 Jahre. Das entspricht einem Anteil von 58,1 Prozent. Bis zum Jahr 2000 wird die Bevölkerung unter 25 Jahren auf 285,6 Mio. ansteigen und dann einen Anteil von 52,3 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Der Anteil der 15 bis 24-jährigen, die im Sinne der UN-Statistiken als Jugendliche gezählt werden, betrug 1985 20,2 Prozent und wird im Jahr 2000 19,1 Prozent betragen. In der BRD werden dann nur noch 9,7 Prozent der Bevölkerung Jugendliche sein.[3]
Lateinamerikanische Autoren, die sich zum Thema Jugend äußern, beginnen ihre Darstellungen allerdings häufig mit der Bemerkung, daß in Lateinamerika - wie in anderen Regionen der Dritten Welt - von Jugend nicht im selben Sinne zu sprechen sei, wie in den Industriegesellschaften Europas oder Nordamerikas. Sie mahnen damit zur Vorsicht, die in Europa entstandene Kategorie der Jugend umstandslos auf nicht-europäische Gesellschaften anzuwenden. Mit dem gewohnten Jugendbegriff im Kopf würden wir dort nichts als Defizite feststellen. Trotz der großen Zahl junger Menschen fänden wir nur wenig Jugend. Nahe läge der Schluß, das Ganze sei eine Frage von mehr Entwicklung, die eben noch stattzufinden habe und bei der wir wohlwollend nachzuhelfen hätten. Jugendförderung als ideologischer Kolonialismus.

Ich werde versuchen, mich von einer eurozentrischen Sichtweise soweit wie möglich freizumachen, und will fragen, ob in Lateinamerika eine kulturell spezifische Jugendproblematik existiert, die nicht nur als Vorstadium einer Entwicklung nach europäischem Muster zu verstehen ist. Hierzu reicht es nicht aus, von Jugend nur im Sinne eines bestimmten "natürlichen" Lebensalters zu sprechen, sondern wir müssen Jugend als soziokulturelles Phänomen verstehen, das sich unter bestimmten historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen herausbildet.

"Ein großer Teil unserer Kinder gehört ab dem 7. Lebensjahr zur ökonomisch aktiven Bevölkerung. Das heißt, in ihrer vollen Jugend werden sie Erwachsene sein, und in ihrer vollen Reife werden sie fast schon Alte sein. Und das ist deshalb so, weil das Gros des Volkes auf die eine oder andere Weise irgendwelchen Tätigkeiten nachgehen muß, um überleben zu können. Aus dieser Sicht ist es nicht möglich, in allgemeiner Weise von Jugend zu sprechen."[1]

Gibt es eine Jugend in Lateinamerika?

In seinen uns heute selbstverständlich erscheinenden Charakteristika ist Jugend mit der bürgerlichen Gesellschaft in Europa entstanden. Das Jugendkonzept impliziert im wesentlichen drei Elemente:
1. Zwischen Kindheit und Erwachsensein wird ein "soziales Moratorium" geschoben, das als "pädagogische Provinz" institutionalisiert wird. Es handelt sich um eine *"Aufschubperiode, die jemandem zugebilligt wird, der noch nicht bereit ist, eine Verpflichtung zu übernehmen, oder die jemandem aufgezwungen wird, der sich selbst Zeit zubilligen sollte. (...) Es ist eine Periode, die durch selektives Gewährenlassen seitens der Gesellschaft und durch provokative Verspieltheit seitens der Jugend gekennzeichnet ist.*"[4]
2. Jugend wird nicht nur als Wartezeit verstanden, sondern als *"Gebilde von eigener Form und Schönheit und Würde."*[5] Die Jugendzeit wird mit positiven Werten besetzt und als privilegierter Lebensabschnitt idealisiert. *"Jugend als positive Charaktermöglichkeit ebenso wie als möglicher Träger gesellschaftlichen Fortschritts."*[6]
3. Jugend gilt als anzustrebende und durchzusetzende Lebensform für alle Menschen im "Jugendalter", ungeachtet sozialer Lebenslagen und Zugehörigkeiten (Klasse, Geschlecht, Ethnie).
In Europa hat dieses Jugendkonzept, das zunächst nur auf den männlichen Nachwuchs des Bürgertums zutraf, mehr und mehr auch in den unteren Klassen und beim weiblichen Geschlecht Wurzeln geschlagen. Mit der Verallgemeinerung der Jugendphase sind altersspezifische Interessenlagen und kollektive Identitäten entstanden, die sich in Form von Subkulturen öffentlich bemerkbar machen und Geltung beanspruchen.
Andererseits ist das klassische Jugendkonzept in den kapitalistischen Industriegesellschaften Europas heute in eine Krise geraten. Für eine wachsende Zahl von Jugendlichen werden die mit der Aufschubperiode einhergehenden Entbehrungen weder durch eine greifbare bessere Zukunft noch durch die der Jugendphase zugesprochene eigene Würde und Schönheit aufgewogen.[7] Je mehr sich die Jugendphase ausdehnt, desto eher wird sie als hohl und leer empfunden und löst sich als spezifische Jugendphase im klassischen Sinn auf.[8]

Damit verfliegt auch die Botschaft, die dem europäischen Jugendmodell seit seiner Entstehung vor 200 Jahren eigen war. Mit seinem Anspruch, *"unabhängig von sozialem Ort und sozialer Zeit zu gelten"*, hatte das Jugendkonzept *"die ideologische Funktion, die Jugendphase einer Gesellschafts-*

gruppe zu idealisieren und zum Maßstab für die anderen, nicht an dieser Jugendkonzeption beteiligten sozialen Gruppen zu erheben."[9] Für die Jugendlichen nicht-bürgerlicher Gesellschaftsgruppen enthielt es die "*utopische Verheißung, (...) an der Aufwertung und Wertbesetzung von Jugend, wie sie im Bürgertum sich fortschreitend realisierte, teilzuhaben.*"[10]

Die ideologisch-hegemoniale Funktion des klassischen Jugendkonzepts, nicht-bürgerliche schicht- oder klassenbezogene Jugendformen als defizitär abzuwerten und an das bürgerliche Konzept zu fixieren, hat in Europa weitgehend ausgedient. Könnte es sein, daß sie in anderen Kontinenten und Kulturen um so mächtiger weiterwirkt?

Ein Hebel hierfür ist die Ideologie der Modernisierung. Sie unterstellt, daß sich weltweit das westlich-okzidentale Gesellschafts- und Kulturmodell durchsetzt, sich gleichsam in der Welt "verallgemeinert" und alle regionalgebundenen "traditionalen" Wirtschafts- und Lebensformen auflöst.

Emanzipation durch Modernisierung?

Gemeinhin wird angenommen, Modernisierung und in deren Gefolge die Urbanisierung von Gesellschaften gehe mit einer Emanzipation aus den Fesseln traditionaler, autokratischer oder paternalistischer Strukturen einher. Keine Frage ist, daß die Modernisierung daran mitwirkt, Jugendliche gegenüber Autoritäten selbstbewußter und kritischer werden zu lassen und ihre Anspruchshaltung, als Subjekt mit eigenem Willen und eigener Meinung respektiert zu werden, steigert. Auch üben die Insignien der Modernität, z.B. ein Walkman oder Auto, ungeachtet ihrer Erreichbarkeit, auf Jugendliche in der Dritten Welt eine große Faszination aus. Die Großstadt zieht sie nicht nur wegen der Aussicht auf eine Existenzgrundlage an, sondern sie bleibt, oft trotz enttäuschter Erwartungen, in den Augen von Jugendlichen "*der Ort, wo etwas los ist, wo die Dinge in Bewegung sind und die Zukunft in der Luft liegt.*"[11]

Eine verbreitete Sichtweise, die sich auch bei lateinamerikanischen Autoren findet, betont, daß Jugend ein "*integrales Moment des Entwicklungsmodells der Modernisierung*"[12] sei. Jugend entstehe zwangsläufig im Gefolge von Urbanisierung und Industrialisierung. Die Urbanisierung lasse neue soziale Räume und Beziehungsmuster entstehen, die es den neuen Generationen erlaubten, sich aus der Beschränkung überkommener Traditionen zu lösen und die Autoritätsbeziehungen zu Eltern und Älteren tendenziell aufzulösen. Die Industrialisierung erfordere einen neuen Menschentyp, der nicht nur leistungsorientiert und flexibel, sondern auch über eine gewisse (Schul-)Bildung verfüge, zumindest lesen und schreiben könne. Um den Modernisierungsprozeß voranzubringen, könne Jugend nicht auf kleine Eliten beschränkt bleiben, sondern müsse sich auf immer "*breitere Gruppen der Gesellschaft ausdehnen.*"[13] Die Entwicklung in Europa und Nordamerika fungiert als Beweis.

Bis in die 80er Jahre hinein wird von zahlreichen lateinamerikanischen Autoren sogar die These vertreten, die Jugend sei selber die vorantreibende Kraft der Modernisierungsprozesse. Da sie von der Modernisierung profitiere, habe sie an ihr auch ein besonderes Interesse. Besonders die städtische Jugend wird in den Blick genommen und als "moderne Jugend" von der "zurückgebliebenen Jugend" des Landes unterschieden.[14] Namentlich die CEPAL[15] vertritt die Auffassung, die Jugend sei ein wesentlicher Motor des permanenten sozialen Wandels. Er wird ins Feld geführt, daß sich das "Bildungsprofil" der heutigen Jugendlichen so sehr von der Bevölkerung von 45 und mehr Jahren unterscheide, daß "*man den Eindruck von Bevölkerungen hat, die zwei verschiedenen Gesellschaften entsprechen.*"[16] Es existieren heute Bedingungen, die der Jugend eine "relevante Rolle bei der Transformation und Überwindung der Krise der lateinamerikanischen Gesellschaften" zukommen lasse.[17]

Andere Autoren stellen - zu Recht - solche Prognosen in Frage. Sie machen darauf aufmerksam, daß von Jugend im klassischen



Jugend im europäischen Sinne hat sich in Lateinamerika nur in Spurenelementen entwikkelt.

Sinn in Lateinamerika bestenfalls bei einer Minderheit von Privilegierten zu sprechen ist: Sie umfaßt im wesentlichen diejenigen, die "höhere Schulen und Universitäten besuchen."[18] Dort existiert bis zu einem gewissen Grade ein nach dem Tauschprinzip reguliertes "soziales Moratorium", das von Existenzdruck entlastet und für die Ausgestaltung des weiteren Lebensweges bedeutsam ist. Trotz des rapiden Ausbaus des formalen Bildungssystems in den vergangenen drei Jahrzehnten, bleibt der Anteil eines in diesem Sinn *"genuinen Jugendsektors auf einen beschränkten Sektor der Bevölkerung konzentriert."*[19]

Spurenelemente des klassischen Jugendmodells

Zwar haben in Lateinamerika heute fast alle Kinder Zugang zur Primarschule, aber ihre Schulzeit bleibt relativ kurz. Nur die Hälfte derer, die heute zwischen 15 und 24 Jahre alt sind, hatte Gelegenheit, die Schule bis zur 6. Klasse zu besuchen. Sie gehören spätestens mit 13 Jahren zur "ökonomisch aktiven Bevölkerung". Der Existenzdruck, unter dem sie stehen, ist so stark, daß sich für sie auch in anderer als der schulischen Form kein soziales Moratorium herausbilden kann.

Nach Lebenslage und Lebensstil unterscheidet sich die Minderheit des "genuinen Jugendsektors" in krasser Weise von der Masse derer, denen der Zugang zu den höheren Sphären des Bildungssystems verwehrt ist. Aus diesem Grund hat sich auch keine "separate Jugendidentität"[20] entwickeln können, die sich über die Klassengrenzen hinaus in altersspezifischen Subkulturen manifestiert, die sich "als Bewegung von Jugend"[21] verstehen. Da Klasse und - für Lateinamerika besonders kennzeichnend - Ethnie und Geschlecht die absolut bestimmenden Elemente im Leben der Jugendlichen geblieben sind, läßt sich von Jugend bestenfalls im Sinne "fragmentierter Gruppenexistenz"[22] sprechen.

Am Beispiel Kolumbien stellt Parra Sandoval fest, daß ein wachsender Teil der Studenten nachts studiere, weil sie tagsüber arbeiten müßten. Eine wachsende Zahl von Jugendlichen werde durch Arbeitslosigkeit *"gezwungen, eine unechte Jugend zu 'genießen"*;[23] die Schutz- und Erziehungsfunktionen der Familie zerbrächen, vor allem auf dem Land und in der marginalisierten Stadtbevölkerung; die Schule, die zunächst im Modernisierungsprozeß einen großen Aufschwung nahm und eine große Bedeutung erlangte, werde "abgewertet" und verliere "ihre Bedeutung als Brücke zwischen Familie und Arbeit",[24] sie spiele selber nur noch "eine marginalisierte Rolle".[25] Parra Sandoval zieht daraus den Schluß, daß das Entwicklungsmodell der Modernisierung "erschöpft" und damit auch das klassische Konzept von Jugend für Lateinamerika fragwürdig geworden sei.

Jugend im europäischen Sinne hat sich in Lateinamerika nicht oder nur in Spurenelementen entwickelt. Eine entsprechende Entwicklung ist auch nicht absehbar. Gleichwohl gibt es in Lateinamerika eine Jugendfrage in dem Sinne, daß die immense Zahl von Jugendlichen in anderer, vielfach krasserer Weise von den spezifischen Entwicklungsproblemen der lateinamerikanischen Gesellschaften betroffen ist als andere Altersgruppen.

Jugend jenseits der Jugendideologie



Um die jungen Menschen zu charakterisieren, die keine Jugend im klassischen Sinne erfahren, hat sich in Lateinamerika der Begriff der "Juventud Popular" eingebürgert. Der Begriff läßt sich mit "Volksjugend" nur annähernd übersetzen. Ähnlich wie bei dem Begriff "Educación Popular" (Volksbildung/Volkserzeihung) schwingt bei der Rede der Juventud Popular ein Bedeutungselement mit, das den Gegensatz zur Welt der "gehobenen", vom "Volk" getrennten Schichten betont und auf Kritik an sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit zielt.

Der Begriff der Volksjugend wird von lateinamerikanischen Autoren in verschiedener Weise verwendet. Teilweise werden Jugendliche, die als Lohnarbeiter oder Auszubildende in der Industrie beschäftigt sind, einbezogen. Andere Autoren beschränken den Begriff der Volksjugend auf Jugendliche, die in Produktionsverhältnisse der Subsistenzökonomie und des städtischen informellen Sektors einbezogen sind. Oder sie rechnen der Volksjugend generell die Jugendlichen zu, die in den sog. Volkssektoren ("sectores populares"), d.h. den Elendsvierteln und -siedlungen im Einzugsgebiet der großen Städte leben. Den Jugendlichen, die auf dem Land unter Existenzbedingungen der Armut leben, wird relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Es ist kein Zufall, daß der in Europa bis in die jüngste Zeit in der Linken gebräuchliche Begriff der Arbeiterjugend, der hier den (Klassen-)Gegensatz zur privilegierten bürgerlichen Jugend betont, in Lateinamerika sich kaum eingebürgert hat. Arbeiterjugend im europäischen Sinn des Wortes hat sich in Lateinamerika nur in geringem Maße entwickeln können. Der Begriff der Volksjugend macht darauf aufmerksam, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der jungen Menschen in Formen der Überlebensproduktion einbezogen ist, die geregelte und halbwegs gesicherte Lohnarbeitsverhältnisse nicht begründen. Dabei handelt es sich *"um die verschiedensten Formen der selbstgeschaffenen Beschäftigung - vom Kleinbauern über den Handwerker bis hin*

zum Straßenhändler -, um Heimarbeit, um Beschäftigung in privaten Dienstleistungen und um äußerst sporadische, ständig wechselnde Lohnarbeitsbeschäftigungen, die aufgrund ihres nicht permanenten Charakters nicht dasselbe sind wie die klassisch so bezeichnete Lohnarbeit."[26]
In krassem Unterschied zu den industrialisierten Gesellschaften Europas und Nordamerikas, wo sich die industrielle Lohnarbeit zur dominierenden Form der Beschäftigung entwickelt hat, ist in Lateinamerika nach anfänglicher Ausweitung der industriellen Beschäftigung in den 50er und 60er Jahren inzwischen eine gegenteilige Entwicklung eingetreten. Es dominieren heute *"bestimmte Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse (...), die ihrer Erscheinungsform nach präkapitalistischen Verhältnissen ähneln, im wesentlichen aber Ergebnisse der Prozesse der Verallgemeinerung der Warenproduktion und der Industrialisierung in den lateinamerikanischen Ländern sind.*"[27] In allen lateinamerikanischen Gesellschaften wachsen diese Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse seit Ende der 60er Jahre explosionsartig an.
Bei den Jugendlichen, die unter diesen Bedingungen leben, kann sich ein nach dem Tauschprinzip reguliertes soziales Moratorium nicht entwickeln. Stattdessen entsteht eine qualitativ andere Jugendproblematik, die erst noch zu entziffern ist. Nach klassischem Verständnis ist Jugend eine konflikthafte Lebensphase, in deren Verlauf die Jugendlichen zu einem eigenen, selbstverantworteten Weg finden (sollen). Es sind gleichsam Konflikte auf Probe in der "pädagogischen Provinz", in denen sich das werdende Individuum mit den Imperativen der Erzieher und mit sich selbst auseinandersetzt, um schließlich zu einer selbstbestimmten und selbstkontrollierten Ich-Identität zu gelangen.

Schuhputzer in Santiago de Chile

Die politische Dimension persönlicher Konflikte

Die Konfliktkonstellationen, in die Volksjugendliche in Lateinamerika geraten, unterscheiden sich davon in wesentlicher Hinsicht. Während in der klassischen Jugendphase die Konflikterfahrungen aus noch nicht oder nicht mehr eingelösten Zukunftsversprechen resultieren, also an einer besseren *persönlichen Zukunft* ausgerichtet sind, erfahren Volksjugendliche in Lateinamerika wesentliche Konflikte handfest zu jedem Zeitpunkt ihrer Lebensphase. Es sind nicht in erster Linie zukunftsbezogene Orientierungs-, sondern gegenwartsbezogene Existenzkonflikte. Und es steht bei ihnen nicht nur das persönliche Schicksal auf dem Spiel, sondern "das Ganze". Jeder erfahrene und ausgetragene Konflikt bleibt nicht "pädagogisch" beschränkt, sondern hat immer eine politische Dimension. Ich will das an einigen Beispielen verdeutlichen.
Die unter dem Diktat des imperialen Kapitals und seiner internationalen Entwicklungsagenturen vorangetriebene Kapitalisierung und "Modernisierung" Lateinamerikas hat bekanntlich in den vergangenen Jahrzehnten zu einschneidenden Veränderungen der lateinamerikanischen Gesellschaften geführt. Sie haben allerdings nicht Freiheit und Wohlstand gebracht, wie es die Ideologen der Modernisierung bis heute propagieren, sondern die **Armut** vergrößert, die **Gewalt** verstärkt und soziokulturelle **Heimatlosigkeit** hervorgebracht. Diese Entwicklung prägt die Konfliktkonstellationen, mit denen sich der weitaus überwiegende Teil der Jugend Lateinamerikas heute konfrontiert sieht und praktisch konfrontieren muß.

Armut durch Modernisierung

Die Modernisierung der agrarischen Produktionsstrukturen ("Grüne Revolution") hat die Existenzgrundlagen und die Subsistenzökonomie großer Teile der Landbevölkerung ausgehöhlt und zerstört. Diejenigen, die sich, getrieben von Existenzangst und von Hoffnung auf eine bessere Alternative, auf die Flucht in die großen Städte begeben, sind überwiegend junge Menschen, mehr Frauen als Männer, mehr "schulisch Gebildete" als Analphabeten. Ihre gern gepriesene "Mobilität" und geistige Flexibilität" führt sie freilich nicht zu neuen Ufern, sondern, in aller Regel, in eine neue Form von Elend und Existenzkonflikten. Vor allem die jugendlichen MigrantInnen sind in den Städten von Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen. Sofern sie überhaupt eine bezahlte Arbeit finden, werden sie *"vorwiegend in den unteren Schichten der Dienstleistung und des Handels beschäftigt, die charakterisiert sind durch niedrigen Kapitalanteil, geringe Produktivität und geringes Lohnniveau.*"[28] Auf dem Land bleiben vor allem die Jugendlichen mit geringer Schulbildung zurück mit der Folge, daß *"sich unter den Jugendlichen ein Kern sozialer Marginalität bildet, der seinerseits einen Zirkel intensiver Reproduktion der Marginalität hervorruft.*"[29]

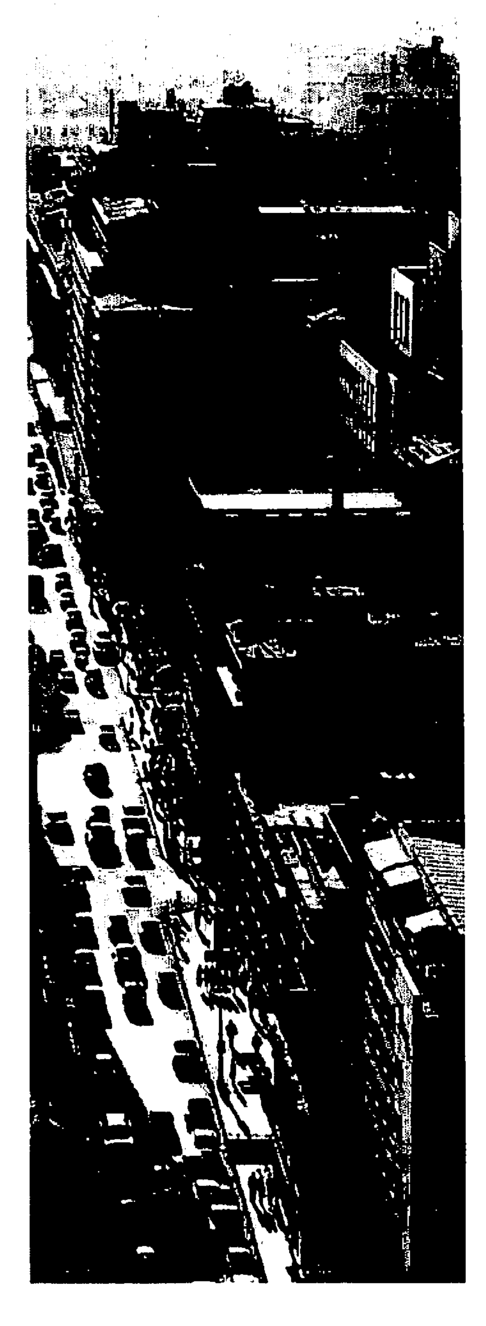
Da sich auch in den Städten die Armut vergrößert, müssen hier Jugendliche in immer früherem Alter, d.h. sehr häufig bereits als Kinder, zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen und sich auf die Suche nach bezahlter Arbeit begeben oder sich irgendwie auf eigene Faust durchs Leben schlagen. Daß ein permanent wachsender Teil junger Frauen die lateinamerikanischen Arbeitsmärkte bevölkert, hat weniger mit Emanzipationsbestrebungen als mit wachsenden Existenznöten zu tun. "Geregelte Arbeit und Einkommen" finden die wenigsten. Die "Modernisierung der Ökonomie" hat mehr Arbeitsplätze zerstört als neue entstehen lassen.
Am Beispiel von Santiago de Chile sei gezeigt, in welcher Weise Jugendliche von dieser Entwicklung betroffen sind. Seit Anfang der 70er Jahre findet hier eine *"abrupte Abnahme des Anteils von Jugendlichen in der gesamten Industriearbeit"* statt.[30] Zwischen 1970 und 1980 fiel der Anteil der Industriearbeiter bei den 15 bis 19-Jährigen von 30,5 % auf 17,2 % und bei den 20 bis 24-Jährigen von 23,6 % auf 18,5 %, d.h. er reduzierte sich um 43,6 % bzw. 21 %. Analog zum Niedergang der Industriearbeit nahmen bei den Jugendlichen, insbesondere im Alter von 15 bis 19 Jahren, prekäre und inferiore Beschäftigungen erheblich zu. Die Jugendlichen gingen, oft nacheinander am selben Tag, einer Vielzahl von Gelegenheitsarbeiten nach als ambulante Verkäufer, Lastenträger auf Märkten, Messen und in kommerziellen Zentren, Packer in Supermärkten, Wächter etc.. 1980 war mehr als die Hälfte der 15 bis 19-jährigen Jugendlichen mit solchen Arbeiten beschäftigt, weitere 25 Prozent waren vollkommen erwerbslos. Nach Ansicht des Autors hat diese Entwicklung ein Ausmaß erreicht, "das historisch ohne Parallele ist".[31]

Jugendliche, besonders junge Frauen, sind stärker als Erwachsene von dem Mangel an Erwerbsgelegenheiten betroffen. In manchen Ländern stellen die Jugendlichen mehr oder kaum weniger als die Hälfte der Erwerbslosen, z.B. in Kolumbien 82 Prozent (1980), in Costa Rica 76 Prozent (1982), in Venezuela 56 Prozent (1982), in

Chile 48 Prozent (1981), in Argentinien 46 Prozent (1982). *"Das Problem der Unterbeschäftigung ist oft sogar noch größer, und viele junge Leute in solchen Situationen befinden sich im informellen Sektor und sind marginalisiert."*[32]
Die effektiven Arbeitslosenraten sind bei Jugendlichen wesentlich höher als die registrierten. Viele erwerbslose Jugendliche suchen nicht ausdrücklich Arbeit im formellen Sektor, weil sie sowieso keine Aussicht haben. Außerdem präsentieren die Statistiken nur die offene Arbeitslosigkeit, *"ohne zu erwähnen, daß die Unterbeschäftigung in Ökonomien wie den unsrigen ebenso dramatische Ausmaße oder noch größere erreicht als die Erwerbslosigkeit selbst."*[33]

Mit der Armut breitet sich Gewalt aus

Die rapide Verschuldung der lateinamerikanischen Länder und die von IWF und Weltbank aufgenötigten Sanierungsprogramme provozieren ein starkes Konfliktpotential, da sie auf Kosten derer gehen, die eh in Armut leben. Um Revolten "präventiv" zu begegnen und um ein für ausländische Investoren "günstiges Investitionsklima" zu schaffen - "politische Stabilität" genannt - reproduzieren und verstärken sich autokratische Strukturen. Parlamentarische Demokratien, die in den letzten Jahren in einigen Ländern an die Stelle offener Militärdiktaturen getreten sind, dienen vorwiegend einer besseren Legitimation.[34]
Jenseits der politischen Staatsform dominieren weiterhin ökonomische und militärische Machteliten, deren Macht auf Gewalt und Androhung von Gewalt basiert.
Jugendliche sind bevorzugte Adressaten dieser allgegenwärtigen Gewalt. Nur Gesellschaften, in denen die Herrschaft der Eliten auch auf kultureller Hegemonie und glaubwürdigen Zukunftsversprechen gründet, können darauf vertrauen, daß die nachwachsenden Generationen sich in die bestehenden Strukturen einfügen. Dies ist in den lateinamerikanischen Gesellschaften nicht der Fall. Bis auf die kleine Minderheit von Jugendlichen, die mit den ökonomischen und militärischen Oligarchien qua Herkunft und gesicherter Privilegien eng verbunden sind, müssen die Machteliten die neuen Generationen als destabilisierende Gegenkräfte fürchten. So gelten Jugendliche scheinbar allein aufgrund ihres Alters als potentielle Feinde bestehender Ordnungen.



In den Städten liegt die Hoffnung der Jugend

Insbesondere Orte und soziale Situationen, an denen sich Jugendliche als Altersgruppe formieren und zu einer kollektiven Identität finden können, stehen unter Verdacht. Dies gilt für Universitäten und höhere Schulen, aber auch für die neuen Slums der Großstädte, wo sich ein besonders hoher Anteil junger Bevölkerung konzentriert. Während versucht wird, an den höheren Schulen und Universitäten die soziale Kontrolle mittels autoritärer Strukturen zu gewährleisten, werden die Jugendlichen in den Slums mit direkter Repression konfrontiert. Razzien und überfallartige Rekrutierungen für das Militär sind eine verbreitete Praxis. Unter den "Verschwundenen" und Exilierten ist der Anteil von Jugendlichen besonders hoch.[35]
Auch im Nahbereich der Familie nimmt die Gewalt zu. Die wachsende Verschuldung und schwindende Zukunftshoffnungen der Gesellschaften schlagen sich auch in der Ökonomie und den sozialen Beziehungen der Familien nieder. In ehemals relativ gut situierten Familien, die in den sozialen Abstieg gezogen werden, kommt es zu neuartigen Konflikten zwischen Eltern und Kindern. Die Familie kann ein relativ sorgenfreies und sicheres Leben oder gar eine bessere Zukunft nicht mehr garantieren. Die Autorität der Eltern, insbesondere der Väter, zerfällt. Der Autoritätsanspruch läßt sich vielfach nur noch mit Gewalt aufrechterhalten.
In den armen Familien führt der sich zuspitzende Existenzdruck dazu, daß die Kinder zunehmend als Arbeitskraft in Anspruch genommen werden. Dies galt zwar auch schon für die traditionelle familiale Subsistenzökonomie, doch blieben hier die Kinder als "Hilfskräfte" in den familialen Kontext eingebunden. Unter den von der "Modernisierung" der Ökonomie erzwungenen Existenzbedingungen werden die Kinder zu Erwerbsarbeitskräften, die zur Entla-

stung und Versorgung des familialen Haushalts Geld beschaffen müssen. Da dies innerhalb der eigenen Familie kaum möglich ist, werden die Kinder praktisch auf die Straße geschickt. Die innerfamiliale Solidarität, die in Lateinamerika eine lange Tradition besitzt, wird auf eine harte Probe gestellt, oft zerbricht sie und setzt Gewalt der Eltern gegenüber ihren Kindern frei. Verstärkt wird diese Entwicklung noch dadurch, daß in den Slums eine wachsende Zahl von Familien sich praktisch auflöst, weil die Männer sich bei wachsenden Schwierigkeiten aus dem Staub machen. Viele Mütter, die oft mit vier, fünf oder mehr Kindern allein zurückbleiben und zurechtkommen müssen, sehen sich überfordert und greifen ebenfalls - trotz aller Skrupel - zur Gewalt. Das trifft die kleineren Kinder und die Mädchen in besonderem Maße, führt aber insgesamt dazu, daß die Familie aufhört, ein sozialer Ort zu sein, der einen gewissen Schutz bietet und entlastet. Die Konflikte, die unter diesen Bedingungen entstehen, wirken eher zerstörend als produktiv.[36]

Heimatlosigkeit im eigenen Land

Die destruktiven, Gewalt freisetzenden Konflikte in den Familien der Volkssektoren sind nicht nur Resultat der Armut und ihrer Begleitumstände. Sie spiegeln auch wider, daß die traditionellen Lebensmuster unter dem Druck der Modernisierung ihre praktische Bedeutung und identitätsbildende Kraft verlieren, ohne daß neue sozio-kulturelle Identitäten sich ausbilden können. Sie sind ein Ausdruck sozio-kultureller Entwurzelung und Heimatlosigkeit.
Der weitaus überwiegende Teil der in den städtischen Elendsvierteln lebenden Jugendlichen stammt aus Familien, die in den drei letzten Jahrzehnten vom Land in die Stadt emigriert sind, oder sie sind gar erst in jüngster Zeit selbst vom Land gekommen.



Meist bietet sich den Jugendlichen nur schlechtbezahlte Arbeit, wie auf dem Großmarkt von Lima. Foto: A. Recknagel/tdh

Unter den neuen Bedingungen leben sie in zwei Welten gleichzeitig und müssen mit gegensätzlichen Eindrücken und Anforderungen zurechtkommen, die sich kaum miteinander verbinden lassen und aus eigener Kraft zu bewältigen sind.
Die in den agrarischen Subsistenzkulturen selbstverständlichen Werte der Gemeinschaftlichkeit, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft werden in der Stadt rigoros entwertet und oft sogar zur Gefahr. Hier zählt in erster Linie, miteinander konkurrieren zu können und auf den eigenen oder zumindest gegenseitigen Vorteil bedacht zu sein. Die um des Überlebens willen in der Stadt geforderte Rücksichtslosigkeit gerät in schmerzlichen Konflikt mit den eigenen Erinnerungen, Selbstbildern und Wünschen.
Besonders kraß sind die Jugendlichen aus indigenen Kulturen von Wertkonflikten betroffen. Sie sehen nicht nur positive Erinnerungen und Traditionen in Frage gestellt, sondern erleben auch eine rassistische Entwertung ihrer ganzen Person. Das beginnt nicht erst mit der Emigration in die Stadt, sondern schon bei der Konfrontation mit der Schule, wo sie die befremdende Erfahrung machen müssen, die Sprache des Lehrers nicht zu verstehen und die eigene Sprache nicht mehr gebrauchen zu können. Im Laufe ihres weiteren Lebens werden sie zu kulturellen Zwitterwesen geformt, die nirgends zu Hause sind. Selbst dann, wenn sich ein junger "Indio" den "lateinamerikanischen" oder nationalen Wertmaßstäben unterwirft, erfährt er, daß *"die ethnischen Barrieren weiterbestehen und er in der hauptsächlich von den Mestizen und der Oberschicht getragenen Nationalgesellschaft nicht erwünscht ist."*[37]
In weitere Konflikte werden Jugendliche durch die auch in den lateinamerikanischen Gesellschaften heute dominierende Ideologie gestürzt, alles über eigene Leistung erreichen und kaufen zu können. Diese Ideologie wird vor allem über die Massenmedien in alle Winkel getragen und ist nicht selten selber ein Impuls für Jugendliche, das "Leben in der Stadt" zu suchen. Sie ist gerade für junge Menschen attraktiv, weil sie eigene Entscheidungsfähigkeit suggeriert und rasche Befreiung aus Abhängigkeiten verspricht. Für Jugendliche in den Volkssektoren ist der Konflikt unvermeidlich, denn sie erfahren ideologische Verheißungen *"als krassen Gegensatz zu ihrem materiellen Leben"*.[38] Die tatsächlichen Lebensbedingungen schließen nahezu alles aus, was die Ideologie verspricht. Ihre Attraktivität wird dadurch nicht notwendigerweise gebrochen, aber mit der Permanenz des erlebten Konflikts akkumulieren sich Enttäuschung, Wut oder Zweifel an der eigenen Person.

"Informelle Gruppen" - ein möglicher Ausweg ?

Wie Jugendliche in Lateinamerika all diese Widersprüche und Konflikte verarbeiten, läßt sich nicht auf einen Nenner bringen.

Die Tendenzen sind sehr verschieden. Die chilenische Soziologin Teresa Valdés beschreibt sie als "Bruch der kollektiven Solidarität, Distanzierung gegenüber der organisierten Gesellschaft, Degradierung und Zusammenbruch der mit der sozialen Mobilität verbundenen Erwartungen und Zweifel an der Zukunft. Ökonomische Marginalisierung, Frustrationen im Erziehungssystem, Zerstörung des Gleichgewichts in den Familien und der Ausschluß von politischen Entscheidungen rufen bei der Volksjugend ernsthafte Wirkungen hervor und führen zu anomischen Verhaltensweisen wie Drogenmißbrauch, zur Suche nach gemeinschaftlichen Bindungen (wie den christlichen Basisgemeinden), zur Suche nach Prinzipien kollektiver Identität oder schließlich zu anomischem Aufruhr oder unstrukturierter Aggression gegen die soziale Ordnung."[39]

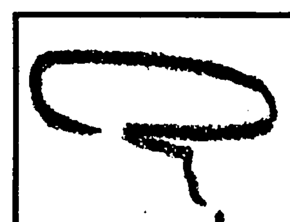
Ich will hier keine Prognosen wagen, ob eine der von Valdés genannten Verhaltensweisen unter den Volksjugendlichen Lateinamerikas in den 90er Jahren stärkeres Gewicht erlangen oder gar dominieren wird. Ich möchte nur die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß sich die Jugendlichen der städtischen Volkssektoren heute häufiger in "informellen Gruppen" zusammenfinden.[40] Die bolivianische Soziologin Gloria Ardaya spricht gar davon, daß sie hier zur *"vorrangigen Form der Sozialisation"* und der Vertretung *"korporativer Interessen"* geworden seien.[41]

Diese Gruppierungen haben mit den Jugendsubkulturen europäischer Gesellschaften wenig gemein. Gewiß schaffen auch sie ihre eigenen symbolischen Ausdrucksformen (typische Kleidung, Musik, Jargon). Sie sind aber keine in sich kreisende Selbststilisierung von Altersgleichen, sondern haben eine praktische Bedeutung bei der Bewältigung von Existenzkonflikten. Sie ermöglichen den Volksjugendlichen, in materieller und psychischer Hinsicht zu überleben und sich als tätige und handlungskompetente Subjekte zu erfahren und zu behaupten.

Manfred Liebel

Anmerkungen

1 SALVATIERRA, Hugo: La "juventud adulta" reflejo de la crisis. In: Debates hacia una nueva sociedad. La Paz 1987.
2 CEPAL (Comisión Económica par América Latina): La juventud en América Latina. Santiago de Chile 1985 a, S. 23.
3 Vgl. UN (United Nations): The Situation of Youth in the 1980' and Prospects and Challenges for the Year 2000. New York 1986.
UNESCO: Statistical Year Book 1988. Paris 1988. Chile 1985 a, S. 23.
4 ERIKSON, Erik H.: Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel. Stuttgart 1974, S. 161.
5 SPRANGER, Eduard: Psychologie des Jugendalters. Leipzig 1924.
6 ZINNECKER, Jürgen: Jugend der Gegenwart - Beginn oder Ende einer historischen Epoche? In: D. Baacke, W. Heitmeyer (Hrsg.): Neue Widersprüche. Jugendliche in den achtziger Jahren. Weinheim/München 1985, S. 27.
7 Vgl. LESSING, Hellmut; DAMM, Diethelm; LIEBEL, Manfred; NAUMANN, Michael: Lebenszeichen der Jugend. Kultur, Beziehung und Lebensbewältigung im Jugendalter. Weinheim/München 1986.
8 Vgl. BÖHNISCH, Lothar; SCHEFOLD, Werner: Lebensbewältigung. Weinheim/München 1985.
9 ZINNECKER, a.a.O., S. 28.
10 ZINNECKER, a.a.O., S. 29.
11 BERGER, Peter L.; BERGER, Brigitte; KOLLNER, Hansfried: Das Unbehagen in der Modernität. Ffm/N.Y. 1987, S. 125.
12 PARRA SANDOVAL, Rodrigo: Ausencia de Futuro. La Juventud Columbiana. Bogotá 1987, S. 15.
13 PARRA SANDOVAL, a.a.O., S. 15.
14 Vgl. DAMARES TORIBO DOMINGUEZ, Rafael: Palabras de apertura. In: Juventud. Situación y Perspectivas en la República Dominicana. Seminario sobre la Juventud del Fondo de las Naciones Unidas para la Infancia (UNICEF) y del Instituto Técnologico de Santo Domingo (INTEC). Santo Domingo 1986, S. 3.
15 CEPAL, Zeitschrift der Vereinten Nationen, s.o.
16 CEPAL: Mujeres Jóvenes en América Latina. Montevideo 1985 b, S. 24.
17 CEPAL b, a.a.O., S. 39.
18 MANAUT, Raúl Benitez: Youth: a solution to the crisis in Central America. In: International Social Science Journal 37 (1985) 4, S. 519.
19 SIGAL, Silvia: Youth in Latin America: from statistics to reality. In: UNESCO (Hrsg.): Youth in the 1980ies. Paris 1981, S. 210.
20 SIGAL, a.a.O., S. 211.
21 ARDAYA, Gloria: Mujer jóven en Bolivia: Identidad y participación, in: CEPAL: Mujeres Jóvenes en América Latina. Montevideo 1985, S. 133.
22 ARDAYA, a.a.O., S. 133
23 PARRA SANDOVAL, a.a.O., S. 17.
24 PARRA SANDOVAL, a.a.O., S. 19f.
25 PARRA SANDOVAL, a.a.O., S. 20.
26 BENNHOLD–THOMSEN, Veronika: Marginalität in Lateinamerika. Eine Theoriekritik. In: Lateinamerika. Analysen und Berichte 3. Berlin 1979, S. 69.
27 BENNHOLD–THOMSEN, a.a.O., S. 69.
28 CEPAL a, a.a.O., S. 29.
29 CEPAL a, a.a.O., S. 28.
30 VALENZUELA, Eduardo: La exclusión de los jóvenes. Un estudio sobre su magnitud y caracteristicas (= Documento de Trabajo No. 27). Santiago de Chile 1984, S. 69.
31 VALENZUELA, a.a.O., S. 86.
32 UN, a.a.O., S. 90.
33 SANTANA, Isidoro: Empleo y juventud en la República Dominicana, in: Juventud. Situación y perspectivas en la República Dominicana, hrsg. von UNICEF/INTEC.Santo Domingo 1986, S. 53.
34 Vgl. FALETTI, Enzo: Estilos alternativos de desarrollo y opciones politicas. Papel del movimiento popular. In: América Latina: Desarrollo y perspectivas democraticas. San José 1982, S. 101-146.
HINKELHAMMERT, Franz: El Estado de seguridad nacional, su democratización y la democracia liberal en América Latina. In: Ders.: Democracia y totalitarismo. San José 1987.
35 Vgl. MANAUT, a.a.O., S. 523.
TERRA, Juan Pablo: La juventud uruguaya en el progreso nacional en los ultimos veinte años. Montevideo 1985, S. 25ff.
36 Vgl. RODRIGUEZ F., Jaime: El muchacho de la calle. Educación vs. marginalidad o marginalidad vs. educación? In: Educación Hoy. No. 94, Bogotá 1986.
CUSSIÁNOVICH, Alejandro: Ser pobre y niño en América Latina. In: Niños Trabajadores. Experiencias y reflexiones. Lima 1988.
37 ERDHEIM, Mario: Zur Problematik einer lateinamerikanischen Identität. In: Th. Ginsburg, M. Ostheider (Hrsg.): Lateinamerika vor der Entscheidung. Ffm 1984, S. 90.
vgl. auch die Interviews mit indianischen Schulkindern und Jugendlichen in Peru:
WAGNER, Maria: Campesinokinder in Peru. Landschule zwischen eurozentrierter Bildung und andiner Kultur. Frankfurt/New York 1982 und
DEGREGORI, Carlos Ivan: La cuidad y los jóvenes. In: Propuestas para el desarrollo, No. 7, Lima 1985, S. 2-4.
38 AGURTO, Irene; de la MAZA, Gonzalo: Ser jóven poblador en Chile hoy. In: I. Agurto u.a.: Juventud Chilena. Razones y Subversiones. Santiago 1985, S. 63.
39 VÁLDES, Teresa: La mujer jóven en Chile: datos y estudios, in: CEPAL 1985 b, S. 261.
40 GOMEZJARA, Francisco A., u.a.: Las Bandas en tiempo de crisis México 1987 und
AGURTO, a.a.O.
41 ARDAYA, a.a.O., S. 138.



Rebellen ohne Grund

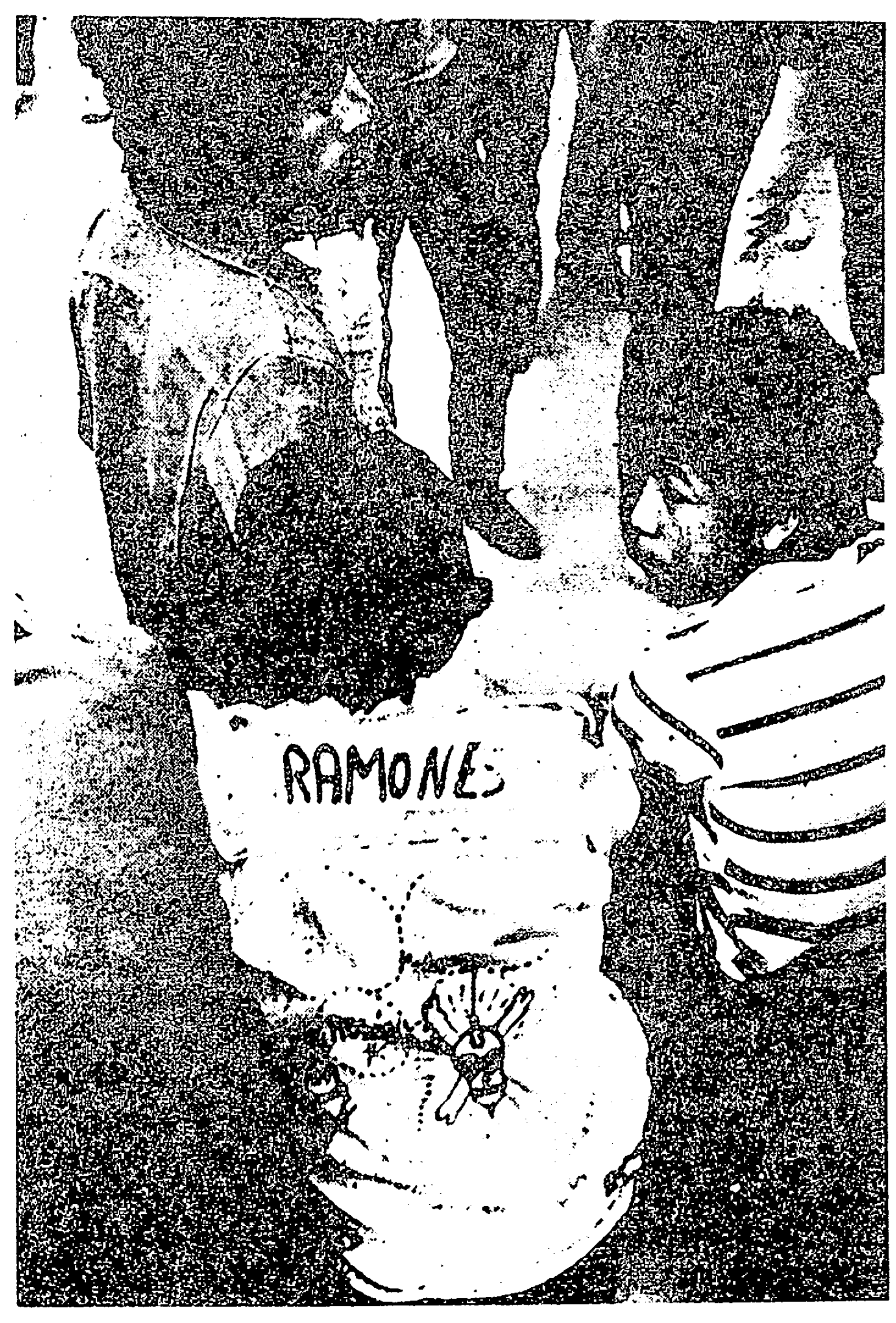
Jugendbanden und Straßencliquen in Mexiko

Jugendbanden und Straßencliquen gehören seit drei Jahrzehnten zum Bild lateinamerikanischer Großstädte. Francisco A. Gomezjara, Autor des Beitrages und Soziologe an der Universidad Autónoma in Mexico City, beschäftigt sich seit langem mit diesem Phänomen. Für ihn bedeutet der Versuch der Jugendlichen, sich der staatlichen Kontrolle zu entziehen, das mögliche Erwachen einer sozialen Bewegung.
Der mexikanische Machtapparat hingegen versucht mit allen Mitteln, die Jugend erneut seinem umfassenden Kontrollsystem zu unterwerfen, um das Aufkeimen alternativer Lebensstrukturen zu zerstören.

Die Zahl der Jugendbanden und -cliquen nahm in den letzten Jahren im Distrito Federal von Mexico (Regierungsbezirk von Mexiko-Stadt) beständig zu. Das Alter ihrer Mitglieder liegt zwischen 10 und 26 Jahren. Ihr Spektrum reicht von Studenten-, Arbeiter- und Arbeitslosengruppen über Cliquen der konsumorientierten Mittelklasse bis hin zu solchen Banden, die gewalttätig sind und in Drogenkonsum versinken. Einige hören kritischen spanischen Rock oder Punk, andere verfassen Manifestationen, organisieren Festivals oder spielen Theater. Kurz — ihr Bild ist alles andere als homogen. Dennoch haben diese „pandillas", wie die Jugendbanden und -cliquen in Lateinamerika genannt werden, eines gemeinsam: ihre autonome Selbstorganisation, die sich jeglicher staatlicher Kontrolle entziehen.

Das Spannungsfeld des Bandentums

Das Bandenwesen an sich ist ein Phänomen der urbanen Gesellschaft und charakteristisch für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die dominante Rolle, die Staat und



Die Zahl der Jugendbanden nahm in den letzten Jahren in Mexico-City beständig zu.

Wirtschaft gegenüber der Bevölkerung ausüben und die Probleme der Verstädterung sind wesentliche Voraussetzungen für diesen Gruppenbildungsprozeß in Mexiko-Stadt. Er ruft gesellschaftliche Spannungen hervor, für deren Ursachen die Banden und Cliquen allein verantwortlich gemacht werden. Bei der Suche nach Lösungen ihrer Probleme und einer eigenen Identität greifen die „pandillas" auf traditionelle Organisationsformen und zeitgenössische Verhaltensweisen jugendlicher Protestkulturen der ganzen Welt zurück.

In Mexiko und vielleicht in ganz Lateinamerika beeinflussen drei wesentliche, aber auch widersprüchliche Faktoren das Bandenwesen:

* Ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung mußte aufgrund wirtschaftlicher Zwänge sein Land verlassen. Diese Landflucht hat dazu geführt, daß sich die Städte in Zentren von Unterbeschäftigten verwandelt haben. In den Städten fehlt es ihnen an Infrastruktur, Mitbestimmungsmöglichkeiten und an grundlegenden Dienstleistungen. Arbeitsplätze werden abgebaut und Luxusgüter hergestellt, obwohl die Bewohner oft nicht einmal das Notwendigste zum Leben haben.

* Diese neuen städtischen Gruppen der Unterbeschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen werden von den gesellschaftlichen Kontrollinstitutionen nicht oder nur ungenügend erfaßt. Staatliche Gewerkschaften, die Institutionalisierte Revolutionspartei (PRI: einzige Regierungspartei seit 1946), Schulen, die staatliche Ideologie vermitteln, sowie staatliche Verbände, die mit Sportspektakeln und Alkohol die Massen benebeln, sind nur einige dieser Institutionen. Das bisherige autoritäre Gesellschaftssystem wird heute mit neuen Anforderungen einer Konsumgesellschaft konfrontiert. Die Menschen der städtischen Randgruppen fühlen sich verunsichert; weder die bisherigen noch die neuen Verhältnisse geben ihnen einen Halt.

* Die Jugendlichen sind die weiterhin wachsende und bedeutende Mehrheit der städtischen Bevölkerung. Während die anderen Randgruppen resigniert haben, reagieren sie auf die Probleme der Verstädterung, indem sie sich zu Banden und Cliquen formieren. Diese „pandillas" sind die einzigen selbstorganisierten Gruppen, die von staatlichen und betrieblichen Institutionen nicht kontrolliert werden können.

Einflüsse auf die Jugendbanden

„Pandilleros", die von Campesinos[1] abstammen oder selbst Campesinos sind, leiten sich von den Traditionen des solidarischen, mesoamerikanischen Widerstandes gegen die spanische Krone her. Im 19. Jahrhundert taucht diese Art des Widerstandes in Form des sozialen Räubertums erneut auf: Reiche werden beraubt, um Armen zu helfen. Diese Rebellion war das Ergebnis einer starren sozioökonomischen Struktur, welche die Menschen dazu zwang, nach Verbesserungen zu suchen. Viele dieser sogenannten Banditen schlossen sich später der zapatistischen Bewegung[2] an.

Inzwischen wächst in den Städten Mexikos eine neue Generation heran. Sie wird über Massenkommunikationsmittel mit Werten einer westlichen Gegenkultur konfrontiert. Während das traditionelle Bandentum für die Bewahrung der eigenen Identität und des eigenen Lebensraums kämpfte, wendet sich nun die gegenwärtige Protestkultur gegen die falschen Versprechungen einer Konsumgesellschaft: Fortschritt, Modernisierung und Wohlstand.

Abhilfe durch Repression

Für die Machthabenden sind die „pandillas" ein Problem. Ihre Unkontrollierbarkeit bereitet ihnen Unbehagen, und sie reagieren zunächst mit dem erstbesten, was ihnen zur Verfügung steht – mit polizeilicher Unterdrückung. Nachdem sie aber eingesehen haben, daß dieses Problem nicht mit Razzien zu lösen ist, greifen sie zu anderen Mitteln. Sie mobilisieren Psychologen, Juristen, Soziologen und Mediziner, die mit ihrem Fachwissen und ihren zahlreichen Konzepten dazu beitragen, die „pandillas" unter Kontrolle zu bekommen. Um ihr Vorgehen zu legitimieren, denunzieren die Machthaber „pandillas" allgemein als gefährlich und asozial, und erreichen darüber hinaus, daß die Jugendlichen das ihnen zugeschriebene Verhalten tatsächlich annehmen. Die Gesellschaft wird damit ihrer sozialen Verantwortung entbunden.

> Die "geistige Gesundheit der psychotechnologischen Industrie der bürgerlichen Gesellschaft" basiert auf einer "Industrie, welche die Mystifizierung der Massenkommunikationsmittel, der Werbung sowie der Verfahrensweisen der 'wissenschaftlichen' Psychologie, Psychiatrie und Psychoanalyse beinhaltet, und die sich um Begriffe zentriert wie Anpassung und Normkonformität, wie 'Reife' und ökonomisches Leistungsvermögen (...). Diese Anhäufung dessen, was geistige Gesundheit bedeuten soll, nähert sich dem, was ich zuvor den Tod im Leben genannt habe, ein Zustand des Stillstandes, das Warten auf den Tod ..."
>
> **David Cooper**

Um die Kontrolle über die Jugendlichen zu erreichen, greift der Staat zu unterschiedlichen Mitteln:

* *Polizeiliche Maßnahmen:* Razzien oder Festnahmen auf der Straße, in Parks oder an Vergnügungsorten.
* *Stigmatisierung* der Jugendlichen im allgemeinen als „unreif", „unfertig" usw., und des „pandillero" im besonderen als „Rebell ohne Grund", als Raufbold, Tagedieb, Gammler und Taugenichts, als verdorben und aggressiv...
* *Kriminalisierung ihrer Verhaltensweisen:* Erst werden sie als kriminell eingestuft und dann der Kontrolle staatlicher Fürsorgegremien unterstellt. Den Hintergrund dafür liefert die neueste Tendenz in der Rechtsauslegung, die als Ursache für Straftaten eine Vielzahl von Faktoren benennt, wie abnorme körperliche Konstitution, schlechter Umgang, unbefriedigte Interessen, schlechte Bedingungen in der frühkindlichen Entwicklung, geistige Abnormität, religiöse Konflikte, schlechte soziale, wirtschaftliche und emotionale Bedingungen in der Familie. Kurzum – ein Porträt, das auf jedes beliebige Mitglied der Unterschicht zutrifft. Armut gleich Straftat, so würde das strafrechtliche Axiom lauten. Es wird versucht, den jugendlichen Straftätern für ihr Verhalten die Schuld zuzuweisen; sie soweit zu bringen, sich selbst und nicht die Verursacher der Armut zur Verantwortung zu ziehen.

* *Pathologisierung:* Die Verhaltensweisen werden als Krankheit betrachtet, der mit Medikamenten und Therapien abgeholfen werden soll. Die „pandilleros" seien Jugendliche, bei denen irgendetwas nicht richtig funktioniere; sie würden an einer Geisteskrankheit leiden, hätten einen niedrigen Intelligenzquotienten, seien unfähig, Beziehungen aufzubauen und schließlich fehle ihnen eine ordentliche familiäre Erziehung. Das sind einige der medizinischen und psychologischen Diagnosen der offiziellen Institutionen, die mit der Behandlung und Betreuung der „pandillas" beauftragt sind. Das heißt, daß die Pathologisierung des urbanen Lebens sich nicht nur auf den „pandillero" bezieht, sondern auf die gesamte marginalisierte Bevölkerung. Am Ende sind wir alle krank.
* *Erweiterung der Institutionen,* die der Anpassung dienen:
Ausgehend von einer Soziologie der sozialen Zerrüttung wird angenommen, daß der Einzelne ohne geordnete Familienstruktur, ohne ordentliche Schulbildung usw. nicht an die gesellschaftliche Ordnung angepaßt ist. Daß er, weil er auf seiner Suche von der Familie abgeirrt ist, asoziale Taten begeht. Er wird zu einem anonymen Subjekt, das von der Norm abweicht und als gefährlich gilt. Dies führte zu einer Sozialpolitik, die sich gegen Jugendbanden und -cliquen richtet, indem Bereiche verstärkt werden, die der Anpassung dienen. Dazu gehören Schulen, sportliche Verbände, spezielle Jugendprogramme sowie eine enorme Anzahl von Experten, die für alle Bereiche des persönlichen Lebens zuständig sind.
* *Mißbrauch* von „pandillas" als Polizeispitzel, Streikbrecher oder als Provokateure bei Studentenprotesten.
* *Förderung und Duldung des Drogenkonsums:* Der abhängige Rauschgiftkonsument wird nicht nur physisch und psychisch geschädigt, er wird auch noch der Gesellschaft als ein Element präsentiert, das zu Gesellschaftskritik nicht fähig ist. Protest und Rebellion der Jugendlichen werden so-



Die Jugend fordert Spiel, Vergnügen, Müßiggang, das Leben hier und jetzt.

mit disqualifiziert. Nebenbei erzielt der Staat noch beträchtliche Gewinne aus dem Drogengeschäft.

Der konsumfreudige Prototyp

Neben dem Staat ist es die Wirtschaft, repräsentiert durch die nationalen und multinationalen Konzerne, welche die Entfaltung der jugendlichen Ausdrucksweisen behindern. Sie schaffen ein Stereotyp des Jugendlichen und des „pandillero", das von ihnen übernommen wird. Prototyp des Jugendlichen ist der sportliche, gutmütige, romantische, apolitische und konsumfreudige junge Mann[3]. Und der Prototyp des „pandillero" gilt als gewalttätig, aggressiv, apolitisch und konsumfreudig. Nachdem mit Hilfe der Massenkommunikationsmittel die Voraussetzungen für den neuen passiven Massenkonsumenten geschaffen waren, begann die Kulturindustrie eilig mit der Fabrikation und dem Verkauf von Kleidung, Musik, Platten, Filmen, Motorrädern usw. für die neuen Konsumenten.

Über die Einverleibung der Jugendmode versuchen die Konzerne, die neue Generation intellektuell, emotional und sozial zu beschneiden. Mit Hilfe der Flüchtigkeit der Mode lassen sich Wünsche, Phantasien und Energien der Jugendlichen, die zugunsten eines sozialen Wandels eingesetzt werden könnten, verschieben oder gar eliminieren. Vor allem dann, wenn die Modeindustrie die Ausdrucksformen der jugendlichen Protestkulturen vermarktet, sie dadurch verflacht und in ein standardisiertes Produkt verwandelt. Konsequenz dieser Vermarktung ist, daß der Prozeß bei Jugendlichen, sich eine eigene Identität aufzubauen und gleichzeitig alternative Lebensweisen auszuprobieren, unterbrochen und einer Konsumhaltung geopfert wird.

Die Rolle der Sozialwissenschaften

Die etablierten Wissenschaften sind Teil der Last, welche die Industrieländer den Ländern der Dritten Welt aufgebürdet haben. Sie basieren auf einer formal logischen Analyse und sind darauf ausgerichtet, eine perfekte rationale Gesellschaft aufzubauen. Diese Wissenschaften passen die Realität der Neokolonien an die Bedürfnisse des zentralen Kapitalismus an und haben kein Interesse daran, die konkrete Wirklichkeit der Randgebiete kennenzulernen. Untersuchungen über „pandillas", denen europäische und nordamerikanische Parameter zugrunde liegen, vermögen höchstens, diese zu etikettieren und in Schubladen einzuordnen. Eine Sozialwissenschaft, die nach diesem Muster vorgeht, erfaßt somit nur die eine Seite der jugendlichen Gruppierungen: ihre Gewalttätigkeit, ihren Alkoholismus und ihre Medikamentenabhängigkeit. Sie begreift weder die Selbstorganisation der Jugendlichen, noch hat sie ein Interesse an Untersuchungen über diese Selbstorganisation, die für die positive Seite der „pandillas" steht.

Innerhalb der bürgerlichen Rationalität erscheint die „pandilla" als krankhaft, als Auswuchs, Ausnahme oder Deformation. Die Wissenschaft soll nun dazu beitragen, diese Fehler der Natur zu korrigieren. Gleichzeitig dient ihre Autorität dazu, ein Gesellschaftsgefüge als normal darzustellen, in dem ein autoritäres System zur Überwachung des Allgemeinwohls notwendig ist.

Auf der anderen Seite nutzen die an der Peripherie liegenden Staaten ihre traditionellen Verhaltensmuster: Klientelismus, Paternalismus, Vetternwirtschaft[4] etc. sind die geheiligten Riten der alltäglichen politischen Praxis. Sie werden zu einem Teil ihrer Macht, da sie nur unter den Eingeweihten des regierenden Systems weitervermittelt werden, für alle anderen aber undurchschaubar bleiben. Dieses auf Emotionen, Gefühlen und Abhängigkeitsverhältnissen aufgebaute Staatsgebilde dient nicht nur zur Erweiterung der Herrschaft über die Jugendlichen. Es wird eine „Volkskultur" künstlich zum Leben erweckt, die sich erneut an diese Emotionen wendet. Die ganze Bandbreite der „sentimentalen" Lieder, Rancheras und Balladen, gehen in diese, die Gefühle des Volkes manipulierende Richtung. Ihr Ziel ist es, in der Bevölkerung das Bild eines passiven, vom Staat abhängigen Sozialcharakters zu verstärken, mit der Bereitschaft, das härteste Maß an Ausbeutung zu erdulden. Gleichzeitig dienen die Lieder einer Bevölkerung, die sich fortgesetzt niederdrückenden Prozessen der Computerisierung und der Automatisierung ausgesetzt sieht, als Ventil.

Die Jugendbanden und -cliquen machen jedoch keine Anstalten, sich anzupassen oder sich einordnen zu lassen. Was sie fordern sind Spiel, Vergnügen, Müßiggang, das Leben hier und jetzt; deshalb passen sie in keines der gängigen formalen Modelle der herrschenden Gesellschaft. Sie scheinen irrational, unlogisch, überflüssig, verschwenderisch, unmöglich, doch nichtsdestoweniger als real und besorgniserregend für die Machthabenden.

Wesen und Perspektiven der „pandillas"

Die Jugendbanden und Straßencliquen entsprechen einerseits dem offiziellen Bandenmodell, sind aber andererseits auch Schöpfer von Leitbildern, von alternativen Ausdrucksweisen und Organisationsformen.

Das Wesentliche und Eigenständige der „pandilla" auf ihrer Suche nach eigenen

Räumen, Sprachen und Zielen, ist ihre formlose, sich den Institutionen entziehende Selbstorganisation. Ihre Ziele versucht sie durch die Erfindung von neuen und die Rückgewinnung von historischen Formen des Widerstandes zu erreichen.

Die zentrale Aufgabe einer sozialwissenschaftlichen Politik müßte demnach das Ziel haben, die konstitutiven, wesentlichen Elemente der „pandilla", ihre Selbstorganisation, zu stimulieren und zu verbreiten. Dieser Versuch der Selbstorganisation ist eine soziale Kraft. Doch die Machthabenden fürchten und verfolgen sie. Ihnen geht es darum, die Wurzeln, die Bestrebungen nach Zusammenschluß und Vereinigung zu kappen, zu isolieren und zu individualisieren. Denn was geschähe, wenn Arbeiter, Campesinos, Intellektuelle und Studenten jeweils eigene Organisationsformen finden würden, die außerhalb staatlicher Kontrolle liegen? Der selbstorganisierende, autonome Aspekt der Jugendbanden ist, trotz aller gegen ihn vorgebrachter Angriffe, eine der bedeutungsvollsten gesellschaftlichen Manifestationen des 20. Jahrhunderts. Vielleicht findet sich sein wichtigster Vorgänger, was die volksnahe Organisation betrifft, in der zapatistischen Bewegung.



„Pandillas" in Mexico D.F.

Der „pandillerismo" ist ein Beispiel für eine der zeitgenössischen, städtischen sozialen Bewegungen. Auch wenn er schließlich in den Klassenkampf einmündet und an der Bildung von Klassen teilhat, so geschieht dies doch mittels einer eigenen Dynamik und auf eigenen Wegen. Während sich das soziale Klassensystem in Auflösung befindet, sind mit den sozialen Bewegungen Zusammenschlüsse und Aktionsformen aufgetaucht, die zur Erneuerung der sozio-politischen Realität beitragen. Jede Bewegung mit ihren Hoffnungen und ihren Forderungen trägt dazu bei, einen alternativen Entwurf zu konstruieren.[5]

Der kulturelle Umbruch begann in den 60er Jahren mit den Protestbewegungen der Feministinnen, der Homosexuellen und der Studentenbewegung. Das Auftauchen der Nachbarschaftshilfen führte zur Teilnahme der Stadtbewohner an den städtischen Auseinandersetzungen. Die Ökologen sind ihrerseits Träger von Alternativen gegenüber einem Fortschrittsmodell, das sich erschöpft hat, und das untragbar geworden ist. Diese neuen sozialen Bewegungen stimmen überein in ihrer Forderung nach Autonomie, Dezentralisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten, Auflösung der Machtkonzentration, Freiheit im kulturellen Sinne als Ausbildung einer neuen Moral, Achtung vor der Umwelt und die Öffnung aller Wege, um körperliche, emotionale und soziale Erfahrungen zu durchlaufen. Diese Forderungen durchzusetzen ist sicherlich ein widersprüchlicher Prozeß mit Fort- und Rückschritten, ein fluktuierender Prozeß, aber es ist ihm bereits gelungen, ein Klima und Ambiente der Anerkennung und des Gemeinschaftsgefühls zu schaffen.

Die neuen Ausdrucksformen alternativer Kultur werden von der bürgerlichen Seite weder als Kritik noch als Kultur anerkannt. Für sie sind die neuen Formen Zeugnis eines mangelnden Kulturverständnisses. Daß die „pandilla" durchaus zur Erneuerung der Kultur beiträgt, läßt sich am Beispiel der internationalen Strömung des Punk Rocks zeigen, den sie aufgenommen und verändert hat: eine schrille, einfache Musik, die auf einem obsessiven Rhythmus aufbaut und das Produkt eines spontanen Gefühls der Befreiung ist, das sagt: „ich bin ein Antichrist, ich bin ein Anarchist, ich weiß nicht, was ich will, aber ich weiß, wie ich es erreichen kann." Wie könnte es auch anders sein, wo doch der Punk über die urbanen Monstren, welche die technokratische Gesellschaft hervorgebracht hat, auf existentielle Weise Zeugnis ablegt und sie zur Anzeige bringt. Er drückt auf direkte Weise die Verzweiflung und den Nihilismus der Epoche aus, die Zerstörung von jeglichen Illusionen. Sie machen sich lustig über Stars, Präsidenten, Preisträger, Diplomaten, Abgeordnete oder Verheiratete. Arbeitslosigkeit und Demagogie bilden den Nährboden, auf dem der Punk wächst und gedeiht. Seine Texte und Namen bedeuten nicht einen Mangel an Kultur, sondern sie sind als Gegenkultur zu verstehen — eine Bloßstellung der üblichen Heuchelei.

Wie sähe also eine soziale Perspektive derjenigen „pandillas" aus, welche die herrschende Ordnung in Frage stellen, im Gegensatz zu den gewalttätigen und drogenabhängigen „pandillas" oder jenen, die mit den Machthabenden zusammenarbeiten? In den nächsten Jahren ist in Mexico damit zu rechnen, daß sich die aus der Verstädterung resultierende Krise zuspitzt und der Staat allgemein einen Prestige- und Vertrauensverlust hinnehmen muß. Durch das Zusammentreffen dieser Krisen können sich für die städtischen sozialen Bewegungen neue Möglichkeiten ergeben, in die bestehenden Strukturen einzugreifen. Die Woche nach dem Erdbeben im September 1985 hat bereits gezeigt, daß die Bevölkerung und vor allem die Jugendbanden schneller, wirkungsvoller und koordinierter handelten als der Staat.

Der zunehmende Autoritätsverlust des Staats kann zu einer Erweiterung des Handlungsspielraums der Jugendlichen führen. Über die Organisation von Festen und Veranstaltungen können Kommunikation, Interaktion und Solidarität zwischen Jugendbanden, Künstlergruppen, Studenten etc. entstehen. Neue Ausdrucksformen der politischen Auflehnung und Lebensformen jenseits des offiziellen, bürgerlichen und institutionalisierten Verständnisses können gefunden werden.



Übersetzung: Elisabeth Heuberger

Kürzung und Zusammenfassung des Originaltextes: La pandilla al derecho y revés, in: La Batalla (Mexico), Revista del Partido Revolucionario de los Trabajadores, Año IV, No 20, 1988. **red**

Anmerkungen

1 Campesino: indianischer Landbewohner, Bauer
2 Zapatistische Bewegung: benannt nach Emiliano Zapato, der als Bauernführer in der mexikanischen Revolution seit 1906 eine wichtige Rolle spielte.
3 Gomezjara erwähnt zwar, daß inzwischen auch Mädchenbanden und gemischte Formen existieren, nach wie vor jedoch die männliche Jugend dominant ist.
4 Klientelismus: Organisationsform, in der die Gesamtheit der Bürger von einem Patron abhängig ist. Paternalismus: polit.-gesellschaftl. Haltung mit väterlich-autoritärer Prägung
5 Vgl.: „blätter des iz3w" Nr. 140 u. 142, Neue soziale Bewegungen I u. II.

Perus arbeitende Kinder helfen sich selbst

Rechte haben sie keine, die Kinder und Jugendlichen in den Städten der Dritten Welt. Arbeiten müssen sie jedoch wie Erwachsene. Sie stehen auf der untersten Stufe der Gesellschaft, werden ausgebeutet, geschlagen und mißbraucht. Um ein menschenwürdiges Dasein zu führen, haben sich Kinderarbeiter in Peru zu einer "Bewegung der arbeitenden Kinder" - MANTHOC zusammengeschlossen. Sie wollen ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen.



Etwa jedes zehnte Kind - so schätzt man - arbeitet in Peru regelmäßig. Die meisten von ihnen, um das eigene Überleben oder das ihrer Familie zu sichern. Mehr als eine halbe Million Kinder, die in den Städten des Landes Schuhe putzen, Zeitungen, Süßigkeiten, Lotterielose oder sonstwas verkaufen, die singen, Clownereien aufführen, betteln und klauen. Die unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in der Fischindustrie und im Bergbau schuften oder auf den Märkten oder in den Häfen als Lastenträger ausgebeutet werden.

Nur der kleinere Teil dieser Kinder behält das Verdiente für sich, viele müssen jüngere Geschwister mitversorgen oder einen Großteil an ihren 'Patrón' abliefern. Danach gefragt, warum sie auf der Straße leben und arbeiten, antworten sie, daß sie die Gewalt zuhause nicht mehr ausgehalten haben.

Der etwa 14-jährige Fernando, der als Autoscheibenputzer an einer verkehrsreichen Kreuzung in Lima arbeitet, kann sich an seine Mutter kaum mehr erinnern. Der Vater habe ihn, die Mama und die fünf Geschwister regelmäßig verprügelt; deswegen sei er abgehauen und versucht seitdem, sich selbst durchzuschlagen. Dies tut er nun im fünften Jahr, und er beklagt sich auch nicht hierüber. In gewissem Sinne ist er sogar stolz auf sein freies Leben als Straßenkind. Beklagen tut er sich vielmehr auch heute noch über die Gewalt: die Gewalt der Polizei, über die Vergewaltigungen von Mädchen, die auf der Straße leben, über die Gewalt der älteren Straßenkinder gegenüber den kleineren und die Gewalt des Hungers. Die Angst vor der Gewalt und die Unmöglichkeit, sich als einzelner vor ihr zu schützen, war dann auch für Fernando der Hauptgrund, warum er vor zwei Jahren zu MANTHOC ging. In der "Bewegung der arbeitenden Kinder" haben sich Arbeiterkinder aus den Elendsvierteln von Lima, Chimbote, Pucallpa und anderen Städten Perus organisiert.

Die Kinder formieren sich

MANTHOC entstand im Zuge der Streikbewegung von 1978, als viele Kinder arbeiten mußten, um den Lohnausfall ihrer Väter auszugleichen.

Mitglieder der "Christlichen Arbeiterjugend" (JOC) gaben Ideen und halfen beim organisatorischen Aufbau. MANTHOC ist keine Kindergewerkschaft. Sie befürchten, daß die Übernahme traditioneller Organisationskonzepte aus der Gewerkschaftsbewegung den Kindern Äußerungsformen aufdrängen könnte, die ihrer Erfahrungswelt und Situation nicht entsprechen. Dennoch hat auch MANTHOC ein Mitbestimmungs- und Delegationssystem. Jedes Jahr im August ist ihre jährliche Mitgliederversammlung in Lima, wohin Delegierte der mehr als 500 MANTHOCs aus den lokalen Gruppen kommen. Sie geben Bericht ab über die Aktionen ihrer Gruppe, wählen ihre Repräsentanten, diskutieren und verständigen sich über zukünftige Aktivitäten, Themenschwerpunkte und Programme.

MANTHOC heißt zwar "Bewegung der arbeitenden Kinder", dies bedeutet aber nicht, daß alle Kinder ständig arbeiten. Im Gegenteil, die meisten gehen regelmäßig zur Schule und arbeiten "nur" nachmittags, am Wochenende oder in den Ferien. Nach ihrem Verständnis von Armut ist Kinderarbeit jedoch eine Grundbedingung für das Überleben ihrer Familie: jedes Kind der

Elendsviertel, ob es will oder nicht, muß über kurz oder lang arbeiten. Vielleicht gerade deswegen ist "die Arbeit" aber längst nicht das Hauptthema auf den Treffen der Kinder. Sie reden über den Müll auf der Straße, darüber, wie schlecht die Schule ist, daß die Behörden ein Stück besetztes Land mit Gewalt räumen wollen und über persönliche oder familiäre Probleme wie trinkende und schlagende Eltern. Diese Diskussionen sind immer mit der Frage verknüpft, "und was können wir dagegen machen?"
Cecilia begann im Alter von acht Jahren damit, Essen, Toilettenpapier oder was sich gerade ergab, auf der Straße zu verkaufen, weil damals ihr Vater im Streik war und die Familie unbedingt zusätzliches Einkommen brauchte. Aus dieser Nothilfe entwikkelte sich ein Wochenend- und Ferienjob, der 1983, als ihr Vater entlassen wurde und die Wirtschaftskrise in Peru sich dramatisch verschärfte, zur Haupttätigkeit wurde. 1985, mit 14 Jahren, war sie erstmals "nationale Delegierte" auf der jährlichen Mitgliederversammlung von MANTHOC. Sie versteht MANTHOC als eine unabhängige Organisation für arbeitende Jungen und Mädchen. (Etwa die Hälfte der MANTHOCs sind Mädchen.) Zwar haben einige Erwachsene, insbesondere Pädagogen, von Anfang an eine wichtige Rolle für die Organisation gespielt; auch müssen sich die Kinder aus rechtlichen Gründen in vielen

Kinder- und Jugendbewegung – eine Utopie?

Alejandro Cussianovich, Mitglied des peruanischen 'Institut für Volkspädagogik', Unterstützer des Projekts MANTHOC, begreift das Kind als eigenständiges Subjekt und Träger gesellschaftlicher Veränderungen. Der folgende Text ist eine gekürzte Fassung seiner Konzeption, die in *terre des hommes 4/87* veröffentlicht wurde.

(...) Organisierte Kinder werden nicht schon durch den formalen Schritt, sich zu organisieren, zu sozialen Subjekten. Die Organisierung selbst im Rahmen des breiten Netzes der Volksorganisation ist ein wichtiger, aber allein nicht ausreichender Schritt. Vor allem kommt es darauf an, Politik in bezug auf die Kindheit als gleichberechtigt anzuerkennen. Bei all dem schlagen uns Vorurteile entgegen, die auf den ersten Blick durchaus als gerechtfertigt erscheinen. Überlegungen auf soziokultureller Ebene, denen zufolge das Kind als unfertig, als Objekt der Fürsorge zu betrachten ist, und Überlegungen auf politisch-ideologischer Ebene, denen zufolge sich eine Kinderorganisation vernünftigerweise mit Sport und Spiel beschäftigen, aber nicht auch noch Möglichkeiten der Kinder, zum sozialen Wandel beizutragen, angehen sollte. Solche Positionen verdeutlichen, daß die herrschende Gesellschaft, die das Thema Kindheit zweifellos inflationär behandelt hat, im Grund nicht an das Kind glaubt. Ja, sie fürchtet sich vor ihm unter dem Eindruck des Bildes, das sie sich selbst von den Millionen armer Kinder macht, die unsere Straßen, Plätze und Märkte bevölkern. Sie fürchtet sich, denn im Kern sieht sie in ihnen weniger eine Zukunft als die bedrohliche Gegenwart. Die organisierten Kinder des Volkes aktualisieren nicht nur diese Bedrohung, sie konkretisieren auch auf ihre Weise die Vorstellungen, den Willen und das Wissen des Volkes bei der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen.
In der Vergangenheit entstanden und funktionierten die Organisationen für Kinder aufgrund der Initiative und der Leitung von Erwachsenen beziehungsweise als Gruppe einer Jugendorganisation. Fast zehnjährige Erfahrungen mit organisierten Kinderarbeitern in der MANTHOC erlauben nunmehr die Einschätzung, daß sechs- bis vierzehnjährige Kinder sehr wohl in der Lage sind, selbstständig eine Organisationsidee zu entwickeln und umzusetzen. (...)
Angesichts der miserablen Lebensbedingungen scheint alles dafür zu sprechen, nicht Utopien nachzujagen, sondern im Bereich des Möglichen realistische Schritte zu unternehmen. Dies, so wird uns eingeredet, sei der einzige Weg, um mit den alltäglichen Überlebensproblemen fertig zu werden. Nichts könnte den Armen wirkungsvoller ihre Kraft zur Veränderung ihrer Lebensbedingungen nehmen als solcher Schreinrealismus. Utopien können sich wandeln und unterschiedliche Gewichtung bekommen, ohne utopisches Moment verliert eine Perspektive für das Volk jedoch alle Inspirationsfähigkeit, alle Motivation, und sie wird wirkungslos bleiben.
Vor kaum 20 Jahren hat sich noch niemand von uns die politische Bedeutung vorstellen können, die der Frauenbewegung des Volkes einmal zukommen würde. Damals hat man sie bestenfalls als Utopie, im Grunde aber doch als Verrücktheit begriffen. Und heute? Kann sich die Volksbewegung heute überhaupt noch ohne die Perspektive der Frauenorganisationen definieren? Wir sind zuversichtlich, am Anfang eines langen Prozesses zu stehen, in dem die Kinder und Jugendlichen des Volkes lernen, sich eigenständig in der Volksbewegung zu artikulieren. Noch ist das eine Utopie, in der Realität wurde erst ein Anfang gemacht. Wenn aber die organisierten Kinder einmal mit ihren Möglichkeiten und ihrer eigenen Sprache ihre Forderungen und Wünsche ausdrücken und sie zusammen mit den Interessen des Volkes formulieren, wird die ganze Volksbewegung reicher werden und an Identität gewinnen.



500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Mit der hier vorliegenden vierseitigen Beilage unternehmen die unterzeichnenden Dritte-Welt-Zeitschriften einen ersten Schritt, zur notwendig werdenden Einheit in der Vielfalt einen Beitrag zu leisten. Dies geschieht aus der Absicht, möglichst frühzeitig und möglichst breit gemeinsame Anstöße für die Diskussion über Formen und Inhalte einer Kampagne zu dem historischen Datum 1992 zu liefern. Die Erfahrungen mit der IWF-Weltbank-Kampagne haben gezeigt, wie wichtig eine lange Vorlaufzeit für die erfolgreiche Mobilisierung des äußerst vielschichtigen sozialen Bewegungspotentials ist. Um so wichtiger wird dies bei einer Kampagne sein, deren zu vermittelnde Inhalte noch weitaus umfassender sein werden als bei dem auch schon sehr komplexen, viele Lebensbereiche durchdringenden Problem der Verschuldung.

Der nachfolgende Plattformentwurf folgt – in sicherlich nicht alle Beteiligten zufriedenstellender Form – den Empfehlungen, die auf dem letzten BUKO-Seminar vom 20.– 22. 4. in Hohenunkel dem Redaktionsteam für diese Beilage mit auf den Weg gegeben wurden. Der Text soll als Anregung dienen, die Diskussion um die Perspektiven des Widerstandes auf kleinstem gemeinschaftlichen Nenner mit der gebotenen Portion Wut und Witz weiterzuführen.



Die Kampagne nimmt Konturen an

Bericht von einem BUKO-Seminar









Gemeinsame Kampagnenzeitung der Dritte-Welt-Zeitschriften



„Kultur mögen die Linken nicht so gerne", argwöhnte am Ankunftsabend der Schauspieler Rudi Rhode.* „Viele kommen erst, wenn es ans Diskutieren geht." Doch jene, die erst später angereist waren, hatten wahrlich etwas verpaßt. Unvorstellbar, was man alles mit einem Koffer anstellen kann! Pantomimisch und mit spärlicher Requisite übersetzte er in seiner Solo-Aufführung „Ein Platz an der Sonne" die Vielschichtigkeit des modernen Kolonialismus in sinnlich greifbares Bewegungstheater. Gute Lichtregie und eine exzellente Musik- und Geräuschkollage, die die Aufführung begleiteten, rundeten den Vortrag professionell ab. Solch ein Auftritt greift tiefer als viele Diskussionen!

Am folgenden Tag gab Dani Sacher (ila) in einer mit Dias bebilderten Zusammenfassung einen Überblick über die offizielle Kampagne zur 500-Jahr-Feier der „Begegnung zweier Welten". Im Bündnis mit den Regierungen sämtlicher lateinamerikanischer Länder, aber auch Israels, der USA oder Italiens, arbeitet das offizielle Spanien seit Jahren an einer Propagandaoffensive, die im Jahr 1992 mit Madrid als Kulturhauptstadt Europas, der Olympiade in Barcelona und der Weltausstellung in Sevilla ihren Höhepunkt haben soll. Am Vorabend des europäischen Binnenmarktes feiert sich das Europa der Herrschenden selbst als Wiege der Zivilisation schlechthin und tritt mit drei zentralen Botschaften vor die übrige Welt:

– Die kapitalistische Marktwirtschaft sei das einzig mögliche und menschengemäße Wirtschaftssystem.
– Die formale repräsentative Demokratie sei die höchste und einzig legitime Form der politischen Bürgerbeteiligung.
– Die EG habe Modellcharakter für den Rest der Welt.

Susana Sabias, Mitglied der katalanischen Kommission gegen die 500-Jahr-Feierlichkeiten, berichtete von ihrer Arbeit in Barcelona (s.Artikel). „Bei uns etwas gegen die 500-Jahr-Feier zu machen, ist wohl ungefähr genauso schwierig, wie bei Euch gegen die Wiedervereinigung."

Die Arbeitsgruppen-Diskussionen entfernten sich etwas vom ursprünglichen Konzept des Seminars, das sich vorgenommen hatte, in erster Linie eine kampagnenorientierte Plattform zu erarbeiten. So waren die Ausführungen des Referenten Leopoldo Mármora (Argentinien/Berlin) eher allgemeiner Natur. Sein wichtigstes Anliegen war darzulegen, daß für 3. Welt-Länder, die sich den Klauen des Imperialismus entziehen wollen, eine Abkoppelung vom Weltmarkt der falsche Weg ist, der direkt in die Katastrophe führt. Der Anspruch, vom Zahnstocher bis zur Rakete alles in einem Nationalstaat produzieren zu wollen (vgl. Brasilien!), sei unsinnig. Vielmehr gehe es darum, andere Modalitäten der Beteiligung der „unterentwickelten Länder" anzustreben. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

würde eine „selbstbestimmte selektive Integration" der genannten Ökonomien in den Weltmarkt ermöglichen. In der anschließenden Diskussion wurde ergänzt, daß dies natürlich an Machtkonstellationen geknüpft ist, die zunächst einmal erkannt, benannt und verändert werden müssen.

Das Erkennen und Begreifen dieser herrschenden Machtkonstellationen war ein zentrales Thema in der Arbeitsgruppe „Wandel des Geschlechterverhältnisses." Es ist eben nicht möglich, gesellschaftliche Realitäten ausreichend wahr-zu-nehmen, ohne stets nach der Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit zu fragen. Ellen Frieben legte in ihrem Referat dar, wie sich Frauen- und Männerrolle in Europa in Abhängigkeit von der Ökonomie wandelte: Die zunehmende Trennung von Produktion und Reproduktion bewirkte eine geschlechtsabhängige Arbeitsteilung, bei der der Frau der zweite Bereich zufiel (oder zugewiesen wurde?). Hier wurde, nachdem vor dem Beginn der Industrialisierung viele verschiedene Familienmodelle parallel gelebt wurden, der Grundstein für den Irrtum gelegt, das Verrichten von Reproduktionstätigkeiten gehöre zu den „natürlich weiblichen" Charaktereigenschaften, und zwar weltweit. Dieses auch in linken Kreisen weit verbreitete Vorurteil ist kaum 200 Jahre alt und zeigt, wie eng wir noch diesem bürgerlichen Frauenbild verhaftet sind. Allein ein Vergleich zwischen lateinamerikanischen Frauen aus dem andinen Hochland und der Karibik zeigte, daß Frauen sehr verschiedene Rollen in den jeweiligen Gesellschaften haben können. Gesellschaftlich bewertet werden nicht nur Rasse und soziale Klasse. Auch das Geschlecht dient dazu, die Menschen in einem System weltumspannender Hierarchien einander unterzuordnen. Veränderungsmodelle, die dieses in ihrem Ansatz nicht berücksichtigen, greifen zu kurz und an der Wirklichkeit vorbei.

In der abschließenden Plenumsdiskussion zeigte sich, daß die 3.Welt-Gruppen gerade angesichts der Selbstauslieferung der osteuropäischen Staaten an den Westen und der doitschnationalen Welle, die uns kalt ins Gesicht schwappt und viel öffentliche Aufmerksamkeit okkupiert, besonders gefordert sind.

Ein Höhepunkt der Aktionen könnte unter anderem der 1992 voraussichtlich in Bonn oder Berlin stattfindende Weltwirtschaftsgipfel sein. Reizvoll wären auch Aktionen zur Unterstützung der Compañeros/as in Spanien (in der Nachsaison). Ein roter Faden für die zu entfaltenden Aktivitäten könnte eine Wanderausstellung „500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand" sein.

Die nächste Etappe der vorbereitenden Diskussion wird am 14.–17. 6. 90 der 14. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) sein, der diesmal in Nürnberg stattfindet.

Das Spanische Jahr 1992

Katalanische AktivistInnen seit zwei Jahren aktiv gegen die Jubelfeiern

Seit einigen Jahren schon bereiten sich im Mutterland des Kolonialismus offizielle Stellen für das „Spanische Jahr" 1992 vor. Mit den Olympischen Spielen in Barcelona, der EXPO '92 in Sevilla und last not least der Jubelfeier zur 500. Wiederkehr der Entdeckungsfahrt des Genuesers Kolumbus soll der Blick der Weltöffentlichkeit ein Jahr lang auf das EG-Mitglied Spanien konzentriert werden. Und damit Madrid bei dem Reigen nicht ganz leer ausgeht, wurde es flugs zur Kulturhauptstadt Europas für 1992 ernannt.

Gegen diese Selbstbeweihräucherung setzt sich seit zwei Jahren in Barcelona die *Comissió Catalana Contra la Celebració del Cinquè Centenari* ein. In ihr arbeiten



gegenwärtig acht aktive Mitglieder aus den verschiedensten Spektren (Solidaritätskomitees, radikale linke Parteien, Universitätsbereich) für die Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema „500 Jahre Eroberung" und den Folgen für die lateinamerikanischen Völker bis heute. Aufgezeigt werden soll dabei auch die fortgesetzte Verantwortung des eigenen Staates und der zwiespältige Umgang mit dem Thema, wie er von offizieller Seite in den Aktivitäten der Festkomitees allüberall im Land zum Ausdruck kommt. Trotz dieses massiven Einsatzes von Material ist jedoch, wie eine Umfrage der katalanischen AktivistInnen im letzten Jahr ergeben hat, die Stimmung in der Bevölkerung eher noch von Desinteresse geprägt. Für die Einwohner Barcelonas ist das Thema Olympische Spiele beherrschend, die eine gewaltige Umstrukturierung im äußerlichen Stadtbild und im Bewußtsein ihrer Bewohner bewirken.

Die MitstreiterInnen der Katalanischen Kommission gegen die 500-Jahrfeier fühlen sich als KatalanInnen besonders aufgerufen, diesem Aktivismus der Zentralregierung, aber auch der einzelnen autonomen Regionalregierungen etwas entgegenzusetzen. Angestrebt wird dabei ein Zusammenschluß aller zu diesem Thema arbeitenden Gruppierungen, wie es sie z. B. noch in Euskadi (Baskenland), Galizien, Andalusien, Extremadura, Kastilien (Madrid) und Valencia sowie anderen katalanischen Zentren gibt.

Die bisher geleistete Informationsarbeit bestand einmal in der Herausgabe einer Dokumentation und vor allem einer didaktischen Anleitung zur Umsetzung des Themas in Schule und außerschulischer Bildungsarbeit. Weitere Publikationen dieser Art sind in Vorbereitung. Außerdem finden alljährlich Anfang Oktober in Barcelona eine Tagung, zu dem u.a. auch Vertreter von Gewerkschaften, Indianerorganisationen oder Volksbewegungen aus Lateinamerika begrüßt wurden, und am 12. Oktober, dem eigentlichen Jahrestag der „Entdeckung", eine Demonstration statt, die seit dem Vorjahr Unterstützung in breiten Kreisen der politisch-gesellschaftlichen Landschaft gefunden hat.

Gegenwärtig laufen Anträge zur Umbenennung der *Plaza de la Hispanidad*, was auch bei der Verwaltung als unpassend für eine katalanische Stadt empfunden wird, in – so der Vorschlag der Kommission – *Plaza de la Solidaridad* (bzw. ihren katalanischsprachigen Entsprechungen). Die Stadt bevorzugt dagegen *Plaza de las Américas*.

Für 1992 stehen die Aktivitäten im einzelnen noch nicht fest. Die Tagung und die Demonstration sollen allerdings wie gewohnt stattfinden. Ideen für eine spektakuläre, phantasievolle Aktion o.ä. werden zusammen mit aktiver Unterstützung aus hiesigen Solidaritätskreisen gerne entgegengenommen.

Susana Sabias

Kontaktadresse: Comissió Catalana Contra la Celebració del Cinquè Centenari
Gran de Gràcia, 130, entl. 1a
08012 Barcelona
Tel. 2179527.

Für die „Ent-deckung" des europäischen Kolonialismus

Elemente für eine Plattform der Kampagne

Im Jahre 1992 jährt sich zum 500. Mal der Tag, der für den Einstieg in eine neue Ära der Weltgeschichte steht: als der Genoveser Christoph Kolumbus vor einem halben Jahrtausend als erster Europäer amerikanischen Boden betrat, konnte er sich der weitreichenden Folgen, die diese europäische „Entdeckung" in den darauffolgenden Jahrhunderten nach sich zog, nicht bewußt sein.

Heute stellen wir fest:

1. Der im Namen des Kreuzes und der Schwerter durchgeführte Eroberungsfeldzug der Europäer in Amerika hat nicht nur ganze Zivilisationen vernichtet bzw. unterworfen, sondern zugleich auch den Grundstein gelegt für die Entwicklung eines Weltmarktes, der sich durch strukturelle Ungleichheit und Ungerechtigkeit auszeichnet. Er hat die Voraussetzungen geschaffen für die Herausbildung und Befestigung einer Weltwirtschaftsordnung, aufgrund derer ein Drittel der Menschheit in unverhältnismäßiger Weise von den Reichtümern dieser Erde profitieren, während die restlichen zwei Drittel gezwungen sind, ihren täglichen Überlebenskampf stets neu zu organisieren.

2. Von den hehren Idealen der christlichen Nächstenliebe, des Humanismus, der Menschenrechte und den Oden an die Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen, mit denen die Europäer ihren Raubzug seit jeher ideologisch begleiteten, sind im Zuge der Etablierung dieser Weltwirtschaftsordnung hauptsächlich die Schalen übriggeblieben, ihre Kerne hingegen fielen der zügellosen Gier der auswärtigen wie der internen Herrschaften zum Opfer. Diejenigen, die solche Ideale auf ihren Fahnen vor sich hertrugen bzw. auch heute noch sich als ihre wahren Verfechter darstellen, waren/sind die gleichen, die sie als erste mit Füßen traten bzw., wenn überhaupt, nur für kleine Minderheiten geltend mach(t)en.

3. Als Resultat einer auf der Welt einmaligen Vermischung zwischen Kolonialisten und Kolonisierten stellen die lateinamerikanischen Gesellschaften heute hochkomplexe Gemeinwesen dar, in denen sich über vielfältige und differenzierte Machtstrukturen das Kolonialverhältnis auch nach innen hin fortsetzt und das Alltagsleben aller Menschen und ihre Beziehungen untereinander bestimmt. Hierbei ist die jeweilige Zugehörigkeit zu Klasse, Rasse und Geschlecht von entscheidender Bedeutung.

4. Fünfhundert Jahre Kolonialismus sind die Geschichte der systematischen Verhinderung selbstbestimmter Entwicklung, der Zerstörung autochthoner Kulturen bzw. ihrer Überfremdung, und nach physischer Vernichtung eines Großteils der Ureinwohnerschaft, Versklavung von eigens aus Afrika herangeschafften Menschenmassen sowie zahllosen militärischen Interventionen auch die Geschichte der Entlassung in die formale Unabhängigkeit. Mit der willkürlichen Bildung von scheinbar souveränen Nationalstaaten ist jedoch die Geschichte der faktischen Abhängigkeit deformierter Volkswirtschaften von den Ländern des Nordens noch längst nicht abgeschlossen. Am deutlichsten findet diese Abhängigkeit ihren Ausdruck in der Schuldenkrise und ihren verheerenden Implikationen.

5. Die fünfhundertjährige Geschichte des Kolonialismus ist aber auch die Geschichte eines unbeugsamen Widerstandes gegen restlose Unterwerfung. Dieser findet heute seinen Ausdruck in einer Vielzahl politischer und sozialer Organisationen und Bewegungen, die allesamt einen immer wieder mit hohen Opfern bezahlten Kampf für Souveränität ihrer Völker führen. Auf nationaler wie auf regionaler Ebene umfaßt dieser Kampf gleichermaßen die kulturelle, politische und ökonomische Seite des Lebens. Der Unbeugsamkeit der Lateinamerikaner, sich den ununterbrochen auf sie einstürmenden Herren nicht restlos zu unterwerfen, entspricht auf der anderen Seite die brutale Repression, mit der die jeweiligen Staatsapparate solche Organisationen und Bewegungen verfolgen bzw. zu eliminieren suchen.

Das, was der Form nach weithin als ziviler Fortschritt in Lateinamerika gepriesen wird – nämlich die Ablösung allzu terroristischer Militärregimes und diktatorischer Oligarchien durch demokratisch gewählte Regierungen –, verdeckt in vielen Fällen nur das dahinterstehende Ziel: Den Teil der nationalen Eliten von einem relevanten Teil des Volkes legitimieren zu lassen, der am ehesten geeignet erscheint, die notwendigen Strukturmaßnahmen für die endgültige Einverleibung in das von den Industriemächten diktierte Weltmarktgeschehen durchzusetzen.

Die Abhaltung von Wahlen allein – wenn auch unter den prüfenden Blicken internationaler Beobachterdelegationen aus dem Norden (!) – ist noch längst nicht mit der Durchsetzung wahrhaft rechtsstaatlicher demokratischer Verhältnisse gleichzusetzen. Das Abtreten von Generälen zugunsten von Zivilisten bedeutet nicht notwendig auch die Stärkung von ziviler Gesellschaft. Diese ist in den weitaus meisten Fällen von zu tiefen Rissen durchzogen, als daß umstandslos europäisches Demokratie- und Rechtsverständnis auf lateinamerikanische Verhältnisse übertragen werden können.

6. 1992 wird eine für die Menschheitsgeschichte überaus wichtige, 500 Jahre währende Ära kolonialer Beherrschung mit pompösen Feiern abgeschlossen werden. Mit Beginn des Jahres 1993 soll ein neues Kapitel europäischen Imperialismus' aufgeschlagen werden. Welche Auswirkungen diese Zusammenballung europäischer Macht auf die Beziehungen zu dem lateinamerikanischen Subkontinent haben wird, ist unter den gegebenen Bedingungen der rasanten globalen Kräfteverschiebungen kaum voraussagbar. Fest steht jedoch, daß dem von den Baumeistern des Kapitals im Grundriß schon skizzierten „Europa der Konzerne" von oben mit Entschiedenheit und viel Phantasie die Vision eines auf Solidarität und Völkerverständigung hinzielenden „Europas der Völker" von unten entgegengesetzt werden muß. Nur so können die Voraussetzungen für ein Abtragen der historischen materiellen und moralisch-politischen Schuld, die die Herrschenden Europas im Laufe von 500 Jahren für ihre Entwicklung akkumuliert haben, geschaffen werden.

An thematischen Schwerpunkten, die in die inhaltliche Arbeit im Rahmen der Kampagne noch zusätzlich einfließen müssen, seien folgende genannt:

- **Der historische Völkermord an den IndianerInnen Amerikas und seine moderne Fortsetzung im neuen Gewand.**
- **Seine Auswirkungen für die Eindimensionalität von Entwicklung.**
- **Das Verhältnis von Kulturzerstörung und Kulturwandel in Amerika ebenso wie in Europa, und die Angst vor der kulturellen Differenz. Perspektiven einer weltweiten Monokultur?**
- **Wandel des Geschlechterverhältnisses. Welche Konsequenzen für den Widerstandskampf?**
- **Rolle von Kirche(n) und Mission(en), von der Conquista bis heute. Insbesondere die Bedeutung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz (CELAM) 1992 in Santo Domingo.**
- **Das „Gattungsproblem" Ökologie und der erpresserische Umgang damit.**
- **Erzwungene Migrationsströme und ihre Konsequenzen für Rassismus und Nationalismus**
- **Der Massenferntourismus und die Vergesellschaftung des Kolonialverhältnisses.**

Welche konkreten Forderungen aus den aufgeführten inhaltlichen Bausteinen für die Kampagne abgeleitet und welche Aktionsformen in Erwägung gezogen werden können, muß der öffentlichen Diskussion überlassen bleiben. Die nächste Gelegenheit hierzu bietet sich anläßlich des **BUKO 90 vom 14. – 17. 6. in Nürnberg.**

Veranstaltungen

8. Mai 1990
500 Jahre Kirche in Lateinamerika
Zwischen Unterdrückungs- und Befreiungsgeschichte

Referent: Pater Osmar Gogolok (Institut für Brasilienkunde, Mettingen). Veranstaltung im Rahmen der Dortmunder Lateinamerika-Tage (1.–31. 5.), vorbereitet von Tierra Nueva in Kooperation mit Pax Christi Dortmund II, AG Kath. Dritte-Welt-Gruppen, Dritte-Welt-Gruppe Hl. Kreuz.
Ort: Dortmund, Kreuzsaal, Kreuzstr./Liebigstr., Beginn 19.30 Uhr.

18.–20. Mai 1990
1992: 500 Jahre Kolonialismus und Neokolonialismus

Offenes Treffen aller Gruppen und Einzelpersonen aus dem Rhein-Main-Gebiet (insbesondere Mainz und Wiesbaden), die an einer Kampagne gegen die offiziellen Feierlichkeiten des herrschenden, sich vereinigenden Groß-Europa anläßlich des 500. Jahrestages der „Entdeckung" Amerikas interessiert sind.
Anmeldung und Information: Trotz-dem, Werkstatt für Kultur und Bildung e.V., c/o Café Nixda, Raimundistr. 13, 6500 Mainz, Tel.: 061 31/63 84 43.

25. Mai 1990
Lateinamerika: 500 Jahre Kolonisierung – Perspektiven für die Solidaritätsarbeit

Workshop auf dem Katholikentag von unten, Berlin (23.–26.5.), vorbereitet von der Christlichen Initiative Romero, Münster.
Ort: Kirche der Gemeinde am Lietzensee, Herbartstr. 4-6, Berlin-Charlottenburg, 10.00 – 12.30 Uhr.

14.–17. Juni 1990
14. BUKO: EG 92 und „Dritte Welt" – Zukunft Europas - auf wessen Kosten?

Schwerpunkt des diesjährigen Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Nürnberg ist das historische Datum 1992 mit der Vollendung des EG-Binnenmarkts und der 500 Jahre dauernden Kolonisierung der „Dritten Welt".
Anmeldung und Information: BUKO-Geschäfsstelle, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40/39 31 56.

29./30. September 1990 „Emancipación e Identidad de América Latina: 1492–1992"

2. Bundeskongreß des obengenannten Forums.
Ort: Frankfurt
Kontakt: Monimbó e.V., Darmstädterstr. 23, 6057 Dietzenbach, Tel.: 0 60 74/2 68 91.

September 1990
Rundreise von Mitgliedern der ecuadorianischen Indianer- und Bauernorganisation ECUADOR RUNACUNAPAC RICCHARIMUI (ECUARUNARI)

Im September werden zwei Mitglieder der ECUARUNARI, eine Frau und ein Mann, im Zuge einer Europareise über den Stand ihrer Vorbereitungen des Widerstandes gegen die 500-Jahrfeiern berichten, um auch eventuelle gemeinsame weitere Schritte zu planen.
Kontaktadresse: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7440 Nürtingen.

Für zukünftige Ausgaben dieser Beilage soll eine „Wiese" eingerichtet werden, auf der Initiativen und Aktionsgruppen sich vorstellen und auf ihre Veranstaltungen hinweisen.

Literatur

Bruni Höfer, Heinz Dieterich, Klaus Meyer (Hrsg.)
Das Fünfhundertjährige Reich, Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492–1992
Medico International, Frankfurt 1990, 282 S., DM 19,80.

Benedetti, Bonasso, Cardoza y Aragón u.a.
Nuestra América contra el V. Centenario, Emancipación e Identidad de América Latina
Redaktion: Heinz Dieterich, Txalaparta Editorial, Tafalla/Navarra 1989, 229. S., DM 25,- (Bezug: Monimbó).

Tzvetan Todorov
Die Eroberung Amerikas – Das Problem des Anderen
Suhrkamp Ed. 1213, Frankfurt 1985.

Frauke Gewecke
Wie die neue Welt in die alte kam
Klett-Cotta, Stuttgart 1986, 315 S. + Tafelteil.

América. La Patria Grande
Informationsorgan der Gegenkampagne „Lateinamerikanische Emanzipation und Identität.
Bezug: Monimbó.

Fernando Mires
Im Namen des Kreuzes
Der Genozid an den Indianern während der spanischen Eroberung: theologische und politische Diskussion
Edition Exodus, Brig (CH) 1989, DM 38,80

Missionszentrale der Franziskaner (Hg.)
1992: Kein Grund zum Feiern
Die Kirche und die Eroberung eines Kontinents
Berichte, Dokumente, Kommentare.
Bonn 1989, 54 S., DM 3,- (Bezug: s.o., Albertus-Magnus-Str. 39, 5300 Bonn 2).

EPK, 5-6/1988
Seit 500 Jahren „Indianer". Amerikas Ureinwohner heute
Themenheft der Entwicklungspolitischen Korrespondenz, 52 S., DM 6,- (Bezug: EPK, Postfach 20 31 07, 2 HH 1).

Emancipación e Identidad ...
Alter und Neuer Kolonialismus
500 Jahre „Entdeckung" Amerikas
Referate und Diskussionsbeiträge der 1. Tagung des Kulturprojekts „Emanzipation ..." am 17./18.6.1989 in Dietzenbach.
Monimbó, Dietzenbach 1989, 70 S., DM 8,- (Bezug: Monimbó).

ila Nr. 125 (Mai 1989)
1992: Kein Grund zum Feiern
Themenschwerpunkt zu 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand, 48 S., DM 4,- (Bezug: ila).

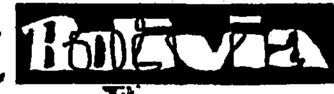
Kolumbien-Rundbrief, Nr. 16, Mai 1989
Entdeckung oder Invasion?
500 Jahre Amerika aus der Sicht der „Entdeckten"
Sondernummer des Kolumbien-Rundbriefs, 40 S., DM 4,- (Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7440 Nürtingen).

epd Entwicklungspolitik, 19/20/1988
Emancipación e Identidad de América Latina 1492–1992
Themenschwerpunktheft.
Frankfurt 1988, 64 S., (Bezug: epd, Postfach 170 361, 6000 Frankfurt/M 17).

Kampagnenzeitung 1992, erscheint unregelmäßig.

Herausgeber: blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Dritte Welt, EPK, Forum, ides, ika, ila, Lateinamerika-Nachrichten, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief.
Redaktion: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn, Tel. 0228/65 86 13.
V.i.S.d.P.: U. Mercker, c/o ila.
In Zusammenarbeit mit dem Buntstift e.V.




Brasilien Rundbrief





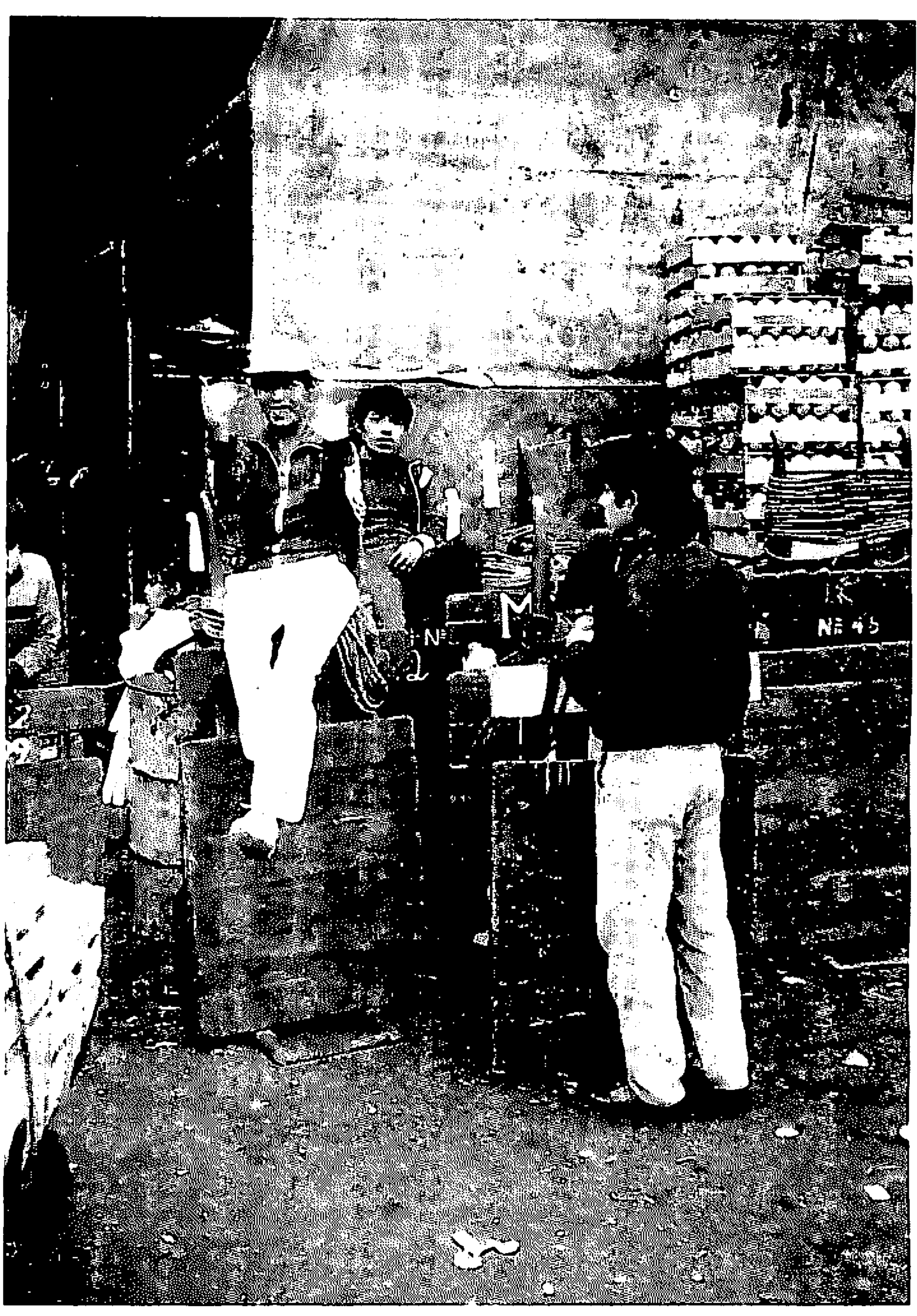
ila

Fällen von Erwachsenen vertreten lassen, aber es gehört zu den Prinzipien von MANTHOC, daß solche Repräsentanten von den betroffenen Kindern ausdrücklich gewählt und mit konkreten Aufträgen versehen werden, über deren Ausführung sie hinterher Rechenschaft ablegen. Zudem ist über ein Drittel der Erwachsenen, welche die Organisation unterstützen, aus ihren Reihen hervorgegangen. Als wichtigste Aufgabe von MANTHOC sieht Cecilia das Zugehen auf jene arbeitenden Kinder der Märkte und Straßen, die noch vereinzelt, in Konkurrenz zueinander - eben unorganisiert und unbewußt - um ihr Überleben kämpfen. Unter der von einem Mädchen vorgeschlagenen Parole: "Zusammen mit den Kindern, die wir nicht kennen, wollen wir essen, lachen, lernen und arbeiten" gingen die schon in MANTHOC organisierten Kinder und Jugendlichen auf jene zu, die noch dreckiger dran sind als sie selbst - die Straßenkinder. Sie laden sie zu Sommerlagern, Informationsveranstaltungen, Wochenendseminaren, Ausflügen und anderen Aktivitäten ihrer Organisation ein.

Reden, ohne zu schreien

Auf einem Seminar zur Situation der Straßenkinder in Peru lernte terre des hommes 1986 Kinder und Mitarbeiterinnen von MANTHOC kennen. Die sich hieraus entwickelnden freundschaftlichen Beziehungen waren dann die Voraussetzung für die Idee eines ersten gemeinsamen Projektes. Auf Initiative von MANTHOC und mit finanzieller Unterstützung von terre des hommes wurde 1987 mit dem Aufbau einer "Schule für das arbeitende Kind" im Elendsviertel Villa Maria del Triunfo im Süden Limas begonnen. Besucht wird diese Schule nicht von den schon organisierten NATs (niños adoleszentes trabajadores; arbeitende Kinder und Jugendliche), sondern von 6- bis 15jährigen Kinderarbeitern der Märkte. Da diese vormittags nicht zur Schule gehen können, weil sie arbeiten müssen, bietet ihnen die Schule für das arbeitende Kind nachmittags und abends Unterricht an. Den "Lehrplan" haben sie in Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen selbst entworfen, weshalb er auch sehr stark auf ihre spezifischen Probleme und Bedürnisse als arbeitende Kinder eingeht. Neben der unterrichtsfachlichen Ausbildung in Spanisch, Lesen, Schreiben, Rechnen, Sachkunde, Sport, Kunst oder Musik, sind vor allem bei der älteren Gruppe der 9- bis 15jährigen auch "nicht-schulische Themen" wichtig. Richtige Ernährung, Organisation von Schüler-, Eltern-, Lehrertreffen, wie bekomme ich einen Kleinkredit, Teilnahme an Gemeindeversammlungen, Animierung der Eltern zum Mitmachen, Zugehen auf nichtorganisierte NATs und kleine praktische Arbeiten (Eigenbau eines Rechenbrettes, Marionetten etc.) spielen eine zunehmend wichtige Rolle.

Die von terre des hommes unterstützten Lehrerinnen des Programms unterrichten fünf Lerngruppen. Zum Teil in einem angemieteten Raum direkt neben dem Arbeitsplatz der Kinder, dem Markt Ciudad de Dios, oder in einem Versammlungsraum im Arbeiterviertel Surquillo. Die Schule ist nicht in Klassen organisiert, sie arbeitet mit Arbeitskreisen, die sich selbst erziehen. Vor allem wird Lesen und Schreiben unterrichtet, denn die meisten Schüler sind Analphabeten. Aber das sind nicht die entscheidenden Fächer. Den Kindern ist es am wichtigsten, Reden zu üben, denn sie leben davon, daß sie ihre Ware anpreisen können. Deshalb wollen sie vor allem lernen, wie sie am besten die Aufmerksamkeit ihrer Kundschaft auf sich ziehen können.



Viele Kinder arbeiten auf dem Markt — Foto: A. Recknagel/tdh

Das größte Problem ist, daß die Kinder selbst noch von der traditionellen Schulkultur geprägt sind. Eine Schule, in der keine Uniformen getragen werden, kann ja nicht gut sein. Wenn man nicht einen großen Stapel Schulbücher braucht, ist die Schule nicht ernst zu nehmen. So denken auch die Eltern. Eine einfache Schule, ohne diese Riten der Schulkultur, wird also keineswegs ohne weiteres von der Bevölkerung akzeptiert. MANTHOC hat deshalb eine Diaserie hergestellt, um den Müttern zu zeigen, wie in der Schule mit ihren Kindern gearbeitet wird. Damit wuchs das Vertrauen der Eltern, die Kinder fanden Anerkennung, und ihr eigenes Engagement nahm zu. Sitzenbleiben gibt es in der Schule des arbeitenden Kindes nicht. Alle Kinder haben, wenn auch kurzfristige, Erfahrungen mit der staatlichen Schule und ihren Demütigungen erlebt. In der Schule des arbeitenden Kindes sollen sie jetzt die Erfahrung eines Erfolges machen, damit sie wenigstens anfangen können, ein bißchen zu entspannen und allem, was mit Lernen zu tun hat, wieder Vertrauen entgegenzubringen.

Aus pädagogischen Gründen gibt es eine Art Zeugnis. Dafür wurden 19 verschiedene Bewertungskriterien entwickelt. Zum Beispiel: War der Schüler in der Lage, zu reden ohne zu schreien? Man wird sich fragen, was das soll. Aber in der Welt, in der

diese Kinder leben, ist Schreien die Norm. Auf einem Markt herrscht ein Höllenlärm, da muß man schreien, um sich überhaupt zu verständigen. Und deshalb brüllen die Kinder sich auch untereinander ständig an oder auch die Lehrer, selbst wenn ihnen der Gesprächspartner direkt gegenüber steht. Es wird also versucht, sie dazu zu bewegen, daß sie sprechen, nicht schreien, und daher ist dies eines der Bewertungskriterien. Im Zeugnis des 11jährigen Jimmy stand zum Beispiel: Er hat seiner Mutter das ganze Jahr beim Verkauf von Kartoffeln geholfen, und in dem der 13jährigen Maria: Sie war sehr sorgfältig mit den Materialien.

Gemeinsam sind auch Kinder stark

Der allergrößte Teil der Aktivitäten von MANTHOC wird von den Kindern selbst gestaltet. Mehr noch als für die "Alternativschule" gilt dies für die eigentlichen Aktionen der Kinder. Demonstrationen zur Stadtverwaltung, um für jedes Kind in ihrem Wohnviertel das Glas Milch einzufordern, organisieren sie selbst. Auch die Protestrede wird von einem gewählten Kindersprecher gehalten und nicht etwa von einem erwachsenen Anführer.
In ihrem jeweiligen Wohnviertel sind die MANTHOC-Gruppen durch ihre Gemeinschaftsarbeiten (Abfallbeseitigung, Pflanzen von Bäumen, Bau eines Spielplatzes, usw.) und von ihnen organisierten, kleinen "Fiestas", zum Beispiel anläßlich des Weihnachtsfestes oder des Muttertages, bekannt und beliebt. Dies war nicht immer so; denn anfangs sahen die Eltern überhaupt nicht ein, warum ihr Sohn oder ihre Tochter die Zeit bei MANTHOC vertrödelt, statt Geld zu verdienen. Auf diesen "Fiestas" bieten die NATs selbstgemachtes Essen an, veranstalten Tombolas oder kleine Geldspiele (Roulette), um sich mit den Einnahmen unabhängig finanzieren zu können. Lediglich Projekte wie die Schule oder das Haus des arbeitenden Kindes werden von Kinderhilfswerken wie terre des hommes mitfinanziert. Jeden Samstag treffen sich alle, die Zeit und Lust haben, im "Haus des arbeitenden Kindes", das sie sich in mühevoller Eigenarbeit und mit Hilfe der katholischen Kirche im Elendsviertel Maria del Triunfo aufgebaut haben. Hier besprechen sie gemeinsame Probleme, bereiten gemeinsam ihr Essen zu und planen Aktivitäten. Das Haus dient gleichzeitig geschlagenen, von zu Hause abgehauenen und völlig hilflosen Kindern aus den Kriegsgebieten als eine erste Anlauf- und Übernachtungsstelle.
Alle MANTHOCs haben ein Bewußtsein über ihre "gesellschaftliche Rolle" und darüber, daß nur sie selbst und nur zusammen etwas für sich erreichen können.
Gefragt, warum sie nicht einfach bei den Nachbarschafts- und Selbstorganisationen der Elendsviertel mitmachen, antwortet ein Mädchen aus dem Arbeiterviertel Surquillo: "Gestern abend waren wir auf einer Versammlung der Arbeitergewerkschaft. Dort hielten unsere Väter schöne Reden. Dort waren sie Revolutionäre, aber zuhause schlagen sie uns und unsere Mütter (...). Wir glauben nicht an diese Art von Organisation. Wir wollen eigene Kinderorganisationen, die unabhängig von den festgefahrenen, auf Führer hin orientierte Erwachsenenorganisationen sind."
Diese Skepsis haben sie auch gegenüber den Parteien. Klar, daß das Herz der ganz großen Mehrheit der Kinder links schlägt, aber dies bedeutet für sie keinesfalls die automatische Zuordnung zu einer der Linksparteien. Natürlich gibt es auch Erfahrungen mit der politischen Gewalt. Einige der älteren haben ihre Väter oder Mütter direkt bei Arbeitskämpfen unterstützt oder sind bei Demonstrationen mitmarschiert. Auch haben die NATs sich ihre Gedanken über den bewaffneten Kampf der Guerrillas vom Leuchtenden Pfad oder Tupac Amaru (MRTA) gemacht. Zum Teil kennen sie Jugendliche, die schon mal "in den Bergen" waren, oder wurden von Sympathisanten dieser Organisation direkt angesprochen. Im Prinzip sind die in MANTHOC organisierten Kinder wenig "anfällig" gegenüber diesen Anwerbeversuchen. Insbesondere der Leuchtende Pfad hat da Erfolg, wo es keine funktionierenden Gemeinschaftsstrukturen oder Basisinitiativen gibt, dort wo es sie gibt - seien es Parteien, Gewerkschaften, Volksorganisationen oder Stadtteilinitiativen - kann die Guerrilla kaum mehr Fuß fassen, da ihre autoritär-hierarchischen Strukturen den Erfahrungen und Vorstellungen der Basisorganisation widersprechen. Dies hatten auch die in MANTHOC organisierten Kinder sehr schnell raus. Selbst wenn einige den bewaffneten Kampf nicht ausschließen, schließen sie doch für sich das Engagement beim Leuchtenden Pfad aus.
Die Bewegung der arbeitenden Kinder Perus ist der festen Überzeugung, daß ihr Kampf für eine bessere Zukunft seine eigenen Wurzeln haben muß, denn nur so kann verhindert werden, daß das Kind vereinnahmt wird oder im Elend der sich auflösenden Gesellschaft untergeht.

Albert Recknagel

Kinder bei der Ziegelherstellung **Foto: Jung/tdh**





Hausangestellte in Peru

Hausmädchen in Peru

In Peru gibt es ungefähr 400.000 Hausmädchen. Seit einigen Jahren beginnen sich viele dieser oft sehr jungen empleadas in Gewerkschaften oder gewerkschaftsähnlichen Frauengruppen zu organisieren.

Bereits im Alter von acht bis zwölf Jahren beginnen in Peru immer mehr Mädchen in fremden Haushalten zu arbeiten.

Sie kommen aus den Bergen oder den Armenvierteln der Städte und werden als entfernte Verwandte, Patenkinder oder als Bekannte bereits beim Nachbar beschäftigter empleadas anfangs aushilfs- oder leihweise in die Familien der Mittel- und Oberschicht gebracht. Das ungeschützte Arbeitsverhältnis bietet meist nur Unterkunft, Essen und einen geringen Lohn von 15-20 US-Dollar pro Monat; die Arbeitszeiten hingegen werden immer länger. Die jüngeren werden in den Häusern oft versteckt gehalten und verlassen, von kleinen Besorgungen abgesehen, fast nie ihren "goldenen Käfig". Sie leben isoliert von der eigenen Familie und ihrer sozialen Schicht. Kaum eine besucht die Schule und mit dem geringen Lohn ist es unmöglich, irgendwann eine eigene Existenz aufzubauen.

Früher arbeiteten die Mädchen nur übergangsweise als Hausangestellte, bis sie eine Anstellung in der Fabrik gefunden hatten. Doch mit der Wirtschaftskrise in Peru mußten viele Betriebe schließen und Arbeitsplätze für ungelernte Arbeitskräfte sind rar geworden. Als einziger Ausweg bleibt die Heirat.

Mittlerweile setzen sich verschiedene Frauenorganisationen und eine Hausangestelltengewerkschaft für die Interessen der Mädchen ein. Neben der Freizeitgestaltung bieten sie Informationen über Arbeitsrecht, Schulunterricht und Kurse zur Weiterbildung an. Darüber hinaus unterstützen sie die Mädchen bei der Bildung eigener Organisationen, was in Peru unter dem derzeitigen sozialen und politischen Klima nicht ungefährlich ist. Gerade organisierte Jugendliche werden sehr schnell verdächtigt, mit Sendero Luminoso oder anderen bewaffneten Gruppen unter einer Decke zu stecken.

Erschwerend kommt hinzu, daß die jüngeren Mädchen von ihren Herrschaften oft versteckt gehalten werden und nur sehr schwierig anzusprechen sind.

Immerhin konnten die Frauen und Mädchen aus dem gewerkschaftlichen Spektrum vor zwei Jahren einen Gesetzesvorschlag für die Hausarbeit im Parlament einbringen. Während die Diskussion im Parlament mangels Interessenvertretung nur schleppend vorwärtsgeht, haben die empleadas ihre Forderungen nach geregelten Arbeitsverhältnissen mit Demonstrationen in Lima unterstrichen.

Auch fand 1988 in Bogotá der erste lateinamerikanische Kongreß der Hausmädchen statt. Vertreterinnen von über 50 Organisationen aus elf Ländern tauschten hier ihre Erfahrungen aus. Ein zweites Treffen in Brasilien wird derzeit vorbereitet.

ch

Die Situation der Hausmädchen schilderte uns Alejandro Cussianovich bei seinem Besuch bei der Freiburger Unterstützergruppe (Christliche Arbeiterjugend) im März '90. Er arbeitet am peruanischen Institut für Volkspädagogik, das u.a. MANTHOC unterstützt, und gilt als einer der besten Kenner der Kinder- und Jugendbewegung in Peru.

Die Kinder sind die Hoffnung Perus

Ein Gespräch mit der peruanischen Filmemacherin Susana Pastor B.

Als die Grupo Chaski mit ihrem Film "Juliana" Ende '89 auf Deutschlandtournee war, hatten wir Gelegenheit, mit einer ihrer Mitarbeiterinnen, Susana Pastor B., zu reden. Die peruanische Gruppe zählt zu den bedeutendsten freien Filmemachern Lateinamerikas.
Ihr neuester Film entstand 1988 in Zusammenarbeit mit dem ZDF und wurde bereits im ZDF-Kinderprogramm ausgestrahlt.



Susana Pastor B.

Juliana, die 12-jährige Hauptdarstellerin, lebt mit ihrer Familie in den Slums von Lima. Als sie die Tyrannei ihres Stiefvaters nicht mehr aushält, beschließt sie, sich als Junge verkleidet in eine Kinderbande einzuschmuggeln, der bereits ihr kleiner Bruder angehört. Die Jungen in der Bande verdienen ihr Geld, indem sie in den Bussen singen. Einen Großteil ihres Verdienstes müssen sie jedoch einem älteren Mann abliefern, Don Pedro. Er bietet ihnen dafür Unterkunft, nutzt sie aber skrupellos aus, verleitet sie zu kriminellen Taten und zwingt sie unter seine Autorität. Juliana, die sich zunächst mühelos in die Gruppe integriert, wird schließlich als Mädchen enttarnt. Damit wendet sich das Blatt: unter ihrer Führung rebellieren die Jungen gegen Don Pedro und verlassen ihn. In einem alten Schiffswrack am Strand richten sie sich häuslich ein. Das Geld, das sie nun verdienen, wird gemeinsam verwaltet und gerecht verteilt. Ihr Traum nach Unabhängigkeit und Geborgenheit hat sich erfüllt. Der Film endet mit der Vision, daß die Kinder in ihrem eigenen riesigen bunten Bus singend durch die Straßen Limas fahren.

Wie hat sich die Gruppe Chaski gefunden?
S.P.: 1982 haben sich fünf Filmemacher zusammengetan, jeder von ihnen mit eigenen verrückten Ideen, mit dem Ziel, gemeinsam Kinofilme zu machen, da es in Peru sehr schwer ist, alleine einen Film zu produzieren. Von Anfang an hatten wir zwei Schwerpunktthemen, wir wollten Filme über Frauen und über Kinder machen. Außerdem sahen wir es als unsere Aufgabe an, Filme zu verbreiten, aber nicht nur auf der kommerziellen Ebene, sondern auch bei Leuten, die normalerweise keinen Zugang zu Filmen haben, also etwa in Vororten, in Kirchengemeinden, in Schulen. Es wurden dabei nicht nur Filme der Gruppe Chaski gezeigt, sondern auch andere in Peru entstandene Filme. Inzwischen hat sich unsere Gruppe ein wenig vergrößert, wir sind jetzt über vierzig, und das heißt, daß wir sehr aufpassen müssen, damit alle in der Gruppe ihren Teil bekommen, aber meist gibt es keine Probleme.

Wie ist der Film in Peru angekommen?
S.P.: Juliana war und ist immer noch ein Kassenschlager in Peru. Die Uraufführung war im März 1989, und jetzt im November läuft er immer noch in den Städten im Landesinnern. Bis jetzt kommen wir auf eine Zuschauerzahl von 400.000. (Für peruanische Produktionen eine hohe Zahl; Anm. d. Red.) Die Besucher des Films stammen zu 50 % aus der Mittelschicht und 50 % aus ärmeren Schichten. In Peru ist „Juliana" erst für Kinder ab 14 Jahren freigegeben, da im Film oft geflucht wird und dabei deftige Ausdrücke gebraucht werden. Die kleineren Kinder dürfen ihn nur in Begleitung Erwachsener sehen.

Ihr habt ja keine Profi-Schauspieler für die Kinderrollen engagiert. Wer sind eigentlich die jugendlichen Darsteller? Sind es Kinder der Straße?
S.P.: Um Kinder für den Film zu finden, haben wir verschiedene Wege eingeschlagen. Wir haben Zeitungsannoncen aufgegeben, uns mit Stellen in Verbindung gesetzt, die Sozialarbeit mit Kindern machen. Wir drehen ja oft Filme über Kinder, deshalb hatten wir auch eigene Kontakte. Beim Drehen der Filme achten wir darauf, daß die Kinder keine professionellen Schauspieler sind, sondern sie sollen das darstellen, was in ihrem täglichen Leben geschieht. Eine Person, die uns dabei sehr geholfen hat, war ein französischer Priester, über ihn fanden wir die Juliana und auch Locu (den Philosophen). Im Fall Locu war es so, daß er sehr vernünftig ist, sehr viel nachdenkt und sehr sehr viel liest, und eigentlich war im Film keine solche Rolle vorgesehen. Aber er hat uns immer wieder durch seine Antworten so verblüfft, daß wir ihn in die Geschichte so aufgenommen haben, wie er war. Was den Gusano betrifft, der im Film die rechte Hand des Gruppenführers Cobra ist, seine Arbeit ist tatsächlich, in den Bussen zu singen. Und eines Tages, als er im Bus sang, machte ihn ein Fahrgast auf die Anzeige von Chaski in der Zeitung, die er gerade las, aufmerksam. So ähnlich ging es auch bei Moni (der Kleine, der im Film Schlagzeug spielt): Er ist wirklich Musiker und arbeitet

mit einem Chicha-Orchester. Der Bandleader in diesem Orchester, der auch gleichzeitig der Stiefvater von Moni ist, las die Anzeige und dachte, daß das nun die Chance für seinen kleinen Sänger Moni sei, berühmt zu werden. Wir haben uns dann weiter mit diesem Bandleader unterhalten und herausgefunden, daß auch er Talent für die Schauspielerei hat. Er spielte dann im Film Julianas Stiefvater.

Welche Idee steckt dahinter, einen solchen Film über Kinder und Jugendliche zu machen?

S.P.: Wir wollten zeigen, daß die Kinder der Armen diejenigen sind, die am meisten unterdrückt werden, und daß sie auf diese Weise eine doppelte Last zu tragen haben. Aber auf der anderen Seite war es auch ganz klar unsere Absicht, zu zeigen, daß für uns die Kinder die Hoffnung Perus darstellen. Und das bezieht sich nicht nur auf den Film Juliana, sondern auf alle Filme, die wir gemacht haben, so z.B. den Dokumentarfilm über ein Kind, das auf dem Großmarkt arbeitet. Ein Kritikpunkt, der mir gegenüber auf dieser Tournee immer wieder geäußert wurde, ist das optimistische utopische Ende des Films angesichts der trostlosen Realität. Wir haben dieses Ende ganz bewußt so gestaltet, weil in Peru die Krise ein solches Ausmaß angenommen hat, daß inzwischen eine Atmosphäre allgemeiner Depression herrscht. In einer solchen Situation sind die Kinder die einzigen, die sich noch erlauben zu träumen und auf diese Art auch die einzigen, die uns einen Ausweg zeigen können. In der jetzigen Situation einem Film wie Juliana ein offenes oder negatives Ende zu geben, hätte bedeutet, dem ganzen noch eins draufzusetzen. Andere hätten natürlich von uns erwartet, daß die Kinder am Ende des Films zu den Gewehren greifen, wie es der Sendero Luminoso propagiert, aber das liegt nun überhaupt nicht auf unserer Linie.

Die Kinder im Film organisieren sich zum Schluß selbst. So unrealistisch ist dieses Ende ja nicht, z.B. gibt es in Lima die Gruppe MANTHOC[1]. Welche Rolle spielt diese Organisation bzw. Organisationsform bei den Straßenkindern?

S.P.: Ich kenne diese Gruppe zwar nicht persönlich, aber ich habe darüber gehört. MANTHOC ist eine Art Kindergewerkschaft, in der Kinder ihre Versammlungen abhalten und versuchen, ihre Rechte wahrzunehmen. Ich glaube zwar nicht, daß alle Straßenkinder diese Organisation kennen, denke aber, daß es eine ganz wichtige Organisationsform ist.
Eine andere Kinderorganisation, die ich kenne, hat in Cuzco eine kleine Schreinerwerkstatt aufgebaut. Wir haben dort den Film Juliana gezeigt, und die Kinder haben aus dem Filmplakat ein Puzzle gebastelt. Sie wollten dieses Projekt gerne erweitern und Puzzles für den Verkauf herstellen. Diese Kinder waren sich der schlechten wirtschaftlichen Lage des Landes derart bewußt, daß sie einen ausführlichen Kostenvoranschlag vorlegten, in dem die Inflationsrate miteinbezogen war. Sie sind zwischen 10 und 16 Jahre alt.
Es gibt noch andere solcher Organisationen sowohl für Jugendliche als auch für Eltern, und darüber wächst mit Sicherheit auch das politische Bewußtsein.

Gibt es in den Straßenkinderbanden auch Mädchen und wie verhalten sie sich?

S.P.: Die große Mehrheit der Kinder in den Banden sind Jungen. Die wenigen Mädchen, die es gibt, sind als solche auch nicht zu erkennen. Sie sehen wie Jungen aus und leben auch wie sie. Ich weiß nicht, ob sie sich verkleiden, weil sie gerne Jungen sein wollen oder um zu verhindern, daß sie überfallen und vergewaltigt werden. Ältere Mädchen oder junge Frauen, die auf der Straße leben, laufen sofort Gefahr, vergewaltigt zu werden und dann in den großen Dunstkreis der Prostitution zu geraten.

Das heißt, daß die Jungen viel eher die Möglichkeit haben, von zuhause wegzugehen, wenn sie es dort nicht mehr aushalten. Aber was machen die Mädchen? Gibt es für sie irgendeine Anlaufstelle, eine Organisation etwa in den barrios (Armenvierteln), die sich ihrer und ihrer Problemen annimmt?

S.P.: Ein Grund dafür, daß die Mädchen eher zu Hause bleiben, ist, daß die Mütter ihre Töchter viel mehr brauchen als ihre Söhne. Alle Kinder müssen zwar arbeiten gehen, aber die Töchter kommen danach nach Hause zurück, um den Haushalt zu machen, zu kochen, zu putzen usw. Ihre Situation ist von daher einfach anders als die der Jungen. Außerdem gibt es viele alleinerziehende Mütter, die sich auf die Hilfe ihrer Töchter verlassen müssen. Wenn Mädchen von zuhause weglaufen, werden sie oft sehr schnell schwanger. Das bedeutet für sie, entweder zurück nach Hause zu gehen - andernfalls kommen sie in eine Art Erziehungsheim. Ich persönlich kenne eine solche Einrichtung, in der die Mädchen zwischen 12 und 14 Jahre alt sind und meistens



Die Mädchen übernehmen früh die Verantwortung für die Familie — Foto: terre des hommes

Kinder haben. Außerdem sind die Mädchen viel eher dazu bereit, eine harte familiäre Situation auszuhalten als die Jungen. Die Jungen schauen sich alles bis zu einem gewissen Punkt an, ziehen es dann aber vor, auf der Straße zu leben. Den Mädchen wird von ihren Müttern die ganze Verantwortung für den Haushalt und die jüngeren Geschwister übertragen. Das hält sie natürlich auch zuhause fest. Vor kurzem haben wir diesen Film in dem vorhin erwähnten Mädchenerziehungsheim vorgestellt und waren erstaunt über die Reaktion der Mädchen, die einhellig meinten, die Juliana sei doch ein Dummkopf. In der Situation, wie sie im Film gezeigt wurde, hätten sie nie und nimmer ihr Zuhause verlassen. Sie alle hätten auch weitaus schwierigere Situationen zuhause ausgehalten. Es gibt natürlich auch Frauengruppen in Peru, aber deren Zielgruppe sind die erwachsenen Frauen. Ich kenne keine, die direkt mit Mädchen arbeitet. In den Armenvierteln kümmern sich die Gemeinden sehr viel um die Jugendlichen, Jungen und Mädchen, mit dem Ziel, den Drogemißbrauch einzuschränken.

Wie umfangreich ist der Drogenmißbrauch bei den Jugendlichen, speziell bei den Mädchen? Nehmen sie die Drogen, um ihre Situation besser aushalten zu können?

S.P.: Ich denke, daß sehr viel mehr Jungen Drogen nehmen als Mädchen. Es gibt zwei Drogen, die von den ärmeren Leuten, so auch den Jugendlichen, genommen werden, weil sie billig und leicht zu beschaffen sind. Die eine ist eine Art Schusterleim, der geschnüffelt wird. Die andere Droge ist die Basispaste bei der Kokainherstellung. In dieser Basispaste sind außer dem Suchtstoff noch alle möglichen Giftstoffe und auch Kerosin enthalten, was diese Droge sehr gefährlich macht und auch zum Tod führen kann.

Warum glauben Sie, greifen mehr Jungen/Männer zu Drogen als Mädchen/Frauen? Liegt das daran, daß sie besser an die Drogen herankommen?

S.P.: Das liegt in der peruanischen Gesellschaft begründet, die konservativ und vom Machismo geprägt ist. Auch in den oberen Gesellschaftsschichten sind es die Männer, die Drogen nehmen, Marihuana oder Kokain. Innerhalb der Familie achten die männlichen Mitglieder, egal ob sie selbst Drogen nehmen oder nicht, streng darauf, daß ihre Schwestern von Drogen fernbleiben. Sie würden nie zulassen, daß ihre Schwester einen Joint raucht!

Wie geht der Staat mit den Jugendlichen und deren Problemen um. Begreift er Jugendliche als Störenfriede, die die öffentliche Ordnung stören, oder versucht er, die sozialen Ursachen von Jugendproblemen zu erfassen und dagegen anzugehen?



Ein dreizehnjähriger, drogenabhängiger Junge — Foto: Albus/Publik Forum

S.P.: Natürlich gibt es staatliche Organisationen in Peru, deren Aufgabe es ist, sich um das körperliche und geistige Wohl der Jugend zu kümmern. Dieses ganze System der Jugendfürsorge funktioniert aber nicht. Der Staat greift immer wieder Kinder und Jugendliche auf der Straße auf und bringt sie aufs Polizeirevier. Dort wird versucht, sie zu ihren Eltern zurückzubringen, d.h. zunächst mit ihnen Kontakt aufzunehmen, was sich oft als schwierig erweist. Wenn diese Kontaktaufnahme mit Eltern oder Erziehungsberechtigten nicht möglich ist, werden die Kinder in Heime gebracht. Dort bleiben sie solange, bis eine Entscheidung des Gerichts vorliegt, was weiter mit ihnen geschehen soll. Dies dauert meist nur ein paar Tage. Die Entscheidung des Richters hängt dann davon ab, ob das Kind eine "kriminelle Handlung" begangen hat. Wenn ja, kommt es in ein Kindergefängnis, wenn nicht, wird es in ein Kinderheim überführt, mit der vagen Hoffnung, daß es vielleicht adoptiert wird. Die Kinder, die in den Heimen sind, versuchen, so schnell wie möglich wieder von dort abzuhauen; das gleiche passiert in den Erziehungsheimen/Kindergefängnissen, nur ist es dort schwieriger, fortzulaufen. Aber auch diejenigen, die zu ihren Eltern zurückgebracht worden sind, laufen bald aufs Neue von zuhause fort, werden irgendwann vielleicht wieder von der Polizei aufgegriffen und der ganze Prozeß geht von vorne los. Die Kinder lernen natürlich auch dazu und machen sich so schnell wie möglich aus dem Staub, wenn sie Polizisten sehen. Es gibt natürlich auch einige Kinder, die in den Heimen bleiben, die Mehrzahl jedoch zieht das Leben auf der Straße vor, wie es auch Gusano im Film beschrieben hat: Lieber auf der Straße leben und hungern und frieren, als irgendeine Erziehungsinstanz über sich zu haben.

Wie leben ehemalige Straßenkinder, wenn sie älter werden oder erwachsen sind?

S.P.: Es gibt keine Zukunftsperspektive für die Jugendlichen: sie werden Kriminelle, in die Drogenszene gehen und irgendwann im Knast landen.

Hier in den Medien wird auch oft gesagt, daß viele Jugendliche aus diesem Milieu sich dem Sendero Luminoso anschließen. Stimmt das?

S.P.: Ja, das stimmt; diese Jugendlichen bilden oft die unteren Ränge des Sendero Luminoso. Sie sind meist sehr jung, fast noch Kinder und leben in Lima in einer ausweglosen Situation. Dies macht sie für diese Art militanten Fanatismus sehr empfänglich, es scheint ihnen die einzige Möglichkeit, etwas an der Situation zu verändern. Und sie haben einfach nichts zu verlieren!

red.

Anmerkungen:
[1] MANTHOC: "Bewegung der arbeitenden Kinder"

Die Seele des Aufstandes

Jugendliche in der Intifada

Die Jugendlichen der Intifada sind im buchstäblichen Sinne eine gesuchte Generation. Jede Nacht gibt es in den palästinensischen Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern der besetzten Gebiete Razzien und Verhaftungen durch die israelische Armee. Dutzende, manchmal gar Hunderte von PalästinenserInnen wandern mit gebrochenen Knochen und einem zerschundenen Körper auf Wochen und Monate in die überfüllten Gefängnisse und Gefangenenlager, in denen erneut menschenunwürdige und erniedrigende Haftbedingungen auf sie warten. Jede Familie in den besetzten Gebieten kann Familienmitglieder vorweisen, die inhaftiert waren oder von israelischen Soldaten geprügelt und verletzt wurden. Mehr als 50 % der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank und im Gazastreifen sind in dem Alter der "Shebab" – der Generation der 14- bis 25jährigen, die den "harten Kern" der Intifada bildet.

Wiederholt hat amnesty international[1] zum Ausdruck gebracht, daß Jugendliche mit offensichtlicher Billigung der israelischen politischen Führung von Armee-Einheiten oder Sondereinheiten des Geheimdienstes Shin Beth gejagt und regelrecht exekutiert werden, weil sie von den Besatzungsbehörden als Rädelsführer der Intifada betrachtet werden. Der 25jährige 'Atwah Hirzollah, der in seinem Heimatdorf in der Westbank als ein Wortführer der Intifada galt, wurde von der Armee ermordet. Am 27. Februar 1989 kehrte er abends mit Freunden aus einem Nachbardorf, in das sie einen am Morgen verletzten Palästinenser gebracht hatten, nach Hause zurück. Am Ortseingang lauerte ihnen eine israelische Armeepatrouille auf. Einer der Soldaten richtete eine starke Taschenlampe auf 'Atwah Hirzollah, während ein anderer Soldat ohne jede Vorwarnung das Feuer eröffnete und 'Atwah zweimal in den Kopf und in die Schulter schoß. Als seine Freunde ihm beistehen und ihn in ein Krankenhaus bringen wollten, wurden sie von den Soldaten mit vorgehaltener Maschinenpistole daran gehindert. 'Atwah Hirzollah verblutete.

Amnesty international stellt zudem fest, daß die in der Praxis längst aufgeweichten Richtlinien der israelischen Streitkräfte zum Gebrauch von Schußwaffen nicht geeignet sind, den Gewaltausbrüchen in der Westbank und im Gazastreifen ein Ende zu setzen. Auf vermummte Demonstranten, auf fliehende Jugendliche, auf ein Gefühl der bloßen Bedrohung hin dürfen israelische Soldaten mit scharfer Munition schießen. Längst werden Verdächtige nicht mehr zum Stehenbleiben aufgefordert; nur noch höchst selten wird auf die Beine gezielt, wie es die Vorschriften verlangen. Daß die Soldaten insbesondere Jugendliche häufiger in Brust, Kopf oder Rücken treffen, gilt der amerikanischen Organisation "Ärzte für Menschenrechte" als Beleg für die Absicht der Soldaten, nicht zu verletzen, sondern zu töten. Mehr als 70 % der PalästinenserInnen, die im Verlaufe der Intifada getötet worden sind, waren jünger als 25 Jahre.[2]

Nehmen wir einen beliebigen Monat der Intifada als Beispiel: Im Dezember 1989 wurden 22 Palästinenser erschossen; 19 von der Armee, zwei von Siedlern und einer von einem Tankwagenfahrer. Acht dieser Palästinenser waren 16 Jahre und jünger, darunter waren zwei Mädchen. Das Durchschnittsalter der Getöteten im Monat Dezember 1989 betrug 19 Jahre. Zwei Drittel der Getöteten wurden während Armeerazzien oder in von der Armee gelegten Hinterhalten erschossen.

Folterkammern der israelischen Gefängnisse

In den zahlreichen israelischen Gefängnissen und Gefangenenlagern, deren berüchtigstes das Lager Ansar III in der Negevwüste ist, werden auch Jugendliche in den Verhören brutal geschlagen und gefoltert. Mehrere Jugendliche wurden zu Tode geprügelt oder starben unter ungeklärten Umständen. Bis zum 31. Januar 1990 kamen 17 Personen in Haft zu Tode. Im erwähnten Monat Dezember 1989 wurden zwei Gefangene von israelischen Sicherheitskräften ermordet; der 25jährige Khaled Scheikh Ali aus Gaza und der 23jährige Jamal Mohammed Abu Sharkh aus dem Flüchtlingslager Shati, ebenfalls im Gazastreifen. Aufgrund der Autopsie wurde festgestellt, daß Scheikh Ali durch Schläge mit einem stumpfen Gegenstand getötet wurde, wohingegen Jamal Abu Sharkh erhängt wurde. Die israelischen Behörden behaupten, er habe Selbstmord begangen. Gegenwärtig werden rund 15.000 Palästinenser in Gefängnissen, Gefangenenlagern und Verhörzentren festgehalten. Mehr als zwei Drittel all dieser Gefangenen sind im Intifada-Alter der "Shebab". Da jeder Jugendliche nicht ganz zu Unrecht als potentieller Steinewerfer oder Widerständler gegen die Besatzungsmacht angesehen wird, ist jeder im besagten Alter zu jeder Zeit der Verhaftung, der Prügel, der Folter ausgesetzt. Wie unter den Inhaftierten stellen die Jugendlichen auch unter den Verletzten und dauerhaft Verwundeten die absolute Mehrheit dar. Schutz genießen diese Jugendlichen nicht mehr.

"Mutaradin" - Flüchtlinge - heißen jene Jugendlichen, die auf der Flucht vor der Verfolgung durch die Armee nachts im Freien campieren oder sich in den Bergen versteckt halten. Sie bilden die Kerntruppen der Intifada. Aus ihnen rekrutieren sich die Mitglieder der sogenannten "Schockgruppen", die der israelischen Armee militanten Widerstand entgegensetzen, gegen Kollaborateure vorgehen und sich selbst als Kern einer zukünftigen palästinensischen Volksarmee begreifen.

770 Palästinenser, davon über 80% Jugendliche, werden nach Angaben der israelischen Armeeführung zur Zeit als Rädelsführer und Drahtzieher der Intifada gesucht. Werden sie von Armeepatrouillen gestellt oder von Kollaborateuren verraten, so droht ihnen die extralegale Hinrichtung.

Brutherde der Intifada

Universitäten, Schulen und selbst Kindergärten gelten bei der israelischen Regierung als "Brandherde der Agitation" und Ausgangspunkt "anti-israelischer Aktivitäten". Während die Universitäten auch nach 28 Monaten des Aufstandes geschlossen bleiben, wurden die Schulen in der Westbank im Juli 1989 nach einer 17monatigen Schließung wieder geöffnet. Von Mitte November bis Mitte Januar waren die Schulen wegen der zahlreichen palästinensischen Gedenktage wieder geschlossen. Das Schuljahr wurde ganz einfach verkürzt. Im Gazastreifen wurden die Schulen offiziell nur bei Unruhen, Streiks und Ausgangssperren geschlossen, was de facto aber zu einem vergleichbaren Unterrichtsausfall wie in der Westbank führte. Zahlreiche Schulen konnten im vergangenen Jahr gar nicht erst geöffnet werden, weil sie von der israelischen Armee als Quartier oder sogar als Verhörzentrum oder Gefängnis genutzt wurden. Verschiedene Schulgebäude mußten erst wieder instandgesetzt werden, um den Unterricht wieder aufzunehmen. Dazu aber fehlt das Geld.

Obwohl die israelische Zivilverwaltung der besetzten Gebiete bestreitet, daß die Schließung der Schulen eine Kollektivstrafe sei, konstatierte die UNRWA[3] als Ergebnis der Schließung, daß "eine Generation palästinensischer Schüler ihr Grundrecht auf Bildung nicht ausüben kann". Dahinter läßt sich schwerlich eine andere Absicht ausmachen als die, die heranwachsende palästinensische Generation in Unwissenheit und Dummheit zu belassen. Dies umsomehr, als alle privaten und alternativen Kurse und Unterrichtsstunden offiziell verboten und Zuwiderhandlungen mit hohen Haftstrafen belegt wurden. Die von der Bevölkerung ins Leben gerufenen Unterrichtskomitees wurden illegalisiert. Zahlreiche LehrerInnen kamen in Haft. Sogar das Ausleihen von Schulbüchern an Mitschüler wurde unter Strafe gestellt. Diese Restriktionen wurden schließlich auf alle kulturellen, sportlichen, künstlerischen und folkloristischen Aktivitäten ausgedehnt.

Die Unterbrechung der Ausbildung in bestimmten Altersstufen zieht ernsthafte Beeinträchtigungen in der kognitiven Entwicklung der Schüler nach sich, die zu einem späteren Zeitpunkt nur sehr schwer aufzuholen sind. Besonders nachträglich sind die Auswirkungen für jene Kinder und Jugendliche, die noch gar nicht oder nicht vollständig lesen und schreiben können. Häufig und langandauernde Unterbrechungen des Lernprozesses haben in allen Entwicklungsstadien demotivierende Wirkung.

Generell läßt sich aufgrund der israelischen Politik ein Anstieg des Analphabetismus bei Kindern im Alter von sechs bis zehn Jahren vorhersagen; davon sind ca. 120.000 Kinder betroffen. Für die älteren Jugendlichen bedeutet die Verzögerung des Abschlußexamens über mehr als zwei Jahre die Gefährdung ihrer akademischen und beruflichen Zukunft. Die retardierte Entwicklung der Schüler bleibt natürlich in jedem Alter und in den verschiedensten Sparten (Rechnen, Kunst, Lesen, Schreiben etc.) sichtbar. Nach Angaben von Erziehern wird das gesamte Schulsystem noch in den nächsten zehn bis zwölf Jahren von den Folgen der Schulschließung in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Folgen der Schulschließung reichen über die mangelnde Wissensvermittlung weit hinaus. Erziehung bedeutet primär Sozialisierung im Rahmen eines organisierten Prozesses, wobei soziale Werte und Verhaltensmuster tradiert werden. Die Schule ist ein Ort, wo Kinder und Jugendliche ihre Ideen, Vorstellungen, Hoffnungen im Rahmen einer vertrauten Struktur erproben können. Ohne diese Erfahrung geht vielen von ihnen Disziplin, Konzentrationsfähigkeit, ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit - insbesondere angesichts einer allmächtigen Soldateska - verloren. Die gewalttätige Umgebung wirkt auf die Kinder und Jugendlichen aggressionsfördernd. Das Verhalten gegenüber den Autoritäten ändert sich - bisweilen durchaus positiv; deren Anforderungen werden nur noch befolgt, wenn sie auch von den Schülern als sinnvoll erkannt werden.

Die Schließung der Universitäten als "Brutherde" hat die Intifada wenig beeinträchtigt und an ihrem Fortgang nichts geändert. Getroffen wird von dieser Schließung wohl eher die berufliche und persönliche Zukunft der einzelnen Studenten wie auch die wirtschaftliche Kraft eines zukünftig unabhängigen Staates.

Die Lehrzeit der Jugendlichen Palästinas findet heute in den Straßen eines besetzten Landes statt. Vor dem Zugriff der Armee gibt es keinen Schutz, keine Hilfe. Kein Recht kann den Jugendlichen gegen die Willkür von Militärerlassen und Soldaten beistehen. Von Beginn ihres Lebens an machen die Jugendlichen die Erfahrung, daß sie nicht frei sind, daß sie sich nicht frei bewegen, nicht frei reisen können, nicht jede Ausbildung wählen können, daß ein gleichaltriger israelischer Soldat ihnen jederzeit die unsinnigsten Befehle erteilen, daß er sie demütigen, schlagen, festnehmen kann und nicht nur sie, sondern auch ihre Eltern, ihre Geschwister.

Diese beständige Erniedrigung, insbesondere der Eltern vor den Augen ihrer Kinder, zerstört die gewachsenen Autoritätsstrukturen in der Familie. Während früher der Vater das Entscheidungszentrum und der Mittelpunkt des Familienlebens war, sehen die Jugendlichen einen von der Besatzungsmacht geschlagenen und gedemütigten Vater nicht selten als Feigling an. Die Eltern wiederum wissen, das sie nicht in der Lage sind, ihre Kinder zu schützen oder Gehorsam zu erzwingen. Dies führt innerhalb der Familie zu erheblichen Aggressionen und Konflikten. Nur aufgrund eines gewachsenen nationalen Bewußtseins innerhalb der Familie lassen sich Lösungsstrategien aufzeigen. Die Jugendlichen selbst haben seit der Intifada natürlich konkret die Möglichkeit, ihre Aggressionen gegen jene auszutragen, die für ihr Entstehen die eigentliche Verantwortung tragen: In der Konfrontation mit der israelischen Armee. Die Jugendlichen zeigen aber auch Kriegs-





Demonstranten werfen Steine auf israelische Truppen Foto: Palestine

traumata, wie sie beispielsweise bei Jugendlichen im Libanon oder in Nordirland beschrieben wurden; Phobien, Konzentrationsschwächen, Schlafstörungen, Verweigerung der Nahrungsaufnahme, Alpträume, Selbstmordversuche. Angst und Aggression — Resultat der brutalen Unterdrückung — fördern wiederum Fanatismus, Rücksichtslosigkeit und eigene Brutalisierung.

Die Seele des Aufstandes

Gewiß sind die Jugendlichen der Intifada Opfer, Leidende, Benachteiligte. Andererseits aber verstehen sie sich als Kämpfer, die sich der Opfer bewußt sind, die sie für die Erlangung ihrer Freiheit werden bringen müssen. Sie sind zu Aktivisten geworden, die ein politisches Verständnis des Konfliktes mitbringen, ohne die Niederungen der alltäglichen Konfrontation zu vergessen. Sie haben ein Bewußtsein und ein Vertrauen in sich selbst erworben, das sie zu neuen Techniken und Methoden im Kampf gegen die fremde Besetzung hat finden lassen. Eine ihrer bewährtesten Kampftechniken ist der sogenannte "Molotow-Stein". Ein Stein wird in einen benzingetränkten Lappen gewickelt, angezündet und mit einer Schleuder abgefeuert. Das Ausstreuen von Nägeln in den Straßen ist dagegen ein eher antiquiertes, wenngleich immer noch hilfreiches Mittel, um die Jeeps der israelischen Soldaten an der Verfolgung von Flüchtlingen zu hindern. Das Ausgießen von Öl bringt Fahrzeuge ins Schleudern. Eine Art von Hinterhalt ist das Ausheben von kleinen Löchern oder Gräben in den sandigen Straßen der Flüchtlingslager, die gut getarnt zu einer sicheren Falle für einen Achsenbruch bei israelischen Militärfahrzeugen werden. Diese Technik erfreut sich verständlicherweise im sandigen Gazastreifen besonderer Beliebtheit. Panik zu erzeugen, gehört zu den neueren Methoden. Verdächtig aussehende Gegenstände können ganze Scharen von Soldaten binden, die, einmal in Alarmbereitschaft versetzt, Stunden damit zubringen, die vermeintliche Bombe zu sichern, allerlei Überprüfungen anzustellen, die Bombenexperten herbeizurufen, um schließlich die "Bombe zu entschärfen".

Ihr Erfindungsreichtum und die Vielzahl ihrer Finessen im Katz- und Mausspiel mit der israelischen Armee haben vielen zu neuer Berühmtheit verholfen. Während der Bekanntheitsgrad eines Jugendlichen früher von seiner Familie, seinem sozialen Status oder seinem Bildungsgrad abhing, zählt heute nur ein einziges Kriterium: Seine Rolle im Aufstand. Die Familien von Märtyrern genießen hohes Ansehen. Und die Solidarität der Dörfer und Flüchtlingslager mit diesen oder anderen bedürftigen Familien wird auf der praktischen Ebene in der Regel von den Jugendlichen organisiert.

Die Jugendlichen selbst haben auch ganz neue Funktionen übernommen. Sie stehen heute sogar im Polizeidienst. In den Flüchtlingslagern des Gazastreifens ist es ihnen z.B. gelungen, den Drogenhandel und -konsum praktisch zu unterbinden. Drogenhändler arbeiteten gewöhnlich direkt mit oder mit Billigung der Besatzungsmacht; nicht selten leisteten sie Spitzeldienste und verrieten Verstecke gesuchter Jugendlicher. Die früher weit verbreiteten Einbruchs- und Diebstahlsdelikte sind seit der Intifada rapide zurückgegangen.

Wert legen die meisten Jugendlichen aber auch darauf, daß sie trotz geschlossener Universitäten und mangelnder Schulbildung aktiv am Aufbau der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit ihres noch besetzten Landes teilnehmen. Landwirtschaftsstudenten setzen ihre erworbenen Kenntnisse im Anbau von Gemüsebeeten und/oder in der Hühnerzucht ein. Selbst Plantagen wurden in abgelegenen Gegenden von Jugendlichen und Erwachsenen gemeinsam angelegt und bearbeitet. Neben den Frauen sind es vor allem die Jugendlichen, die bei Ausgangssperren und Blockaden von Dörfern und Flüchtlingslagern nächtens Lebensmittel, Brennstoff oder Medikamente zu den bedürftigen Familien tragen. Bei dieser Tätigkeit setzen sie Leib und Leben aufs Spiel.

Vielleicht noch begrenzt, aber für die palästinensisch-arabische Gesellschaft nicht weniger revolutionär als die Intifada selbst ist die aktive Partizipation von Mädchen und jungen Frauen an allen Formen des Aufstandes. Sie schleichen selbst mitten in der Nacht aus den Häusern, um die Flugblätter der Intifada-Führung zu verteilen und kein Vater oder Bruder kann ihnen jetzt verbieten, was früher als Schande gegolten hätte. Unverzichtbar ist die Hilfe der Mädchen und Frauen auch im Gesundheitswesen, der Ersten Hilfe, der Arbeit in heimischen Gärten.

Wenn die Männer in Gefängnissen und Gefangenenlagern unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten werden, sind es gerade die Mädchen und jungen Frauen, die den Unterhalt der Familien sichern

müssen und zugleich in politische und wirtschaftliche Führungspositionen hineinwachsen. Ihr Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung hat in den beiden Jahren der Intifada erheblich zugenommen.[4] Das Palästina von morgen, so ihr Wunsch, kann nur von Männern und Frauen gemeinsam aufgebaut werden, wenn beide ihre Freiheit erreichen wollen.

Mit den Jugendlichen der Intifada steht heute die dritte Generation der PalästinenserInnen im Kampf um nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Der Generation der Nakba — der Katastrophe der Vertreibung und Niederlage im Jahre 1948 —, die vergeblich den Weg zurück nach Palästina suchte, folgte die Generation der Gründungsväter der PLO, die in zweieinhalb Jahrzehnten den langen Marsch vom bewaffneten Volkskrieg aufs politische Parkett der Diplomatie wagte. Die Generation der Intifada, die unter der israelischen Besatzung großgeworden ist, setzt heute jene israelisch-palästinensische Konfrontation fort, die im Jahre 1982 noch auf den Schlachtfeldern des Libanon zwischen Israel und der PLO ausgetragen wurde. PLO-Sicherheitschef Abu Iyad aber sieht auch Unterschiede zwischen der Generation der Intifada und der Generation der PLO-Führung. "...sie ist anders als meine Generation. Sie ist sogar besser und effizienter als wir. Dennoch ist diese Intifada unser Kind. Ich bin sehr stolz auf dieses Kind, weil es besser ist als seine Eltern."[5]

Georg Baltissen

Rafah/Gazastreifen - 23. Dezember 1989

Israelische Soldaten erschießen im Flüchtlingslager Rafah im Gazastreifen den 15jährigen Imad Abdullah Atrash und den 21jährigen Mohammed Abdul Rahman Hourani, der ihm zu Hilfe eilen wollte. Ein weiterer Lagereinwohner, Ahmad Rakhawi (48), der den Verletzten ebenfalls helfen wollte, wird von Schüssen schwerverletzt. Er stirbt am 14. Januar 1990 im Nasser-Krankenhaus von Khan Younis. Ein Mitarbeiter des Informationszentrums für palästinensische Menschenrechte, der an Ort und Stelle war, gab folgende eidesstattliche Erklärung ab:

"Am Samstag, den 23. Dezember 1989, kam ich in meinem Auto an die Kreuzung Abu Hashem-/Al-Bahr-Straße, wo ich anhielt, um die Vorfahrt zu achten. In dem Augenblick hörte ich links von mir das Geräusch von Schüssen. Ich sah, wie ein maskierter Jugendlicher mitten auf der Straße mit aufgerichtetem Oberkörper aufschlug. Er bewegte seine Arme, als ob er um Hilfe bitten wollte. Das geschah in einer Entfernung von ca. 30 m. Die Soldaten schossen weiter auf den Jugendlichen; der Sand neben ihm stob auf. Ich verließ mein Auto und ging auf den Verletzten zu. Dies taten eine Reihe von Personen aus allen Richtungen in dem Versuch, dem Verletzten zu helfen. Die Soldaten schossen wahllos in die Menschen; zahlreiche Personen wurden getroffen; einer fiel zu Boden; die Soldaten schossen jetzt weiter auf diesen. Später erfuhr ich, daß dies Mohammed Hourani war, der seinen Verletzungen erlegen ist. Danach fuhren einige Privatautos zu den Verletzten und bildeten mit ihren Wagen eine Art Barrikade zwischen den Soldaten und den verwundeten Einwohnern. Das ermöglichte den Abtransport der Verletzten.

Ich blickte in die Richtung, aus der die Schüsse gekommen waren, und sah Soldaten, die sich offensichtlich in einem zweistöckigen Gebäude versteckt gehalten hatten. Das Gebäude stand etwa 25 m entfernt von der Stelle, an der der maskierte Jugendliche erschossen worden war. Während die Verletzten weggebracht wurden, trafen zehn Militärjeeps ein. Erneut schossen die Soldaten auf die versammelten Einwohner. Es gab neuerlich Verletzte. Ich begab mich dann zu der örtlichen Klinik der UNRWA, wo einige Verletzte behandelt wurden, während andere in Privatwagen zum Nasser-Krankenhaus in Khan Younis gebracht wurden, weil keine Ambulanzen vorhanden waren. Es ist wichtig zu betonen, daß es nur um einen einzigen maskierten Jugendlichen ging; er trug keine Waffen oder scharfen Gegenstände bei sich; er hatte lediglich versucht, einen Reifen in Brand zu stecken."

Der maskierte Jugendliche, Imad Atrash, wurde von zahllosen Kugeln in Brust, Arm, Schulter, Bein und Oberschenkel getroffen. Mohammed Hourani, der ihm zur Hilfe eilte, wurde von acht Kugeln in Kopf, Nacken, Brust, Armen und Beinen getroffen. Er starb, bevor er das Krankenhaus erreichte. Abdullah Rakhawi wurde in den Nacken getroffen. Er wurde von Soldaten ins Soroka-Krankenhaus von Beer-Sheba und nach sieben Tagen ins Nasser-Krankenhaus in Khan Younis gebracht. Er war völlig gelähmt und starb am 14. Januar 1990.

Palestine Human Rights Information Center, Chicago, December 1989

Anmerkungen

1 Presseerklärung von amnesty international, London, 3. Jan. 1990.
2 E. Zureik, J. Graff, F. Ohan: Les victimes de l'Intifada, étude statistique, Revue d'Études Palestiniennes, No. 34, Paris Winter 1990.
3 UN Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten.
4 Palästina Nr. 2/90 hat zum Thema: "Die Frauen in der Intifada". Bestellungen an: Informationsstelle Palästina, August-Bier-Str. 33, 5300 Bonn 1. Das Einzelheft kostet 5,- DM plus Porto.
5 Der Spiegel, 29.8.1988



Lesehinweise zur Intifada

1 Alexander Flores: Intifada-Aufstand der Palästinenser, Berlin 1988.
2 Friedrich Schreiber: Intifada-Aufstand der Palästinenser, Opladen 1990.
3 John Bunzl, Nadia El-Masri (Hrsg.): Der Aufstand, Wien 1989.
4 Erich Prader: Aufstand in Palästina, Wien 1989.
5 Lutz van Dick: Aufstand im Gelobten Land, Hamburg 1989.
6 Roswitha von Benda: "...dann werden die Steine schreien", München 1990.
7 Ivesa Lübben: Kinder der Steine, Hamburg

Verlorene Generation

Jugendliche Südafrikas

Gewalt erzeugt Gegengewalt! Die hoffnungslose Lage der Schwarzen in Südafrika hat dazu geführt, daß sich immer mehr Jugendliche am Kampf gegen das verhaßte Apartheidsystem beteiligen. Seit dem Schüleraufstand von SOWETO ist der Protest nicht mehr versiegt. Schülerkomitees und Jugendclubs haben sich gebildet, um mit allen Mitteln die Befreiung ihres Landes herbeizuführen.



Foto: Th. Nachtigall

„Ich wurde 1972 in Kwatemba township geboren - meinen Vater habe ich nie gesehen, weil die Ehe meiner Eltern in die Brüche ging. Meine Mutter war Hausangestellte. Sie hat kämpfen müssen, daß meine vier Brüder zur Schule gehen konnten, daß es Essen für sie gab und wir die Miete bezahlen konnten. Zur Zeit verkauft sie Äpfel und Gemüse und versucht so, wenigstens die Miete reinzukriegen."

Geodfrey, 17, erzählt uns lebhaft seine Geschichte. Bei unserem Treffen in einem kirchlichen Beratungsbüro in Johannesburg trägt er eine leichte Hose, ein Sweatshirt und kaputte Turnschuhe. Dabei ist es Winter in Südafrika und kaum wärmer als zehn Grad. Geodfrey friert, aber das scheint er gewohnt zu sein.

Wie all die Schwarzen, die ihr Leben lang in den winzigen Häusern oder elenden Slumhütten der townships, der schwarzen Ghettos leben müssen. Auf wenige Quadratmeter zusammengepfercht, umgeben von unzähligen weiteren Häusern, die zur besseren Überwachung in Reih und Glied entlang der ewig staubigen Straßen aufgestellt sind. Diese Straßen sind bevölkert mit tausenden anderen Schwarzen, die eilig unterwegs sind, um mit kleinen Jobs oder Geschäften ihr Überleben zu organisieren oder mit denen, die ziellos durch den roten Staub torkeln, weil sie den Kampf um ein wenig Menschenwürde aufgegeben haben. Wie alle schwarzen Frauen hat auch Geodfreys Mutter immer Geldsorgen. Selbst wer sich an Miet-, Bus- oder Verbraucherboykotts beteiligt, wie die zwei Millionen Schwarzen im South Western Township von Johannesburg, SOWETO, kann von den Hungerlöhnen, die Schwarze etwa als Hausangestellte erhalten, keine vielköpfige Familie ernähren: Eine Mark pro Stunde zahlen die weißen Herrschaften bei Preisen wie in der Bundesrepublik.

Dabei müssen schwarze Eltern auch für die Ausbildung ihrer Kinder zahlen: für Schulgeld, für Schuluniformen, für Lese- und Schreibmaterial. Geodfreys Mutter zahlte auch noch die Kosten für die technische Schule. *„Da mußte ich neben der normalen Schule hingehen, obwohl ich gar nicht wollte. Denn für die Lehrgänge bekam man nicht mal Zeugnisse. Und die Lehrer waren weiße Buren, die uns als 'domm'*[1] *beschimpften und uns mit ihren Gummiknüppeln, den Nilpferdpeitschen schlugen. Die schwarzen Lehrer an unserer Normalschule haben uns das nicht geglaubt. Die hatten selbst Angst, weil die technische Schule direkt neben einer Polizeistation lag ..."*

Diskriminierendes Erziehungssystem

Die offizielle Bildungspolitik im Apartheidsstaat hat sich seit der Zeit ihres Erfinders, des Ministers für Eingeborenenfragen Dr. Hendrik Verwoerd, nicht wesentlich verändert. 1954, bei Einführung des rassisch getrennten Erziehungssystems, beschrieb er die 'Bantu-Erziehung' für die Schwarzen: Der Unterricht in Afrikaans und Englisch solle ausreichen, damit *„sich das Bantukind in europäischen Kreisen verständigen, mündliche und schriftliche Befehle begreifen und einfache Konversation mit Europäern über seine Arbeit und andere Themen führen kann."* Denn: *„Es gibt für den Schwarzen keinen Platz in der europäischen Gesellschaft oberhalb bestimmter Formen von Arbeit."* Auch deshalb haben schwarze Schüler und Lehrer das für sie zuständige Erziehungsministerium, 'Department of Education and Training'[2] in 'Department of Enslavement and Terrorism'[3] umbenannt. Die weißen Herren dagegen werden bis heute anspruchsvoll erzogen. Die Regierung ließ sich im letzten Jahr die Ausbildung der Sprößlinge der Bevölkerungsminderheit (5 Millionen) fünf mal so viel kosten wie die der Kinder der schwarzen Mehrheit (25 Millionen). In weißen Gebieten unterrichtet ein weißer Lehrer 18

Schüler, in den townships steht der schwarze Lehrer vor 40 (in SOWETO sogar 50) Schülern. Die schlecht ausgebildeten LehrerInnen müssen 42 Stunden wöchentlich unterrichten. Viele Schulen sind baufällig, haben weder Strom noch sanitäre Einrichtungen, ganz zu schweigen von Bibliotheken. Darüber hinaus fehlen Plätze auch noch in der schlechtesten Schule. Allein in der Umgebung von Johannesburg konnten im letzten Jahr 13.000 Kinder nicht zur Schule gehen, in der Provinz Natal im Süden Südafrikas waren es 1,1 Millionen. Gleichzeitig wurden dort 192 Schulen für Weiße wegen des Rückgangs der Schülerzahlen geschlossen. Ein Reformprogramm der Regierung für eine bessere Ausbildung der Schwarzen wurde letztes Jahr gestoppt: Kein Geld, hatte der neue Präsident de Klerk argumentiert.

Aufstand der Jugend

Am 16. Juni 1976 gingen in SOWETO tausende Kinder und Jugendliche auf die Straße, um gegen die Einführung von Afrikaans, der Sprache der weißen Unterdrükker, als Unterrichtssprache zu demonstrieren. 700 wurden dabei von der Polizei brutal niedergeschossen. Seit diesem Schüleraufstand sind die Proteste nicht wieder abgerissen. Vor allem seit Mitte der 80er Jahre organisierten Schüler- und Studentenverbände immer wieder Demonstrationen gegen das rassistische Erziehungssystem. In allen townships boykottierten SchülerInnen die Schulen, schlossen sich zusammen, machten sich ihre eigenen Gedanken über eine neue 'Volkserziehung'. Immer mehr schwarze Jugendliche wurden Mitglieder im 'Congress of South African Students' (COSAS), nach dessen Verbot 1985 im 'South African Youth Congreß' (SAYCO) und damit auch in der 'United Democratic Front' (UDF), dem Dachverband von 700 oppositionellen Gruppen. Unter dem Ausnahmezustand wurde die UDF 'gebannt', d.h. faktisch verboten. Seit den Schüleraufständen mußten sich Kinder schon von klein auf an die Präsenz von Polizei und Spitzeln in ihren Stadtteilen, ja selbst in ihren Schulen und Klassenräumen gewöhnen.

Dennoch: In den Communities, den schwarzen Wohnvierteln, ging die Basisarbeit weiter. Zum Beispiel in der Sommer- und Winterschule des SOWETON-College, die von der evangelischen Kirche mitfinanziert wird. Je zwei Wochen lang gehen jeweils 50 SchülerInnen der neunten und zehnten Klasse samstags freiwillig ins College, um in Intensivkursen ihr Wissen aufzubessern. Dabei lernen sie unter Anleitung freiwilliger, unbezahlter Tutoren nicht nur Englisch oder Mathematik, sondern vor allem auch Selbstbewußtsein wie Betreuer Amos Cebukulu auf einer kleinen Abschlußfeier deutlich macht: *„Aus diesen Kursen werden Menschen hervorgehen, die, so hoffen wir, jedem Arbeitgeber ins Gesicht sagen: Ich HABE eine gute Ausbildung, verdammt noch mal! Ich WAR in der Schule und habe etwas GELERNT! Wir brauchen Menschen, die in der Lage sind, zu sagen: 'Bei meinem Leben: Unsere Community wird es schaffen!' und die sagen: 'Selbst wenn ich hungers sterben müßte, die Community steht an erster Stelle!' Langsam aber sicher kommen wir voran."*



Die Schüler haben nur einmal in der Woche Unterricht

Dabei fordert der Kampf der jungen Schwarzen große persönliche Opfer. 1984, mit zwölf, nimmt Geodfrey zum ersten Mal an Straßendemonstrationen teil, schreit *„Amandla" - „Der Kampf geht weiter"*. 1987, mit 15, beteiligt er sich zum ersten Mal an einem Unterrichtsboykott an seiner Schule, um damit gegen die Verhaftung einiger 'comrades', einiger Genossen, zu protestieren. Zum ersten Mal nimmt er Steine in die Hand, um damit Fenster der Schule einzuschmeißen. Nach einer dramatischen Verfolgungsjagd wird er verhaftet. Auf der Fahrt zur Polizeiwache zwingen ihn die Polizisten, ihre Schlagstöcke, die Nilpferdpeitschen, zu küssen. Später wird er gefoltert. *„Von elf Uhr morgens bis fünf Uhr nachmittags haben sie uns verhört und dabei ständig auf uns eingeschlagen. Dann steckten sie uns in eine schallisolierte Zelle und begannen von neuem uns zu prügeln. Danach versprühten sie Tränengas und verschlossen die Tür. Schließlich mußten wir 40 Namen von comrades unserer Schülerorganisation preisgeben... später konnten wir kaum unsere T-Shirts ausziehen. So stark haben wir geblutet! Wir konnten weder stehen noch sitzen, und wir hatten furchtbaren Durst."*

Geodfrey wird nach zwei Monaten aus dem Gefängnis entlassen. So wie er wandern tausende junger Menschen hinter Gitter. Und viele müssen noch Schlimmeres erleiden als er. Bennet war 17, als sie ihn vier Wochen lang abwechselnd kalter und heißer Luft aussetzten, solange, bis er kollabierte. Bei Sippho, 16, fanden sie den Schlüssel des UDF-Büros. - Dann hängten sie ihm einen mit Papier gefüllten Fahrradreifen um den Hals und zündeten ihn an. Und Swandile, 24, steckten die Folterer zusammen mit einer Katze in einen Sack, den sie dann unter Wasser hielten...

Gewalt erzeugt Gegengewalt

Neben dem Gefühl der Ohnmacht wächst bei den so Unterdrückten der Haß gegen das System der Apartheid. Neben dem Aufbegehren gegen soziale Not und persönliche Chancenlosigkeit wächst die vermeintliche Einsicht, es zähle nur das brutale Recht des Stärkeren. Allein in Johannesburg gehören 27.000 Jugendliche zu Jugendbanden, die in tägliche Auseinandersetzungen mit Schülern und Lehrern verwickelt sind. Lehrer entdecken Kinder mit Buschmessern im Unterricht, und Raubüberfälle, sogar Morde auf Schulgebieten sind keine Seltenheit.

Geodfrey und seine Genossen, die 'comrades', beschließen, nach ihrer Entlassung, gegen den schwarzen Lehrer vorzugehen, der sie an die Polizei verraten hat. Sie legen ihre 'action' auf den 16. Juni 1987, den 11. Jahrestag des Schüleraufstandes von SOWETO: *„Wir haben das Haus des Lehrers in Brand gesteckt und danach das einer schwarzen Frau, die Polizistin war. Am nächsten Tag haben wir Busse und Lastwagen angezündet. Wir waren so ungefähr acht Leute, keiner älter als sechzehn oder siebzehn. Dabei wollten wir uns nicht einfach an dem Lehrer rächen. Wir wollten ihm vielmehr zeigen, daß der Kampf des Volkes machtvoller ist, als er denkt."* So dreht die Spirale der Gewalt sich weiter. Es waren keine Menschen in den überfallenen Häu-

sern, aber das war Zufall. Geodfrey wird wieder gefaßt und mißhandelt. Wenig später läuft er von zu Hause weg; seitdem ist er untergetaucht: einer der unzähligen 'Brand- und Unruhestifter'.

Befreiungskämpfer an der Basis

Sie selbst nennen sich 'young lions', und ihren ersten Unterricht für den schwarzen Befreiungskampf erhielten sie von älteren Genossen im Gefängnis, oder Anfang der 80er Jahre in den 'streetcommittees' der townships. Diese Selbstverwaltungsorgane der Schwarzen gingen gegen Trunksucht und Diebstahl vor und organisierten Nachbarschaftshilfen, Transporte oder Müllbeseitigung. Aber die 'streetcommittees' wurden zerschlagen, denn sie schalteten die staatlich eingesetzte Verwaltung, die von verschwindend wenigen township-Bewohnern gewählten schwarzen Stadträte, aus. Die Mehrheit der Schwarzen sah in ihnen Kollaborateure und Informanten der weißen Regierung.

Daniel Kekana zum Beispiel spielte in der 'Civic Association', der Bürgervereinigung und später im Jugendclub von SOWETO eine wichtige Rolle. Deshalb wurde der 25jährige ermordet. *„Von Vigilantes"*, erzählen uns junge Aktivisten des Jugendclubs auf dem Begräbnis von Daniel. *„Vigilantes sind von der Polizei angeheuerte Banden"*, erklärt Sammy, *„es gibt viele von diesen Gangs hier in SOWETO, auch Jugendbanden: die 'Japanese', die 'Jetta', die 'Kabasas', die 'Big Seven'. Die überfallen Häuser, klauen Geld, rauben die Familien aus und benutzen dabei auch Gewehre oder Messer." „Wenn du Aktivist bist, dann kommen die Vigilantes in dein Haus"*, erzählt Alan, *„meistens nachts. Sie rufen deinen Namen und sagen, sie wären von der Polizei. Sie schlagen gegen die Tür. Vielleicht schläfst du gerade und deine Mutter öffnet, dann nehmen sie sich deine Mutter vor, bis sie ihnen sagt, wo du versteckt bist. Und dann nehmen sie dich mit, aufs Feld, und da foltern sie dich."*

Der Mord an Daniel Kekana ist am Tag seines Begräbnisses bereits gerächt. Zwei seiner Mörder sind tot. *„Ja, natürlich"*, sagt Alan, *"wir können über diese Rache nicht debattieren. Comrades haben diese Mission übernommen, Leute, die Daniel sehr nahe standen und wußten, daß er unschuldig war. Das ist eben so: Wenn ein Aktivist ermordet worden ist, dann muß er gerächt werden. In anderen Fällen haben wir die Häuser niedergebrannt, egal ob der Mörder drinnen war oder nicht. Und wenn zufällig seine Mutter im Haus ist, dann kann sie getötet werden. Dann sind wir außer uns vor Zorn; jeder in diesem Hause spiegelt das Gesicht des ermordeten comrades wider. Da kommen wir nicht raus, aus diesem Kreislauf der Gewalt."* Ein Kreislauf, in dem kriminelle Überfälle und politische Attentate sich kaum noch unterscheiden lassen. Genau das aber ist bezweckt: Staatliche Repression durch Stellvertreter, die dann offiziell als *„Gewalt Schwarzer gegen Schwarze"* abgehandelt wird. So ist in einer Regierungsbroschüre zu lesen: *„In vielen Fällen sind die sogenannten Kinderhelden in Wirklichkeit Terroristen, die an der barbarischen Brutalisierung ihrer Mitmenschen schuld sind. In ihrem 'gerechten Kampf' haben sie nicht gegen 'weiße Unterdrücker' gehandelt - so nennen das ihre Anführer - sondern haben Grausamkeiten als Schwarze gegen Schwarze begangen."*

Das ist nicht einmal falsch. Aber die Ursache für die unendliche Spirale von Gewalt und Gegengewalt liegt eindeutig in der Verantwortung des weißen Apartheidregimes, wie auch Alan und Sammy betonen: *„Wir befinden uns im Krieg, weil die Weißen uns den Krieg erklärt haben. Die weiße Regierung versorgt die Vigilanten mit Waffen. Die Polizei greift nicht ein, wenn die Banden ihre brutalen Aufträge ausführen - und das tun sie sehr gründlich! Aber wir Schwarzen müssen diesen Krieg gewinnen."* Die schwarzen Jugendlichen verstehen sich als Befreiungskämpfer an der Basis, in den townships. Und kaum einer dort kann sich der verhängnisvollen, explosiven Atmosphäre, der Gewalt im Alltag, entziehen. Es sei denn, die überraschenden Zugeständnisse Präsident de Klerks Anfang Februar - unter anderem die Aufhebung des Verbots des ANC und anderer Widerstandsorganisationen - geben den heranwachsenden Schwarzen endlich die Möglichkeit, sich politisch zu organisieren und legal zu agieren. Denn das ist es, was sie eigentlich wollen: die Verwirklichung der Freiheitscharta aus dem Jahre 1955 - ein demokratisches Südafrika mit gleichem Recht für alle Bürger unabhängig von der Farbe oder Rasse und die vollständige Abschaffung der Apartheid. Auf die bewunderten Führer des ANC, die bislang inhaftierten und die exilierten, setzen die Jugendlichen bis heute ihre Hoffnung. Der ANC soll mit der weißen Regierung ein neues Südafrika aushandeln, sagen Alan und Sammy. Geodfrey geht noch einen Schritt weiter. Er knüpft besonders hohe Erwartungen an sein großes Vorbild, den kompromißlosen Nelson Mandela. *„Der wird sich nach seiner Freilassung nicht bedingungslos an einen Tisch mit der Regierung setzen,"* meint er, *„wir sehen ihn eher als einen, der das Volk zu einer demokratischen Revolution führen wird, dem ersten Schritt zum Sozialismus."*

Der politische Kampf hat in Südafrika nach der Aufhebung des Verbots des ANC erst angefangen - die schwarze Jugend wird entscheidend mitwirken: jederzeit bereit, weiter Opfer zu bringen, ihre Familien zu verlassen, ihre Ausbildung aufzugeben, Angst und Schrecken neuer Verhaftungen und Folterungen zu riskieren. *„Es besteht kein Zweifel, daß die täglich erlittene und verübte Gewalt psychische Narben hinterlassen wird, die über Generationen zu spüren sein werden,"* heißt es in dem 'Bericht über die Unterdrückung' des Unterstützungskomitees der Eltern von Häftlingen, und weiter steht dort: *„Kinder schätzen die Befreiung des Volkes höher ein als ihr eigenes Leben. Dies sind die Erwachsenen von morgen." „Der Kampf ist mein Leben"*, sagt denn auch Geodfrey und antwortet auf die Frage, was er einmal werden will: *„Anwalt, ein Anwalt, der das ganze Volk vertritt."* Aber nach der Befreiung will er erst einmal zur Schule gehen.

Birgit Morgenrath, Thomas Nachtigall



Anmerkungen:
1 domm: burisches Wort für dumm.
2 Ministerium für Bildung und Berufsausbildung
3 Ministerium für Versklavung und Terrorismus

Musik ist auch Protest

Rai in Algerien und Paris

Egal ob Punk in Mexico oder bei uns, der Rock in Chile oder der Rai in Algerien: Musik ist ein beliebtes Mittel der Jugend, ihrer Kritik und ihrem Unmut an der Gesellschaft Luft zu machen. Die Texte geben die Frustration und die Wut der Jugend wieder, fordern Veränderungen - erzeugen Hoffnung. Vor allem dann, wenn internationaler Erfolg nicht ausbleibt, wie beim Rai.



Junge Nordafrikaner in Paris — Foto: Vogler/WOZ

Rai, das ist nicht nur sich ausleben wollen, amüsieren und bewegen. Rai, das ist auch Auflehnung gegen den alltäglichen Druck einer verknöcherten, an islamischen Traditionen festhaltenden Gesellschaft. Moralische Grundregeln, wie das Verbot des vorehelichen Geschlechtsverkehrs, sind nicht zu erschüttern. Sie nehmen der Jugend aber jegliche Hoffnung auf Veränderung und auf eine selbstgewählte Lebensform im eigenen Land.

Die lähmende Moral, Versuche der Regierung, das offene Bildungssystem in Ausbildungsstätten für eine reiche technokratische Elite umzuwandeln, der inzwischen offen zur Schau getragene Reichtum und die Unmöglichkeit, mit dem Examen in der Tasche eine Arbeit zu finden, verdeutlichen die erdrückende Situation der algerischen Jugend. Ihr Unmut hat sich im letzten Jahrzehnt verstärkt und war bereits mehrfach Ausgangspunkt von Unruhen.

Der Rai hat sich den Protest der Jugend zu eigen gemacht. Öffentlich kreidet er die Mißstände an, mit denen sich die Jugend nicht mehr abfinden will: "*Wir werden jeden Tag erdrückt; es gibt welche, die haben Beziehungen und welche, die haben sie nicht. Ich gehöre zu den Letzteren.*

Dabei war der Rai ursprünglich alles andere als sozialkritisch. Traditionell ist der Rai die Musik der Nomaden aus der Gegend um die Hafenstadt Oran im Norden Algeriens. Trommeln und Flöten sowie kehlige arabische Gesänge mit der Melancholie des Maghreb waren typisch. Mit ihren Wanderungen brachten die Hirten ihre Musik in die Städte. In Oran, dem Schmelztigel verschiedener Mittelmeerkulturen, entwickelte sich der Rai weiter. Anfänglich wurde er bei Hochzeiten und Beschneidungsfesten von reinen Frauenorchestern gespielt, die sich oftmals aus ehemaligen Prostituierten zusammensetzten, aber auch in den Bordellen und Nachtclubs selbst. Obwohl geduldet, brachte diese Entwicklung den Rai bereits sehr früh in Mißkredit bei den religiösen und politischen Machthabern, die in seinen obszönen Texten einen Angriff auf die moralische Grundordnung sahen.

Für die algerische Jugend, die sich stark an westlichem Pop und Rock orientierte, wurde der Rai erst interessant, als immer mehr junge Rai-Sänger mit elektrischen Instrumenten zu experimentieren begannen. Bis dahin eng an die alten Traditionen gebunden, greift er seit den 80er Jahren in der Variante des Pop-Rai gerade diese veraltete Ordnung an. Seine Texte handeln von der Verzweiflung der jungen Menschen, von Liebe und Sex, von Alkohol, um zu vergessen und der Sehnsucht nach einem Auto, um auszubrechen.

Auch die jungen Frauen greifen immer mehr zum Rai als Mittel, ihre Wünsche nach Empanzipation der männlich dominanten Gesellschaft ins Gesicht zu schreien.

Mit ihren Liedern dringt die Wut einer bis

dahin an den Rand gedrängten Generation auch in die Ohren der Verantwortlichen. Jahrzehntelang waren Rai-Konzerte verboten, wurden Lieder zensiert. Erst vor kurzem wurde der Rai von offizieller Seite anerkannt. Ausschlaggebend war offensichtlich der Ventilcharakter, den die Musik für die Jugend besitzt. Die im Sommer '85 erstmals zugelassenen Rai-Konzerte bedeuteten sicher nicht das Aufweichen der starren Strukturen. Vielmehr sollte der Rai dazu benutzt werden, das Unruhepotential der Jugend aufzufangen und sie gegen ausländische kulturelle Einflüsse zu verteidigen.
Trotz der offiziellen Zugeständnisse kämpft der Rai in Algerien weiterhin um gesellschaftliche Anerkennung. *"Plump und vulgär"*, *"ein Zeichen der schlechten sozialen Herkunft"* sind die Charakteristika, mit denen der Rai, seine Interpreten-die Chebs und die jugendlichen Fans noch häufig in Verbindung gebracht werden.
Die Stigmatisierung verhindert allerdings nicht, daß sich die algerische Jugend mit ihren Idolen und den von ihnen verkündeten Freiheitsidealen identifiziert. *"Gib mir meine Papiere und laß' mich fortgehen, Kommissar"*, fordert Cheb Khaled, der König des Rai, in einem seiner Texte, wovon viele junge AlgerierInnen träumen: von der Emigration nach Frankreich, um die ersehnte Freiheit zu verwirklichen.

Der Rai in Paris

Das Leben um die Metrostation Barbès-Rouchechouart gleicht eher dem einer nordafrikanischen als dem einer europäischen Metropole. Aus den zahlreichen Plattenläden dringen arabische Klänge. An den Ecken stehen Jugendliche mit ihren Ghettoblastern, tanzen und klatschen zu den klagenden Tönen des Rai. Während der Rai in Algerien noch von der Annäherung an die europäischen Freiheiten träumt, treten im Rai von Barbès und den anderen Pariser Araberviertelnn die existentiellen Probleme einer ungeliebten arabischen Minderheit in den Vordergrund. Arbeitslosigkeit, Isolation und Rassismus haben die Träume der jungen AraberInnen längst zunichte gemacht. Die Lieder von Cheb Kader, einem weiteren bekannten Interpreten, handeln von den Träumen der Jugend. In „Rani Bghit Bladi" erzählt er von einem jungen Algerier, der voller Illusionen nach Frankreich kommt und an Stelle der erhofften Jobs nur die graue Realität der Vorstädte erlebt - trotzdem harrt er aus, um in der Heimat nicht als Versager dazustehen.
Für die "Beurs", wie sich die arabische Jugend zweiter Generation selbst nennt, ist Kader Symbol- und Identifikationsfigur gleichermaßen. Selbst in Oran geboren, emigrierte er 1976 nach Frankreich. Er ist nicht nur einer von ihnen, er ist auch erfolgreich.
Der internationale Durchbruch des Pop-Rai, der Musik der sonst so ungeliebten GastarbeiterInnen, schafft neuen Mut und Selbstvertrauen.

dh

"Die Stimme der Achtziger"

Los Prisioneros ist die gegenwärtig populärste Rockgruppe in Chile. Ihr Lied "La Voce de las Ochentas" ist die Hymne der chilenischen Jugend. Wie alle Lieder, die Jugendliche auffordern mehr Selbstbewußtsein zu entwickeln, hat es wenig Chancen, in den offiziellen Radiosendern übertragen zu werden. Aber dort, wo sich die Jugend trifft, hört man es überall.

Vergiß die 70er Jahre Mensch.
Da war doch überhaupt nichts los.
Damals haben die Jugendlichen zwar groß rumgetönt,
aber nicht mal für eine Sekunde irgendeinen überzeugt
mit ihren Phrasen von Verständnis, Liebe und Frieden.
Vergiß das Mensch.
Mach Dich auf, folg Deinem Gefühl.
Mach Dir klar, daß Du jetzt lebst.
Denn hier kommt die Power,
die Stimme der 80er Jahre.

Etwas großes geht ab in diesen Jahren.
Die Hippies, die Punks, die hatten ihre Chance.
In den Klauen des Kommerz
sind ihre guten Absichten gestorben.
In diesem Klassikzeitalter werden wir es sein,
die den Wandel herbeiführen.
Gib Dich nicht damit zufrieden, zuzuschauen.
Du bis der Hauptdarsteller,
Du hast die Kraft.
Denn hier kommt die Power,
die Stimme der 80er Jahre.

Text: Los Prisioneros

Die Nacht der Bleistifte

Die Welt der Erwachsenen müsse verändert werden, beschließt der 15-jährige Horacio. Mit dieser Losung im Kopf tritt er der linksperonistischen "Union der Oberschüler" (UES) bei, die 1973 wiedergegründet wird und die nicht nur schulinterne Interessen verfolgt, sondern sich auch als Opposition gegen den Rechtsruck in Argentinien versteht. Neben Horacio gehören der UES auch Claudio, MaríaClara, MaríaClaudia, Pablo, Francisco und Daniel an - sieben Jugendliche, die "unter dem Joch der Diktatur" für soziale Gerechtigkeit kämpfen. MaríaSeoane und Héctor Ruis Núnez, die Autoren von "Die Nacht der Bleistifte" schildern den Weg der sieben Jugendlichen, der hoffnungsvoll beginnt und in den geheimen Folterkellern der Militärjunta endet.
Es fängt alles ganz harmlos an: Delegierte von verschiedenen Schulen treffen sich, um darüber zu beraten, wie sie die verbilligte Schülerfahrkarte an allen Schulen durchsetzen können. Durch eine großangelegte Demonstration erreichen sie ihr Ziel. Euphorie und Zuversicht breiten sich aus. Viele Schüler machen weiter, darunter auch die Mitglieder der UES. Sie wollen die Wiedereröffnung der Schülerzentren und die Abschaffung der Schuluniform. Bald verschlechtert sich die Stimmung, Bespitzelungen und Verhaftungen nehmen zu, die AAA (=Argentinische Antikommunistische Allianz) wütet in den Straßen. Am 29.3.76 tritt Videla die Präsidentschaft an; aus den Radios tönt es, daß "Ruhe und Ordnung" wiederhergestellt werden. Die politische Arbeit der sieben Jugendlichen wird immer schwieriger. Sie treffen sich dennoch, aber nur noch in kleinen Gruppen. Im Juni 1976 wird die ermäßigte Schülerkarte eingeschränkt. Es ist zu befürchten, daß sie ganz abgeschafft wird. Vielleicht ist es auch nur eine Falle der Militärs, um endlich alle aktiven Schüler verhaften zu können. Die UES versucht noch einmal, die Oberschüler zu mobilisieren. In nächtlichen Sprühaktionen machen sie auf die Notwendigkeit des Kampfes aufmerksam. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie - die sieben Jugendlichen - verhaftet werden. Irgendwann hören die Treffen auf, kaum einer von ihnen wohnt noch bei den Eltern. Im September 1976 ist es dann soweit: die Operation "Nacht der Bleistifte" wird durchgeführt. Nachts holen die Militärs die Jugendlichen aus ihren Betten, verladen sie auf Lastwagen und verschleppen sie ins "Loch von Banfield", wo sie auf's grausamste mißhandelt werden.
Verzweifelte Eltern versuchen vergeblich herauszufinden, was mit ihren Kindern passiert ist. Sieben Verschwundene mehr, von denen niemand etwas erfahren hätte, wäre da nicht Pablo Díaz, der plötzlich wieder auftaucht. Bis heute weiß Pablo nicht, warum gerade er freigelassen wurde. 1985 packt er aus, erstattet Anzeige und erzählt dem Gericht von den Verbrechen der Militärjunta im "Loch von Banfield".
Das Buch "Die Nacht der Bleistifte" ist spannend zu lesen, trotz der Zahlen, Fakten und Daten der argentinischen Geschichte, die eingangs den Leseeinstieg erschweren, aber dennoch notwendig sind.

ck

María Seoane & Héctor Ruis Núñez: Die Nacht der Bleistifte. Stuttgart 1989, Schmetterling Verlag.

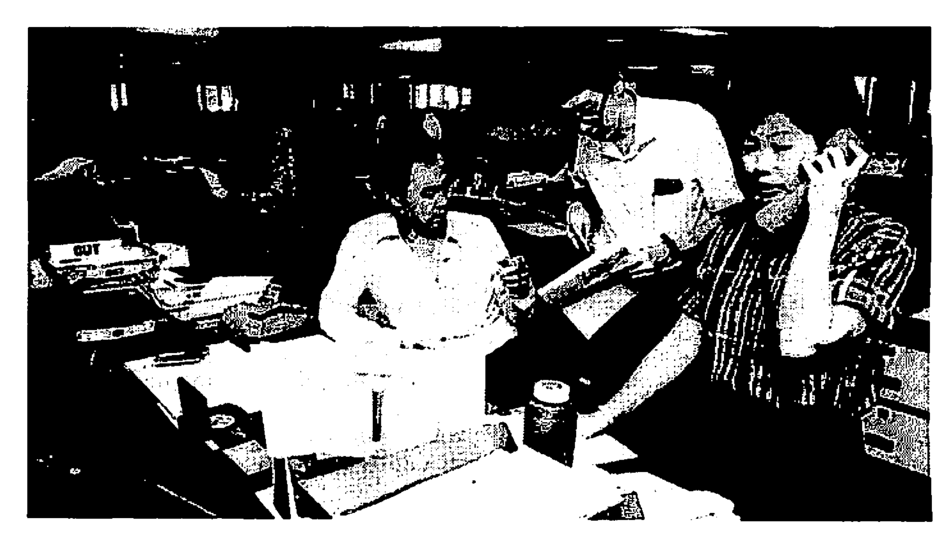
Ruhe ist die erste Journalistenpflicht

Die Presse in Singapur

Als Sir Thomas Stanford Raffles 1819 Singapur von dem lokalen malaiischen Sultan erwarb, war die sumpfige Insel nur von chinesischen Piraten als idealer Standort entdeckt worden. Heute wird das knapp 600 Quadratkilometer kleine Land von zahllosen internationalen Unternehmen als idealer Handels- und Finanzplatz geschätzt. An der Börse von Singapur werden täglich 45 Mrd. Dollar umgesetzt, eine Summe die in Asien nur noch von Tokio übertroffen wird. Die Rückgabe Hongkongs an China wird die dominierende Rolle Singapurs als Handels- und Finanzzentrum Ostasiens noch verstärken. Eine wichtige Voraussetzung für diese Funktion und für den Wohlstand des kleinen Inselstaates sind „Ruhe und Ordnung". Die Regierung Singapurs tritt deshalb schon den geringsten Anzeichen von Unruhe konsequent entgegen und verhindert alles, was das Florieren der Wirtschaft und das Vertrauen der internationalen Handels- und Finanzwelt irgenwie beeinträchtigen könnte. Die Abhängigkeit von den beiden großen Nachbarn Malaysia und Indonesien läßt es den Regierenden in Singapur zudem geraten erscheinen, kritische Stimmen zu den Menschenrechtsverletzungen in diesen beiden Staaten nicht zu Wort kommen zu lassen. So sind es vor allem die Rücksicht auf nationale und internationale Finanzinteressen, die Singapur zu dem gemacht haben, was es ist. Sauberkeit und geringe Kriminalität werden ebenso geschätzt wie modernste Kommunikationseinrichtungen und eine hochmoderne Fluggesellschaft. Demonstrationen kommen selten vor, und werden dann von der lokalen Presse auf Druck der Regierung totgeschwiegen. Ein ausgefeiltes System von Gesetzen und Verordnungen sorgt dafür, daß Ordnung in der Presse herrscht und nicht jeder das berichtet, was er gerade für berichtenswert hält. Singapur hat in den letzten Jahrzehnten eine beachtliche Liste von verbotenen Zeitungen und verhafteten und ausgewiesenen Journalisten aufzuweisen. Die „Eastern Sun" ging unter, weil sie angeblich die Interessen eines anderen Landes vertrat, eine chinesisch-sprachige Zeitung propagierte angeblich den Kommunismus und der Herausgeber einer malaiischen Zeitung wurde als angeblicher Kommunist festgenommen. 1985 beschrieb ein führender Minister das herrschende Verständnis von Pressefreiheit so: „Wir können nicht zwei Kräfte (Regierung und Presse) haben, die versuchen, die Öffentlichkeit in unterschiedlichen Richtungen zu beeinflussen. Wenn sie (die Journalisten) meinen, sie hätten die besseren Auffassungen, sollten sie sich bei den Wahlen aufstellen lassen." Statt oppositioneller Haltungen wird von den Journalisten erwartet, Regierungskampagnen für Sauberkeit, Gesundheit, Bildung usw. mit ihren Medien aktiv zu unterstützen. Wirtschaftlicher Liberalismus führt nicht zu politischen Freiheiten, sondern bedingt unter den spezifischen Bedingungen eines Dritte-Welt-Finanzzentrums fast schon eine rigorose Innen- und Medienpolitik. Und doch ist die singapurische Variante der „guided press" nicht nur wirtschaftlich und in den Machtinteressen der gegenwärtigen Führung begründet, sondern hängt auch mit der delikaten Bevölkerungskonstellation und den unterschiedlichen kulturellen Werten zusammen. 76 % der Bewohner Singapurs sind Chinesen, 15 % Malaien, 6,5 % Inder und 2,5 % entstammen anderen Völkern. Latente Spannungen unter den Bevölkerungsgruppen veranlassen die Regierung, jede Berichterstattung zu untersagen, die diese Spannungen verschärfen könnte. Zugleich gibt es besonders in der chinesischen Bevölkerungsmehrheit Tendenzen, die eigene kulturelle Identität zu stärken und sie prägend für den kleinen Staat zu machen. Die Abwehr einer kulturellen Überfremdung, vor allem durch ausländische Filme und Werbung, birgt so die Gefahr in sich, die Konflikte unter den Bewohnern Singapurs zu verstärken und eventuell noch rigorosere Formen der staatlichen Kontrolle des politischen und gesellschaftlichen Lebens heraufzubeschwören.

Vom unnatürlichen Tod einer Zeitung

Der „Singapore-Herald" galt Anfang der 70er Jahre als regierungskritische Zeitung, was nicht mehr besagt, als daß er gelegentlich über Mißstände berichtete und nicht immer vorher bei den zuständigen Stellen anfragte, was berichtenswürdig sei und was nicht. Eine erste Warnung, daß ein solches Verständnis von Journalismus in Singapur



nicht erwünscht war, war der Ausschluß seiner Redakteure von Pressekonferenzen der Regierung. Es folgte der Entzug von Anzeigen durch alle staatlichen Stellen. Als dies immer noch nicht zu Wohlverhalten führte, kündigten Regierungsstellen, Parlamentsabgeordnete und Schulen massenweise ihre Abonnements. Spätestens jetzt hätten die meisten Zeitungsverleger der Welt die Signale verstanden und sich den Verhältnissen angepaßt. Sicher auch zum Erstaunen der Regierung geschah eben dies nicht. Der „Herald" blieb bei seiner unabhängigen Berichterstattung. Unter massivem staatlichen Druck war man im Februar 1971 nun bereit, den Herausgeber der Zeitung abzuberufen. Im Mai 1971 entschloß sich die Regierung zu einer neuen Maßnahme. Allen ausländischen Mitarbeitern der Zeitung wurde die Aufenthaltsgenehmigung entzogen und sie mußten binnen 48 Stunden das Land verlassen. Schließlich wurden die Banken aufgefordert, ihre Kredite zurückzuziehen. Das zeigte Wirkung, und die Zeitung geriet an den Rand des finanziellen Ruins. Dieser Versuch, die Zeitung mit finanziellen Mitteln in die Knie zu zwingen, wurde mit der Spendenkampagne „Save the Herald" beantwortet. Die Regierung wartete den absehbaren Erfolg dieser Initiative zur Wahrung der Pressefreiheit allerdings gar nicht erst ab, sondern entzog der Zeitung letztendlich die Lizenz. Nach dem Pressegesetz von Singapur ist dies jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Das Vorgehen der Regierung gegen den „Herald" ist charakteristisch dafür, daß der singapurische Stil des Umgangs mit abweichenden Meinungen weniger brutal ist als der in vielen Diktaturen, daß man aber mit aller Konsequenz gegen jene vorgeht, die sich den „Spielregeln" des Inselstaates nicht anpassen wollen. Die Zeitungsverleger und -herausgeber in Singapur haben die Lektion „Herald" gelernt. Es dauerte Jahre, bis sich die Zeitungen trauten, wieder zu berichten, was den Regierenden unangenehm sein könnte. Für die Journalisten aber galt und gilt, daß es sich sehr viel angenehmer in Singapur lebt, wenn man gar nicht erst etwas schreibt, was Mißfallen erregen könnte. So herrschen Ruhe und Harmonie in den Massenmedien Singapurs.

Wenn Auslandskorrespondenten eine Meinung haben

Aus der Sicht der singapurischen Regierung besteht das Hauptproblem darin, daß die internationale Presse sich nicht an ihren Vorstellungen von den Aufgaben der Presse orientiert und gelegentlich auch Kritisches aus dem Inselstaat berichtet. Besonders die „Far Eastern Economic Review" (FEER) mit Sitz in Hongkong ist den Regierenden ein Dorn im Auge. Das kommt z.B. in langen Leserbriefen führender Politiker Singapurs in der Zeitschrift zum Ausdruck, in denen in harscher Sprache alle Kritik und die Berechtigung zu ihr zurückgewiesen werden. Oft sind diese Briefe enthüllender als die eigentlichen Artikel, denn sie zeigen ein Verständnis vom Staat und von der Presse, an dem Konfuzius seine Freude gehabt hätte. Da der Berichterstattung der angesehenen „Far Eastern Economic Review" nicht beizukommen war, wies man innerhalb von zehn Jahren ein halbes Dutzend ihrer Korrespondenten aus. Trotzdem berichtete die Zeitschrift weiter über die politischen und sozialen Verhältnisse des Inselstaates. 1988 entschloß sich die Regierung, wenigstens die Verbreitung dieser Zeitschrift in Singapur selbst weitgehend zu unterbinden. Waren bis dahin 10.000 Exemplare verkauft worden, so sollte der Import nun auf 500 Exemplare reduziert werden, und die sollten von einer staatlich kontrollierten Pressevertriebsstelle zugeteilt werden. Die FEER lehnte dankend ab und verzichtete vorübergehend ganz auf den Verkauf in Singapur.
Anlaß für die Restriktionen gegen die Zeitschrift war ein Artikel über die Verhaftung von 10 katholischen Laienmitarbeitern, denen die Regierung vorwarf, an einer kommunistischen Konspiration beteiligt zu sein. Premierminister Lee Kuan Yew verklagte außerdem die FEER, weil sie in dem Beitrag über Spannungen zwischen Regierung und katholischer Kirche falsch berichtet und seinen Ruf geschädigt hätte. Was folgte, war der spektakulärste Prozeß in der



Geschichte Singapurs mit dem Premierminister als Hauptdarsteller. Seine Aussage vor Gericht zog sich über fünf Tage hin. Sein Versuch zu beweisen, daß es keine Spannungen zwischen Kirche und Staat gäbe, wurde bald nach dem Prozeß ad absurdum geführt, als die Regierung im Parlament einen Gesetzesentwurf einbrachte, der es Kirchen und Religionsgemeinschaften verbieten soll, sich zu politischen Fragen des Landes zu äußern. Verstöße sollen mit mindestens zwei Jahren Gefängnis geahndet werden. Vorbeugend soll die Regierung die Möglichkeit haben, einzelnen Personen ein Sprechverbot in Kirchen und bei kirchlichen Versammlungen zu erteilen.
Vor Gericht wurde Lee allerdings nicht müde, die Offenheit seiner Regierung zu betonen und alle Vorwürfe zurückzuweisen, man wolle die Presse oder die öffentliche Diskussion einschränken. Auch habe er nichts gegen die christlichen Kirchen und andere Religionsgemeinschaften, denn an einen Gott zu glauben sei auf jeden Fall besser als der Glaube an den gottlosen Kommunismus. Lees Versuch der Imageaufbesserung war wohl nicht nur an die Adresse



Premierminister Lee Kuan Yew

der internationalen Öffentlichkeit gerichtet, sondern auch an die eigene Bevölkerung, hatte doch kurz vorher die „Neue Zürcher Zeitung" diagnostiziert, daß im zurückliegenden Jahr wegen der starken Bevormundung durch den Staat und der eingeschränkten politischen und wirtschaftlichen Freiheiten 5.000 Bürger das Land verlassen hatten. Vermochte Lee in dem Prozeß die internationalen Medien zwar nicht zu überzeugen, daß Singapur ein Hort der Freiheit ist, so gewann er doch wenigstens den Prozeß, und die FEER wurde verurteilt, 120.000 Dollar Entschädigung an den Premierminister zu zahlen. Der Herausgeber legte Revision ein, so daß der nächste spektakuläre Prozeß ansteht. Schon während des ersten Verfahrens hatte die FEER einen außergerichtlichen Vergleich abgelehnt. Sollte sie letztinstanzlich verurteilt werden, wäre die Strafe für das erfolgreiche Wirtschaftsmagazin ohne große Mühe zu tragen, und daß Lee einen Prozeß vor einem Gericht des von ihm beherrschten Landes gewonnen hätte, wäre ein so großer Triumph denn auch wieder nicht.
Auch die Nachrichtenmagazine „Time", die Wirtschaftszeitung „Asian Wall Street Journal" mußten erleben, daß eine unabhängige Berichterstattung mit einer Einschränkung des Verkaufs auf einen Bruchteil der bis dahin nach Singapur gelieferten Exemplare beantwortet wurde. Solche Verkaufsbeschränkungen sind legal, denn der „Undesirable Publications Act" erlaubt das Einfuhrverbot für Publikationen, die Sex und Gewalt propagieren oder religiöse oder rassische Konflikte schaffen können. Der 1986 verabschiedete „Newspaper and Printing Presses Act" erlaubt es dem Informationsminister, die Auflage ausländischer Druckerzeugnisse einzuschränken, wenn er zu der Auffassung kommt, diese würden sich „in innenpolitische Fragen

Singapurs einmischen". „Asiaweek" konnte eine Wiederzulassung erreichen, indem die Zeitschrift sich verpflichtete, daß künftig weder „die persönliche Meinung noch das Werturteil des Korrespondenten die Berichterstattung über Singapur färben wird". Die anderen von der Zensur betroffenen Printmedien mißbilligten die Bereitschaft von „Asiaweek", solche Konzessionen in der Berichterstattung zu machen. Während die stärkere Beschränkung ausländischer Medien von offizieller Seite in den Rahmen einer Kampage gegen „geistige Verschmutzung" gestellt wurde, machen gerade die von „Asiaweek" geforderten schriftlichen Zusagen deutlich, daß es tatsächlich um die Einschränkung der freien Meinungsäußerung geht. Um „Einmischungen" schon vorab zu verhindern, wird manchen Journalisten gar nicht erst die Einreise nach Singapur gestattet, oder sie werden ohne Angabe von Gründen aufgefordert, das Land zu verlassen. Das „Internationale Presseinstitut" mit Sitz in der Schweiz schreibt in seinem Jahresbericht 1988: „Der Inselstaat Singapur verhält sich weiterhin feindlich gegenüber ausländischen Journalisten."

Zeitungen als Partner der Regierung

Die Massenmedien in Singapur sollen nach dem Verständnis der Regierung einen aktiven Beitrag zum Aufbau und Wohlergehen des Landes leisten. Sie sollen also die Maßnahmen der Regierung propagieren und nicht kritisch analysieren. Auf der anderen Seite soll die Presse mehr tun, als Regierungserklärungen einfach abzudrucken. Ein hoher professioneller Standard des Journalismus ist erwünscht — mit Ausnahme kritischer Analysen sensibler Fragen. Zu einem internationalen Wirtschaftszentrum gehört auch eine niveauvolle Presse, und die zu liefern wird von den Verlagshäusern des Landes erwartet. So werden die Zeitungen z.B. aufgefordert, mehr Auslandskorrespondenten zu entsenden, um ihre internationale Berichterstattung zu verbessern. Singapur ist also auch in der Frage des Umgangs mit der Presse vielen anderen Dritte-Welt-Ländern deutlich voraus. Staatlich geduldete Schlägertrupps oder Bombenleger, die in manchen anderen Ländern für eine regierungskonforme Presse sorgen, passen nicht in das Bild eines modernen, aufstrebenden Singapur, ebensowenig Zeitungen, die so spannend zu lesen sind wie das „Neue Deutschland" zu SED-Zeiten, weil sie vom Pressseamt der Regierung mitgeschrieben sind. Zum perfektionistischen Stil des Wirtschaftswunderlandes Singapur paßt nur eine gut lesbare, informative Presse, weltoffen und loyal zu den Herrschenden des Landes. Wie auf anderen Gebieten auch könnte Singapur hier Schule in der Dritten Welt machen.

Allerdings sind die Widersprüche in diesem Medienverständnis unübersehbar. Ein guter Journalist ist eben auch ein kritischer Journalist. Der Zähigkeit, mit der die Regierung ihr Verständnis von Presse durchsetzen möchte, stand und steht immer wieder die Zähigkeit couragierter Journalisten gegenüber, die Wahrheit an den Tag und in die Zeitungsspalten zu bringen. Je perfekter das singapurische System der Medienkontrolle wird, desto schwieriger werden allerdings die Arbeitsbedingungen solcher Journalisten. Das Beispiel Singapur belegt, daß die Pressefreiheit in Zukunft immer stärker durch subtile Formen der Kontrolle bedroht sein wird und weniger durch offene Formen der Zensur und Repression. Eigentlich sinnvolle Maßnahmen der Pressegesetzgebung gewinnen im Rahmen solcher Konzepte fatale Dimensionen. Wenn es in Singapur untersagt ist, mehr als 3 % der Anteile eines Medienunternehmens zu besitzen, so erscheint dies als begrüßenswerte Initiative gegen die Pressekonzentration. Diese Bestimmung führt aber (wie gewünscht) auch dazu, daß die vereinzelten Kapitaleigner leichter unter Druck zu setzen sind, die Lizenz der Zeitung nicht durch eine unbotmäßige Berichterstattung aufs Spiel zu setzen. Wenn ausländische Kapitalbeteiligungen an Medienunternehmen eingeschränkt werden, ist dies ein Schutz gegen die Überfremdung, aber ein (gewünschter) Nebenaspekt ist, daß man einheimische Kapitaleigner leichter beeinflussen kann, die Zeitung auf dem gewünschten Kurs zu halten.

Die Einschränkungen der freien Berichterstattung in und über Singapur werden von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet. Zu den Ausnahmen gehört der „Ökumenische Rat der Kirchen" (ÖRK). Nach der erwähnten Ausweisung der „Christlichen Konferenz von Asien" aus Singapur protestierte der ÖRK nicht nur hiergegen, sondern beschäftigte sich auch mit der Menschenrechtssituation in Singapur. In einem Beschluß vom August 1988 empfahl der Zentralausschuß des ÖRK den Kirchen einzelne Boykottmaßnahmen gegen Singapur, solange nicht alle akkreditierten Delegierten an Konferenzen teilnehmen könnten und die Pressefreiheit nicht gewährleistet sei. Kirchen und kirchliche Einrichtungen in verschiedenen Teilen der Welt sind dieser Aufforderung des ÖRK nachgekommen und haben die Regierung Singapurs entsprechend informiert. Für sich genommen wird dies keine grundlegenden Veränderungen der Pressesituation in Singapur bewirken. Immerhin ist festzustellen, daß die Regierung Singapurs stärker als die meisten anderen Regierungen der Welt auf die internationale Reputation des Landes bedacht ist und im weiteren Umgang mit der Presse sicher berücksichtigen wird, welche internationalen Reaktionen zu erwarten sind. Die Entlassung verschiedener Oppositioneller aus dem Gefängnis kann als Zeichen dafür gewertet werden, daß Singapur sich gegenwärtig um die Lösung von Menschenrechtsproblemen bemüht.

Frank Kürschner-Pelkmann
Medienreferent des Evangelischen Missionswerks Hamburg

Entwicklungstheoretische Suchbewegungen

Um **Alternativen zur orthodoxen Politik der Strukturanpassung von IWF und Weltbank** ging es auf einem Seminar, das von der Redaktion des Informationsbriefes 'Weltwirtschaft & Entwicklung' **vom 2.-4. März 1990 in Bonn** veranstaltet wurde.

Eingeladen waren eine Vielzahl bekannter ReferentInnen, die in kurzen prägnanten Vorträgen (bei einigen wären Stenokenntnisse von Vorteil gewesen) verschiedene Konzeptionen vortrugen. Basis des Seminars war der von der Economic Commission for Africa der UN (ECA) erarbeitete 'African Alternative Framework to Structural Adjustment Programmes for Socio-Economic Recovery and Transformation'(AAF), der im Eingangsreferat von Prof. Nana-Sinkam, einem Vertreter der ECA vorgestellt wurde. Die von der ECA entwickelte Konzeption eines 'Adjustment with transformation' gilt als afrikanische Alternative zur orthodoxen Anpassungspolitik, die von der ECA aus theoretischen wie empirischen Gründen für ungeeignet gehalten wird, die afrikanische Krise zu lösen.

Die ECA möchte mit ihrer Studie einen Dialog mit IWF/Weltbank einleiten, damit diese den AAF als Grundlage für die Strukturanpassung in Afrika anerkennen.

Der AAF stellt nach Aussage von Nana-Sinkam kein Programm dar, sondern soll als ein Rahmen verstanden werden, innerhalb dessen jedes Land sein Konzept verwirklichen soll. Der „framework" versteht sich als ganzheitlicher Ansatz, der die Gesamtheit der in afrikanischen Gesellschaften relevanten Entwicklungsfaktoren, nicht nur die monetären, zu berücksichtigten versucht. Die wichtigsten, in sehr verkürzter Weise aufgeführten, Elemente des AAF sind(1):

Stärkung der internen Entwicklungskräfte; verstärkte Förderung der ländlichen Gebiete, als wichtigster Quelle der Produktivität, Reservierung von 20-25% der Staatsausgaben für die Landwirtschaft, Abbau der überdurchschnittlichen Militärausgaben;

Unterordnung des Ausgleichs finanzieller Ungleichgewichte unter soziale und wirtschaftliche Entwicklungsprioritäten; keine Trennung von Wachstum und Stabilität im Anpassungsprozeß;

umfassende Demokratisierung der afrikanischen Gesellschaften; größere Beteiligung der Massen an den politischen Entscheidungsprozessen; Verwirklichung der Grundrechte und individuellen Freiheiten als Voraussetzung für Partizipation.

Nana-Sinkam räumte ein, daß die Verwirklichung, insbesondere des letzten Punktes, auf erhebliche interne Widerstände treffen wird. Stärksten Widerspruch rief seine Aussage hervor, daß der EG-Binnenmarkt sich positiv für Afrika auswirken wird. Die Diskussion zeigte, daß er die Wirkung eher indirekt sieht, indem der Binnenmarkt zu einer Beschleunigung afrikanischer Einigungsbemühungen beitragen könnte, wenn die Länder ökonomisch nicht untergehen wollen.

Konrad Melchers erläuterte in seinem Vortrag den Politikprozeß des Krisenmanagements in Afrika. Seit 1980, beginnend mit dem Lagos-Plan, gibt es eine stetige Abfolge afrikanischer Vorschläge und entsprechender Gegenantworten der Weltbank in Form der WB-Berichte über Afrika. Dabei ist seiner Meinung nach tendentiell eine Annäherung der Positionen festzustellen, da die Weltbank von ihrer Position, daß die afrikanische Krise lediglich interne Ursachen hat, in den letzten Berichten abgerückt ist. Andererseits deutet die im AAF vorgenommene Analyse entwicklungshemmender Strukturen in den Ländern selbst ebenfalls auf eine Trendwende hin.

Um die Diskussion weiterer entwicklungspolitischer Alternativen ging es im zweiten Teil des Seminars. Tatjana Chahoud stellte in ihrem Referat einige Ansätze vor und grenzte sie gegeneinander ab. Die Bandbreite reichte dabei von der Notwendigkeit, die orthodoxen SAP (Strukturanpassungsprogramme) fortzuführen (Betz), über die Stärkung des Privatunternehmertums als Lösungsstrategie (Peltzer), die Umwandlung der Entwicklungshilfe in Befreiungshilfe (Fues), Ausnutzen der Krise als Chance für neue Regulierungsformen (Falk) bis zur Infragestellung aller bisherigen Entwicklungsmodelle und der Forderung der aktiven Weltmarktintegration (Mármora/Messner). Nach Ansicht von Mármora und Messner ist die eigentlich interessante Diskussion nicht die um Weltmarktintegration vs. Abkoppelung, sondern vielmehr die um passive vs. aktive Integration. Die Importsubstitutionspolitik in Lateinamerika hat ihrer Meinung nach gezeigt, daß die Länder dadurch ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt nicht verringern konnten. Ihre Versuche scheiterten an der Enge des Binnenmarktes und am Aufbau ineffizienter Produktionsstrukturen. Um diese Blockaden zu vermeiden, schlagen Mármora/Messner selektive Wege in die Weltwirtschaft (aktive Integration) vor. Das heißt, daß die Entwicklungsländer (EL) ihre Importsubstitutionspolitik von Anfang an so gestalten sollten, daß sie zu einem späteren Zeitpunkt auf dem Weltmarkt konkurrieren können. Voraussetzung dafür wären allerdings Veränderungen des Weltmarktes, die einen steigenden Regulierungsbedarf erfordern: Entschuldung, Möglichkeit des asymmetrischen Protektionismus (Schutzzoll für EL, Zollabbau in Industrieländern), ökologischer Umbau der Industriegesellschaften und Brechung des Primats der Ökonomie auf internationaler Ebene durch Gesetze, Regelungen und Umverteilungsmechanismen.

In der Diskussion wurde bemängelt, daß nicht deutlich wird, nach welchem Abgrenzungskriterium sie eigentlich aktive vs. passive Weltmarktintegration messen wollen. Kritik entzündete sich ebenfalls daran, daß dieses Konzept im Prinzip nichts anderes als nachholende Industrialisierung meint, diesen Vorgang lediglich anders benennt. Ebenso wurde die Relevanz des Konzeptes für Afrika bezweifelt, da es dort nicht um die Schließung der Wohlstandslücke geht, sondern primär um Selbstversorgung. Ein Einwand, der von den Referenten durchaus akzeptiert wurde, da die Analyse auf Lateinamerika ausgerichtet ist, dessen Länder auf über 100 Jahre Industrialisierung zurückblicken können. Ebenso ungelöst blieb die Frage, ob dieser aktive Handlungspielraum für die Entwicklungsländer überhaupt vorhanden ist.

Zuletzt ging es in einem Vortrag von Roger Peltzer um konkrete Schritte zur Reform von IWF und Weltbank: Beschränkung auf ökonomische Aspekte, Sanktionierung von Überschußländern, Entpolitisierung der Kreditvergabe und Demokratisierung der Entscheidungsorgane waren seine wichtigsten Vorschläge. Nana-Sinkam betonte in der Diskussion die Notwendigkeit der Statutenänderung, da sich die Aufgaben seit der Gründung 1944 erheblich gewandelt haben. Irritationen und Widerspruch löste dabei seine dezidierte Ablehnung des Prinzips 'one country-one vote' für diese Finanzinstitutionen aus. Er hält dieses Prinzip zur Kreditvergabe für ein untaugliches Instrument, weil Kredite dann nur noch nach Gefälligkeiten oder politischen Opportunitäten vergeben werden.

Die Diskussion um notwendige Schritte zur Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Strukturen und von IWF/Weltbank fiel im Vergleich zu den anderen Diskussionen etwas ab. Es offenbarte sich, daß weder Referenten noch Teilnehmer über geschlossene konzeptionelle Alternativen verfügen ("Das Zauberpulver, das um die Ecke schießen kann, ist eben nicht vorhanden"); es blieb eine gewisse Ratlosigkeit darüber, was eigentlich getan werden soll, für eine Veränderung. Benannt wurden lediglich Elemente, die notwendig wären, wie Statutenänderung, Aufstockung der IDA-Mittel, Hilfe nur auf Basis von Zuschüssen, Integration der sozialen Komponente in die Sanierungsprogramme, Rechenschaftspflicht für alle internationalen Organisationen, Demokratisierung, Schuldenerlaß. Weitgehender Konsens bestand auf dem Seminar darüber, daß Strukturanpassungen notwendig sind, die Frage ist nur, unter welchen Bedingungen (Wie würde eine 'Alternative Konditionalität' aussehen und wie sollte sich ein grünes BMZ verhalten?). Die Forderung nach sofortiger Abschaffung von IWF/Weltbank wurde dabei von niemanden erhoben. Für T. Chahoud ist die Abschaffung dieser Institutionen, ohne daß es zu einer Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen kommt, wenig sinnvoll, da diese Deregulierung lediglich die Marktkräfte stärkt, die Veränderung der Strukturen aber einen steigenden Re-

gulierungsbedarf, wenn auch unter veränderten Vorzeichen, erfordert. Wie dies erreicht werden kann und wer dies eigentlich umsetzen soll, blieb allerdings unbeantwortet.

Begrüßt wurde in der abschließenden Seminarkritik die Auswahl der ReferentInnen und der gesamte Ansatz des Seminars. Es sei positiv, so ein Teilnehmer, daß alle Vorträge gleichberechtigt nebeneinander standen und das Seminar nicht durch einen Starreferenten dominiert wurde. Durch die konkrete inhaltliche Vorgabe auf das ECA-Papier waren die Diskussionen ausgesprochen problemorientiert und verliefen sich nicht, wie häufig bei solchen Seminaren, in Allgemeinheiten und dem Versuch, alle Probleme dieser Welt an einem Wochenende anzusprechen - und nicht zu lösen. Ein großer Vorteil war dabei, daß wichtige Informationsmaterialien vorab an die Teilnehmer verschickt und auf grundlegende Aufsätze hingewiesen wurde. Bei weiteren Seminaren sollte allerdings angestrebt werden, zu den einzelnen Referaten Thesenpapiere zu verteilen, da die Geschwindigkeit, mit der einzelne Referate vorgetragen wurden, den Teilnehmern doch einiges abverlangte.
Als Fazit läßt sich feststellen, daß dieses Seminar ein gutes Abbild der gegenwärtigen entwicklungstheoretischen Suchbewegungen darstellt, bei denen es nicht darum gehen kann, fertig entwickelte Modelle aus der Tasche zu zaubern. Es war der Wunsch der Teilnehmer, daß noch weitere Seminare dieser Art stattfinden. Zum einen, um den nötigen Informationsaustausch zu fördern, aber auch um der umsichgreifenden Ratlosigkeit etwas entgegenzusetzen.

Richard Brand

Anmerkung:
(1): Im W&E-Rundbrief vom 4.9.1989 wird die Konzeption ausführlich vorgestellt. Der Originalbericht (in englisch) kann dort für DM 10,- bestellt werden.

Dritte Welt im Abseits

Die rasante Entwicklung in Osteuropa zieht das öffentliche und wirtschaftliche Interesse der westlichen Welt immer stärker auf sich. AUF WESSEN KOSTEN ? – so die Frage der 60 geladenen Journalisten und Referenten, die sich im komfortablen Hotel Oranien in Wiesbaden, bei netter Atmosphäre und vorzüglichem Essen, einmal mehr Gedanken zur Lage der Entwicklungsländer machten. Eingeladen hatten zu dieser **Fachtagung mit dem Thema „Verdrängt die Ost-West-Entspannung den Nord-Süd-Konflikt?"** Brot für die Welt, die evangelische Medienakademie sowie Dienste in Übersee.
Daß die Frage nicht unbegründet ist, zeigt sich bereits heute. Inzwischen wurde Osteuropa von der EG mehr Hilfsgelder versprochen als die AKP-Staaten durch das Lomé-Abkommen in den letzten 15 Jahren bekommen haben. Seit Anfang diesen Jahres ist das bundesdeutsche Entwicklungshilfeministerium (BMZ) für Polen und Ungarn zuständig und die USA haben angekündigt, fünf Prozent ihrer öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen an Polen und Ungarn abzutreten.
Mit diesen Maßnahmen verteilt sich die Gesamtsumme der für Entwicklungsvorhaben zur Verfügung stehenden Mittel auf eine größere Anzahl Länder. Zusätzlich verschlechtern sich die Chancen derjenigen Entwicklungsländer, die Alternativen zur bisher praktizierten Strukturanpassungspolitik fordern, davon Ländern wie Polen und Ungarn, Reformen in Richtung reine Marktwirtschaft sowie Abkommen mit IWF und Weltbank über weitere Kreditlinien als Gegenleistung erwartet werden.
Lothar Brock von der Uni Frankfurt, der die pessimistischen Zukunftsaussichten für die Entwicklungsländer insgesamt teilte, erhofft sich doch durch das Verschwinden des Ost-West Konflikts einige positive Auswirkungen auf die Situation der Entwicklungsländer. Es bestände die Möglichkeit durch Abrüstung freiwerdende Gelder in Entwicklungshilfe umzuleiten. Er prognostizierte auch eine Verringerung der Konflikte in der Dritten Welt. Zwar seien nicht alle Regionalkonflikte Stellvertreterkriege gewesen, sie seien aber oft durch den Ost-West-Konflikt angeheizt worden.

Positiv könne sich die weltpolitische Entwicklung auch auf die Neukonzeption der Entwicklungszusammenarbeit auswirken. Werden die Entwicklungshilfegelder reduziert, so könne dies nach Brocks Meinung indirekt dazu führen, daß die Entwicklungsländer dazu gezwungen werden, über eine binnenmarktorientierte Entwicklung nachzudenken.
Eine dramatische Reduzierung der Entwicklungshilfeleistungen befürchtet Peter Tachau von Dienste in Übersee. Ohne Konfrontation zwischen Ost und West gehe das politische Motiv für Entwicklungshilfe verloren. Aus moralischen Gründen sei kaum eine Regierung der Ersten Welt bereit, sich für die Entwicklung der Dritten Welt einzusetzen.
Wie wenig sich die zahlreich erschienen Redakteure großer Tageszeitungen und öffentlicher Rundfunkanstalten aus moralischen Gründen den Problemen der Dritten Welt zuwenden, war bereits zu Beginn der Tagung klar geworden. Die Redakteure vom Süddeutschen Rundfunk (Elitz), von Inter Press Service (Jaura), vom Westdeutschen Rundfunk (Laudan), vom ZDF (Kienzle), von der Süddeutschen Zeitung (Schröder) und von der Frankfurter Rundschau (Holzer) waren sich bei der Frage nahezu einig, ob ihnen „das Nahe näher liege als das Ferne". Die Argumente, weshalb ihnen die Osteuropa-Berichterstattung „näher" liegt, reichten von Einschaltquoten und Leserinteressen, bis zur Aussage Schröders, seine Leser seien nun einmal Deutsche und er wolle seine Zeitung schließlich verkaufen.
Doch Motive sich mit der Dritten Welt weiterhin zu beschäftigen gäbe es genügend, so Brock. Zum einen hinge der Arbeitsplatz einer enormen Anzahl von Entwicklungsexperten von ihrem weiterem Engagement ab. Zum anderen gäbe es genügend Themen, wie zum Beispiel die Ökologie, die zu weltweiten Anstrengungen zwängen. Außerdem würde uns der zunehmende Flüchtlingsstrom sehr schnell auf unsere Pflicht hinweisen, diesen Ländern zu helfen, damit die Menschen in ihrer Heimat blieben.

Wie heutzutage mit den Asylsuchenden in der BRD umgegangen wird, darauf wies Franz Nuscheler von der Gesamthochschule Duisburg hin. „Dem bereits verstärkten Flüchtlingsstrom aus dem Süden wird mit rigoroser Abschiebung und Änderung des Asylrechts begegnet." Auch habe die Flüchtlingshilfe bisher nicht bewirken können, daß die Menschen in ihren Ländern bleiben.
In Bezug auf zukünftige Abrüstungsschritte teilte Nuscheler zwar die Einschätzung Brocks, daß die Chancen für substantielle Abrüstung so gut wie nie zuvor seien. Er wies aber darauf hin, daß sich die europäischen Verteidigungsminister auf ihrem letzten Treffen einig waren, neue Absatzmärkte zu suchen, um Einbußen aufzufangen. Dies deute darauf hin, daß Waffen, die nicht mehr in der NATO abgesetzt werden können, in die Dritte Welt verkauft werden sollen. (siehe auch Beitrag von F. Nuscheler, iz3w Nr. 164)
Insgesamt zeichneten die Referenten und die Teilnehmer eine düstere Zukunftsvision für die Dritte Welt. So waren sich alle Tagungsteilnehmer einig: der Süden ist mehr denn je auf unsere Solidarität angewiesen.

dh

Kino in Schwarzafrika

Das Kino aus Schwarzafrika fristet in der Bundesrepublik ein Mauerblümchendasein. So ist es schon als Ereignis zu werten, daß derzeit der neueste Film YAABA von Idrissa Ouédraogo aus Burkina Faso mit gutem Erfolg in den bundesdeutschen Kinos gespielt wird. Afrika, dieser Kontinent mit seiner kulturellen und ethnischen Vielgestaltigkeit, hat bei uns immer noch nicht zu seiner eigenen 'Sprache' gefunden und ist in der Vorstellungswelt vieler auch heute noch eine 'terra incognita', die allemal mit Unterentwicklung, Armut und Krieg in Verbindung gebracht wird.

Die jüngste Ausgabe des CICIM - **eine vierteljährlich erscheinende Publikation des Institut Français in München** - widmet sich diesem Kino in Schwarzafrika, seiner Geschichte und seiner Wirklichkeit. Für das Projekt konnte einer der besten Kenner der afrikanischen Filmszene gewonnen werden. Pierre Haffner, der an der Universität in Straßburg das 'Département de Cinéma et d'Audiovisuel' leitet, begleitet seit vielen Jahren mit kritischer, jedoch sympathischer Aufmerksamkeit das Filmschaffen in Afrika. Im Laufe seiner zahllosen Aufenthalte in jenem Erdteil hat er die afrikanischen Filmemacher, deren Ideen und Arbeitssituationen kennengelernt.

Pierre Haffner lädt zu einer 'Reise' ein, nimmt den Leser mit in den unbekannten Kontinent - in dem das afrikanische Kino entdeckt werden will. Dabei 'begegnet' er vielen Filmemachern und deren Ideen. Oftmals bringen diese unter unsäglichen ökonomischen Bedingungen ihre Filme hervor. Selbst bei den wenigen auch in Europa bekannteren Filmemachern verschlingt die Finanzierung ihrer Filmvorhaben Jahre. Auch eine der führenden Persönlichkeiten des zeitgenössischen afrikanischen Films wie Ousmane Sembène ist hiervon nicht befreit. Geeint sind die Filmemacher aller afrikanischen Länder durch ihr Engagement für den Film und durch die Auffassung, daß es auch in Afrika einer eigenen Filmkultur bedarf, mit selbstfinanzierten und -vertriebenen Filmen. Infolge spätkolonialistischer Attitüden werden auch in Afrika dutzendweise Filme wie Mad Max II auf Leinwände gespült, die oft zeitgleich mit dem europäischen Kinostart dort zu sehen sind.

Die 'Reise' beginnt mit der 'Suche' nach dem afrikanischen Film in den Städten des Kontinents. Der Unbedarfte muß sein Schicksal dem Taxifahrer überantworten, um in irgendeiner Altstadt - weit weg von den europäisierten Zentren auch tatsächlich auf den afrikanischen Film zu stoßen.

Unter dem Titel 'Die Chronik des Bösen' führt die Publikation in die neuesten Produktionen ein, die auf dem Filmfestival von Carthago im Jahre 1988 zu sehen waren. Ein Kapitel ist dem 'Widerstandskämpfer' Ousmane Sembène und seinem Filmschaffen gewidmet. Ebenso wird Paulin Vierya vorgestellt, der von Haffner als einer der bedeutensten schwarzafrikanischen Filmemacher, aber auch als Historiker und Filmpionier eingeschätzt wird. In einem langen Interview kommt Ababacar Samb-Makharam zu Wort, und er erzählt über die Entwicklung des Kino in Afrika und von der filmischen Suche nach der Wahrheit.

Auch die ökonomischen Aspekte finden in das Buch Eingang. Es werden die spezifischen Gegebenheiten und Probleme des 'Handels mit Filmen' dargestellt. Die afrikanische Kinolandschaft kennt viele Kinosäle mit bis zu 1200 Sitzplätzen in einem Dreiklassensystem, wobei die Zuschauer der dritten Klasse häufig für einen geringen Preis die Filme unter freiem Himmel verfolgen. Und, je 'moderner' die Stadt desto moderner und zahlreicher die Kinos. Filmkultur als eine stark städtisch geprägte Kultur. In einer 'kleinen Geographie' wird in die Kinematographien der einzelnen Länder eingeführt. Beispielhaft folgt eine Darstellung der nationalen Filmschule im Niger.

Auch die formale Seite des Buches ist gut gelöst. So finden sich in vielen Randbemerkungen Erläuterungen von Begriffen und Abkürzungen, die wissenswerte Querbezüge herstellen. Dadurch wird dem unbefangenen Leser ein Einstieg in die schwarzafrikanische Kinoszene erleichtert. Ebenso sind dem Buch eine umfangreiche Filmographie und Literaturangaben angefügt.

Dieses einladende und spannende, mit Witz und Sympathie verfaßte Buch entwirft ein ganz anderes Bild von Afrika als die üblichen Darstellungen. Auch wenn das afrikanische Kino noch ein sehr 'junges' ist, und ein 'Kino der Handwerker und Bastler', das Kino eines Sub-Kontinents, der nach wie vor unter 'Unterentwicklung' leidet, hat es doch schon viele inhaltlich und technisch brillante Filme hervorgebracht. Durch das Engagement seiner Filmemacher wurde Afrika zu einer eigenen 'Sprache' verholfen. Afrikanisches Kino thematisiert all das, was sich in den Ländern des Kontinents auf kultureller, ethnischer und politischer Ebene vollzieht.

Detlev Kanotscher

Bezugsadresse: REVUe CICIM, 27/28 November 1989; Institut Français München, Kaulbachstr. 13; 8000 München 22; 15,- DM

Annäherungen an einen Außenseiter

Ähnlich wie Kubas Staatschef Fidel Castro, der im mangelnden revolutionären Bewußtsein seines Volkes die Wurzel der ökonomischen Krise seines Landes sieht, weißt auch Kim-Il-Sung darauf hin, daß die wirtschaftliche Krise Nordkoreas auf den mangelnden ideologischen Einfluß der sozialistischen Partei zurückzuführen sei. So stellte die nordkoreanische Parteizeitung Ende Dezember letzten Jahres fest, daß der Sieg des Sozialismus nicht aufzuhalten sei, die Revolution ohne Schwankungen durchgeführt werde und es deshalb weder Bettler und Rauschgiftsüchtige noch Alkoholiker und Perverse (!) im Lande gebe. Steht in Nordkorea also alles zum besten? Wohl kaum.
Das 1988 von R. Werning herausgegebene Buch über Nordkorea erhebt den Anspruch, dem interessierten Leser „ein vielseitiges, differenziertes Bild über Alltag, Wirtschaft und Kultur der (selbst) isolierten Volksrepublik" zu vermitteln. So wird in mehreren Beiträgen die geschichtliche Entwicklung, die politische und wirtschaftliche Situation beschrieben. Darüber hinaus befassen sich einige Autoren mit dem Verhältnis zum südlichen Teilstaat der Halbinsel und den nordkoreanischen Vorschlägen zur Wiedervereinigung. Es findet sich ein Erlebnisbericht über ein ökumenisches Treffen ebenso wie ein Beitrag über Nordkoreaner in China. Die Vielfalt der Beiträge hinterläßt beim Leser im ersten Moment Verärgerung. Die Beiträge sind z.T. schlecht aufeinander abgestimmt, von sehr unterschiedlicher inhaltlicher Qualität und durch die Bank schlecht redigiert. Trotzdem gelingt es einigen Autoren Widersprüche herauszuarbeiten und damit den Leser zu fesseln.
Nordkorea gilt als „terra incognita", als „eine Art exotischer Vogel" mit einer „musealen Wirklichkeit". Es gibt wenig Informationen zur ökonomischen und sozialen Situation des Landes. Statistisches Material muß, da es ausschließlich von staatlicher Seite veröffentlicht wird, bezüglich seines Wahrheitsgehaltes angezweifelt werden. Diese Schwierigkeiten gelten nicht nur für Außenstehende aus dem Westen, sondern auch für Menschen aus Südkorea, einem Land, wo ein „bizarrer Antikommunismus" herrscht, wo mit einem von oben diktierten „Denk- und Informationsverbot" Nordkorea ignoriert wurde. Allerdings hat ein Teil der südkoreanischen Oppositionellen in den letzten Jahren sich trotz alledem mit Nordkorea beschäftigt, wobei einige Studenten die Schriften des nordkoreanischen Parteichefs Kim Il Sung mit Begeisterung aufnahmen.
Es ist durchaus nachvollziehbar, daß einige Autoren im Falle Nordkoreas „Verständnis für die kulturelle Traditionen des Landes, die Stellung seines Präsidenten und den Versuch, eigene Wege zu gehen" aufbringt, um die „auffällig an die Terminologie des Kalten Krieges anknüpfende (Vor-)Verurteilung" zu umgehen. Aber man kann auch mit zuviel Verständnis für die politische Führung Nordkoreas, einer kritischen Betrachtung ausweichen. Dies ist besonders im Artikel von Roshan Dhunjibhoy der Fall, die keine Erklärung für den extremen Führerkult in Nordkorea liefert. Andere Autoren neigen dazu, die nordkoreanischen Phänomene hauptsächlich aufgrund von konfuzianistischer bzw. koreanischer Tradition zu erklären. Dabei werden die historischen Entwicklungsbedingungen Nordkoreas nur oberflächlich untersucht und die Handlungsalternativen unter diesen Bedingungen nicht herausgestellt.

Rainer Werning (Hg.), Nordkorea — Annäherungen an einen Außenseiter, isp — Verlag, Frankfurt/M. 1988, 173 S., DM 19.80

Wurde Nordkorea noch Ende der siebziger Jahre von Entwicklungstheoretikern als erfolgreiches Beispiel für eine autozentrierte Entwicklung gefeiert, so wandten sich diese in den achtziger Jahren parallel zu den nordkoreanischen Wachstumseinbußen den südkoreanischen Wachstumserfolgen zu. Die Erfolge der autozentrischen Entwicklungsstrategie Nordkoreas mit ihren politischen und sozialen Kosten (Beiträge von S. Hansen, T. Magnussen und G. Freudenberg) werden im Buch beschrieben. Und Albrecht Lein stellt in seinem Beitrag heraus, daß „seit Beginn der achtziger Jahre Nordkorea unter seinen Nachbarn, was Dynamik und Zukunftsaussichten der Wirtschaft betrifft, auf den letzten Platz abgerutscht ist." Freudenberg dazu: „Mochte es zur quantitativen Befriedigung der Grundbedürfnisse nach 1946 und 1953 notwendig gewesen sein, ein einheitliches Bewußtsein unter der Herrschaft einer alles durchdringenden stimulierenden Idee, "Dschutsche" zu erzeugen, erweist sich diese Gleichschaltung nunmehr als kontraproduktiv und gerät in Widerspruch zum Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse". Er prognostiziert, daß die nordkoreanische Entwicklung „an einem Wendepunkt angelangt ist, an dem die Verträglichkeit des Industrialisierungskonzeptes mit den ideologischen Ansprüchen des Systems in Frage gestellt werden muß" (siehe auch den Beitrag von V. Grabowsky).
Bei der Dschutsche — Ideologie geht es „um die Verbreitung des Glaubens, um den Gemeinschaft stiftenden, im Denken, Handeln und Fühlen bestimmend wirksamen und zugleich die Wirklichkeit bildenden Mythos"(Freudenberg). Sie versucht das Vertrauen auf die eigene Kraft des gesamten Volkes zu stärken. „Dabei ist es unerheblich, daß die Welt nicht so ist wie dargestellt", schreibt A. Lein.
Diese „verengte Weltsicht" entspringt aus den Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der nordkoreanischen Gesellschaft bzw. der verständlichen Belagerungsmentalität die aus der direkten Konfrontation mit dem Bündnis von Südkorea, den USA und Japan resultiert. Dabei ist die „monolithischen Geschlossenheit des Volkes, die Gleichgerichtetheit seines Denkens", vorausgesetzt, es ist tatsächlich so, nicht nur typisch für Nordkorea. So wurde auch in anderen Ländern — einschließlich der westlichen — „in Kriegszeiten und in Zeiten von Bedrohungen eine solch verengte Weltsicht durchaus geschätzt und erfüllte zeitweilig auch ihren Zweck" (A.Lein). Lein verweist u.a. auf die Zeit des Kalten Krieges, in der man die „Gefahr aus dem Osten" beschwor. Um eine gesellschaftliche Hoffnung wird auch Nordkorea nicht, herumkommen. „Doch steht die zur Zeit herrschende Uniformität des Denkens, die eine differenzierende Analyse und Diskussion vorhandener Schwierigkeiten nicht zuläßt" (Freudenberg), dem entgegen.
Das Buch versucht möglichst viele Themen und Einschätzungen zu präsentieren, bleibt damit allerdings oberflächlich. Die erwähnten Beiträge thematisieren die spannenden Fragen. Weniger wäre mehr gewesen.

Hiong-Dschung Pak/ Uwe Jungfer

Neue Zeitschrift über Korea

'Undong' (Bewegung) ist der Titel einer neuen "Zeitschrift für soziale Bewegung in Korea". Die im Februar d.J. erschienene erste Ausgabe enthält Beiträge zur Gründung des Nationalrats der Gewerkschaften, über Debatten zur Gründung einer neuen Minjung-Partei sowie über die Wiedervereinigungsfrage hier und in Korea. Darüber hinaus befinden sich Reiseberichte, ein Interview mit einer Arbeiterin, Berichte und Kommentare zu weiteren Ereignissen in dem Heft. Die 40 Seiten umfassende Zeitschrift wird von der "Koreanisch-Deutschen Solidarität" herausgegeben und kostet DM 5,-. Sie soll viermal im Jahr erscheinen.

Koreanisch-Deutsche Solidarität
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/M. 1

Das Digos-"Massaker" und seine bundesdeut schen Richter

So klein und schwerfällig die Philippinen-Solidarität in der Bundesrepublik auch ist, im Distanzieren ist sie groß und flott. Am 27. Juni 1989 kamen bei einem Feuergefecht zwischen der fanatischen antikommunistischen Ituman-Sekte und der NPA (New Peoples Army), dem bewaffneten Teil der philippinischen Befreiungsbewegung NDF (National Democratic Front), in dem Dorf Rano, Bezirk Digos auf Mindanao, 37 Menschen um's Leben, darunter viele Frauen und Kinder.
Schon am 1. Juli 1989, also nur vier Tage später verfassen die "Philippinen-Solidaritätsgruppen aus Süddeutschland" auf ihrem Koordinationstreffen deshalb ein geharnischtes Protestschreiben "an das Oberkommando der NPA", "an den Vorsitzenden und den Nationalrat der NDF" (s. Philippinen Forum, September 1989). Schließlich hatten ja "alle größeren Tageszeitungen in der Bundesrepublik" und auch philippinische Kirchenstellen über ein "Massaker" der NPA berichtet. "Blutbad im Gottesdienst - 37 Menschen ermordet" und ähnlich lauteten die von interessierter Seite hochgeputschten Schlagzeigen im BILD-Zeitungsstil (s. Phil. Forum Sept.89). Weil sie diese Informationen ungeprüft so übernehmen, sind die süddeutschen Solidaritätsgruppen "fassungslos, schockiert und erschüttert". "Auf das Schärfste" verurteilen sie "diese abscheuliche Tat" und befinden: "Dieses Massaker an DorfbewohnerInnen ist ein Akt des Terrorismus". Sie geben zwar zu, daß sie eigentlich nicht so genau wissen, was in Digos vorgefallen ist. So ist in ihrem Brief vage vom "gewaltsamen Tod von etwa 41..." die Rede. Trotzdem wird mit der Aufkündigung der "Solidarität" gedroht, obwohl alle ihre Informationen zu diesem Zeitpunkt nur aus zweiter Hand oder gar von dem "Militärsprecher aus Manila" kommen können, den die Presse zitiert hat (s. Phil. Forum 9/89). Egal, die süddeutschen Solidaritätsgruppen werden gleich aktiv. Sie "verlangen" (!) in scharfdeutschem Kommandoton nicht nur sofortige "Erklärungen", sondern schicken auch schon mal ein paar klare Anweisungen aus dem süddeutschen Eschenbach an die Befreiungsbewegungen der 72 philippinischen Provinzen. So "muß" - so schreiben sie allgemein und allgemeinverbindlich - "unter allen Umständen das Leben der Menschen geschützt ... werden". Die Süddeutschen verraten allerdings nicht, wie die Opposition auf den Philippinen angesichts der Kriegssituation in diesem Land vorgehen soll: Mit Menschenketten gegen Hubschrauberangriffe? Mit Schweigeminuten gegen die Flächenbombardements der philippinischen Armee? Mit Friedensgottesdiensten gegen die Massaker und Vergewaltigungen, die von antikommunistischen Todesschwadronen verübt werden? Sollten die Filipinas/os den Befreiungskampf gar völlig aufgeben, so wie es auch Oberbefehlshaberin Aquino fordert? Genau das! Denn die süddeutschen SolidaritätsarbeiterInnen fordern doch tatsächlich die NDF/NPA ultimativ auf: "...einen sofortigen Waffenstillstand zu erklären, ...notfalls einseitig!" Es hat wohl selten in der Internationalismusbewegung eine ähnlich groteske Stellungnahme gegeben...
Mir scheint, daß diejenigen, die bislang herzlich wenig mit der Befreiungsbewegung auf den Philippinen zu schaffen hatten, dieses sogenannten "Massaker" von Digos nur als willkommenen Anlaß nehmen, sich jetzt hoch offiziell von einer Solidarität zu verabschieden, die es ohnehin hierzulande (und auch im Süddeutschen) nie in nennenswerter Form gegeben hat.

Was die Beteiligten und Beschuldigten NPA-Guerilleros dazu erklärten, war nachzulesen in "liberation" (dem offiziellen Organ der philippinischen Befreiungsbewegung NDF) vom 15. September 1989. Darin ist der ausführliche Bericht eines fact-finding teams der NDF mit Skizzen, Fotos und Lageplänen enthalten. Danach geschah in Digos folgendes:
Mehrfach hatte die örtliche NPA-Einheit den Dortbewohnern von Rano ein Gespräch angeboten, damit es nicht zwischen der antikommunistischen Vigilante-Gruppe der Ituman und den NPA-Kämpfern zu gewaltsamen Auseinandersetzungen käme und ein "Blutvergießen vermieden werden kann".
Auch am Morgen des 25. Juni näherte sich die NPA dem Dorf Rano nur, um dort eine Versammlung abzuhalten. Als sie dort etwa 60 Meter von der Kapelle entfernt einem Dorfbewohner begegnete, sagte Eyus von Squad K: "Wir sind hierher gekommen, um mit Euch zu reden, nicht um zu kämpfen" und hielt sein Gewehr mit einer weißen Fahne hoch. Doch der Dorfbewohner, der zu der antikommunistischen Sekte gehörte, schoß sofort auf die NPA-Leute. Der Gottesdienst ging in diesem Moment zu Ende und der Führer der Ituman-Vigilantes (Kumander Maya), der mit anderen bewaffneten Anti-Kommunisten in der Kapelle war, zwang die Gottesdienst-Besucher sofort, gemeinsam in das benachbarte Haus zu gehen und sich dort zu verschanzen. Dies geschah, bevor sich die NPA diesem Platz näherte. Als die NPA ins Dorf kam, rief einer wieder: "Wir sind gekommen, um zu reden, nicht um zu schießen". Sofort wurde das Feuer aus dem Haus eröffnet. Erst danach erwiderten die NPA-Squads B und K ihrerseits das Feuer. Sie wußten nicht, wer im Haus war, aus dem ständig geschossen wurde. Als die NPA-Kämpfer Kinderrufe hörten, befahlen sie die Einstellung des Feuers und suchten nach dem schreienden Kind, das sie verletzt in einem Gebüsch in der Nähe des Hauses fanden. NPA-Gesundheitsteams versorgten das Kind. Versuche, zur Tür vorzudringen, um zu sehen, wer in dem Haus war, wurden ebenfalls mit Gewehrfeuer von innen beantwortet. Danach schossen die NPA-Kämpfer auf das Haus, bis von dort das Feuer aufhörte. Als sie schließlich in das Haus eindrangen, waren sie völlig geschockt. "Um Gottes Willen", sagte einer, "hier waren ja auch viele Frauen und Kinder, und alle sind tot!" Ein überlebender Junge, der blutverschmiert aus den Leichen hervorkam, berichtete, der Ituman-Kommandant Maya habe die Leute gezwungen, im Haus zu bleiben. "Sie durften sich nicht einmal auf die Erde legen." Einige NPA-Kämpfer, die aus benachbarten Dörfern stammten, entdeckten unter den Toten sogar Verwandte.
Aufgrund dieses Schocks kommt es auch zu der grausamen Szene, in der zwei NPA-Kämpfer - unbemerkt von den anderen - zwei toten Ituman die Köpfe abschlugen. "Ich wurde in diesem Moment von meinen Gefühlen überwältigt", sagte einer der beiden später. "Ich hatte geglaubt, dies sei der Kommandant Maya", der Vigilante-Führer, der die Zivilisten in die Hütte gezwungen hatte.
Nach dem NDF-Bericht wurden die NPA-Kämpfer noch von Ituman beschossen, als sie sich um verwundete Kinder kümmerten. Soweit der Bericht.
Ist dies blinder "Mord", ein vorsätzliches "Abmetzeln" von Kindern und Frauen? Oder ist es ein tragischer Vorfall, wie die NDF schreibt, die das Wort "Massaker" sehr bewußt vermeidet, auch wenn sie sofort die beteiligten Kämpfer vor ein Strafgericht zitiert hat, um sie zur Rechenschaft zu ziehen: Die Einheiten hätten sich nach dem ersten Schußwechsel zurückziehen sollen, weil sie nicht definitiv ausschließen konnten, daß in dem Haus an einem Sonntag auch Zivilisten waren. Dies - so wird selbstkritisch eingestanden - war ein Fehler, der in Zukunft unbedingt vermieden werden soll.

Verhalten sich so "Mörder", "Metzeler", "Massakrierer"? Ist dies nicht vielmehr eine Folge des brutalen Krieges, der auf den Philippinen tobt, und der nicht von denen angezettelt wurde, die für Gerechtigkeit kämpfen, sondern den die zu verantworten haben, die der großen Mehrheit dieses Landes ein Leben in Menschenwürde verwehren?
Die Diskussion um Vorfälle wie in Digos ist immer notwendig. Aber sie muß einher gehen mit solidarischer (!) Kritik. Und dazu gehört, dam man die Angeklagten erst einmal anhört, bevor man sie verurteilt.

Die Offenheit und Ausführlichkeit, in der die NDF nach diesem tragischen Vorfall Selbstkritik geübt hat, ist für mich ein außergewöhnlich positives Zeichen, das die Solidarität mit der philippinischen Befreiungsbewegung eher stärken als schwächen sollte.

Karl Rössel

Bezugsadresse für das Philippinen-Forum: Philippinenbüro, Sachsenring 2-4, 5 Köln 1

Internationalismus in der DDR

Interview mit einem Mitglied der Internationalismusgruppe in Rostock

In den letzten Jahren hat sich in der DDR, unter dem Dach der Kirche, eine unabhängige Basisgruppenbewegung entwickelt. Dieses Spektrum von Friedens-, Menschenrechts-, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen umfaßt ca. 400 Gruppen mit 5.000-10.000 Mitgliedern. Dritte-Welt-Gruppen nennen sich dort 2/3-Welt-Gruppen.

Wie sahen die Wirtschaftsbeziehungen der Länder des RGW zum Trikont, den armen Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika aus?

Die Analyse, die in unseren Gruppen bestand, war folgende: Die Dritte Welt existiert als Vorhof zur Ersten Welt, den kapitalistischen Ländern. Die ökonomische Macht, die das sozialistische Lager hat, war so gering, daß es kaum Einfluß auf die Dritte Welt hatte. Unsere Gruppen haben daran gearbeitet, den Sozialismus zu einer Art Hoffnung für diese Länder zu entwickeln. Ich habe schon mit einigen, bei uns lebenden Studenten aus der Dritten Welt gesprochen, die es ziemlich bedauern, daß wir nicht den sogenannten "Dritten Weg" gehen, den wir immer angestrebt haben; d.h.: an die 2/3 unserer Welt denken und bei uns so handeln, daß wir zur Hoffnung für diese werden.

Wir haben darüber nachgedacht, welche ökonomischen Möglichkeiten der Sozialismus hat und dann ziemlich resigniert festgestellt, daß unser Außenhandel mit der Dritten Welt ca. 1 % des gesamten Außenhandels mit ihr beträgt. Im Grunde genommen hat nur der Kapitalismus Auswirkungen auf die Dritte Welt und auf das Elend, das dort produziert wird.

Seit Jahren wurde doch der Internationalismus von der SED und der Regierung gepredigt. Wie weit wurde diese Idee von der Bevölkerung mitgetragen?

Ein richtiger Internationalismus ist bei uns eigentlich wenig verbreitet. Auch die propagierte Solidarität - jeder hat seinen Pflichtanteil, seine 50 Pfennig oder fünf Mark gezahlt - war ein "Muß". Die Leute sind jetzt ganz froh, daß die Pflicht weg ist und ihr Rassismus endlich frei und offen ausbrechen kann. Besonders gegenüber den östlichen Völkern existiert ein eklatanter Rassismus. Polen und Russen werden immer noch mit Vokalbeln wie "arbeitsscheu" belegt. Was die Regierung betrifft, zieht sich eine Erfahrung durch die ganze Solidaritätsarbeit: Mal wird für Projekte unabhängiger Gruppen grünes Licht gegeben, mal wird die Sache kurz vorher wieder gestoppt. Auch die FDJ (Freie Deutsche Jugend - Staatliche Jugendorganisation) mischte sich ein, wenn sie ihr Solidaritätsmonopol angetastet sah. Konflikte, die im Staat ausgetragen werden sollten, wurden häufig auf dem Rücken der Dritten Welt ausgetragen.

Im Tansania-Arbeitskreis - mit 10-20 Leuten - hatten wir erstmal Spenden gesammelt. Weil wir das Geld nicht direkt schikken konnten - unsere Währung ist nicht konvertibel - sind wir losgezogen und haben in einzelnen Läden was gekauft. Größere Posten konnten wir nicht kaufen, weil dadurch wieder staatliche Stellen auf uns aufmerksam geworden wären: Wir würden das Wenige, das noch in unserem Land ist, in die Dritte Welt schicken. Wir haben trotzdem genug in unserem Land, haben wir gesagt, und die Leute da unten verrekken. Schließlich haben wir die Pakete gepackt und fein verteilt verschickt, denn wenn fünf Pakete an den selben Bestimmungsort gingen, kamen sie mit der Aufschrift "Kein Geschenksendungscharakter" zurück.

Es kam auch vor, daß ein Container beantragt und genehmigt wurde; dann haben wir wie verrückt gesammelt, bis der Container voll war. Manchmal wurde er aber kurzfristig wieder abgesagt und wir saßen auf dem Zeug, das wir uns vom Mund abgespart hatten.

Oder noch ein Beispiel: In Rostock haben wir 'ne ziemliche Affaire aufgedeckt, internationaler Waffenexport der Imes GmbH, vor allem in die Dritte Welt. Wir haben damals das Objekt in Kabesdorf gestürmt und den Direktor der Einrichtung befragt, was das soll: eine Leichtbauhalle, in der sich über 60 Güterwagen voller Munition befinden, wenige Meter neben einem Dorf. Dort wurden Waffen nach Iran, Irak und El Salvador verschickt, möglichst an beide Seiten. Die Leute waren total geschockt, viele haben geweint, weil sie mit dem Anspruch und der Realität, die sie da gesehen haben, nicht klar gekommen sind. Schließlich waren wir bis dahin ein Land, das nur fortschrittliche Bewegungen in der Dritten Welt unterstützt hat - das wollen wir auch bleiben oder jetzt wirklich werden.

Wie könnte es mit Internationalismus-Arbeit in der DDR weitergehen?

Zur Zeit wird ja so ziemlich auf Wiedervereinigung gemacht, aber ich glaube nicht, daß die Gruppen, die bei uns für internationale Solidarität eintreten jetzt einfach das Handtuch schmeißen und nichts mehr tun. Es müßte sich fundamental was ändern im Weltwirtschaftsgefüge. Dadurch, daß im Moment der Sozialismus aufgerollt wird, also überhaupt keine Möglichkeit mehr besteht, einen demokratischen Sozialismus aufzubauen, ist in der Dritten Welt auch eine riesige Hoffnung verlorengegangen.

Wenn jetzt die Marktwirtschaft bei uns vollkommen einzieht, hab ich ein schlechtes Gefühl, meinen Wohlstand auf Toten aufzubauen. Wenn man bedenkt: 40-50 Mio. Tote im Jahr, und das schon 20-30 Jahre; das sind wahrscheinlich mehr als eine Mrd. Menschen. Über den 1. und 2. Weltkrieg, in denen zusammen vieleicht 70 Mio. Menschen umgekommen sind, wird wesentlich mehr geredet als über die Menschen, die in den armen Ländern krepieren, in einem, meiner Meinung nach schon laufenden Dritten Weltkrieg. Dieser Weltkrieg gegen die Dritte Welt läuft, während hier auf Nationalismus gemacht wird.

Das Interview führten Mitarbeiter von Radio Dreyeckland (Freiburg)

Kurdistan: Repressionen von zwei Seiten

16. März 1988: Irakische Kampfflieger werfen C-Bomben über der kurdischen Stadt Halabja, im Norden des Irak gelegen, ab. Grauenvolle Bilder von sterbenden Menschen gehen um die Welt. Die Proteste der Weltöffentlichkeit halten sich in Grenzen, politische oder wirtschaftliche Auswirkungen hat der Giftgaseinsatz gegen die kurdische Zivilbevölkerung nicht, obwohl 5.000 Tote zu verzeichnen sind und Zehntausende in die Türkei und in den Iran flüchten.

Zwei Jahre sind seither vergangen. Für das Volk ohne Lobby hat sich die Situation eher verschlechtert. Während einer irakischen Großoffensive im August 1988 (also nach dem Waffenstillstandsabkommen im Golfkrieg) werden ein weiteres Mal chemische Kampfstoffe eingesetzt. Ein neuer, riesiger Flüchtlingsschub setzt ein. Im Juni 1989 und erneut im Februar diesen Jahres, so berichtet medico international, müssen Tausende von Kurden aus den Flüchtlingslagern in der Türkei mit zum Teil prekären Vergiftungserscheinungen in Krankenhäuser eingeliefert werden. Der Rektor der medizinischen Fakultät der Universität Diyarbakir, Dr. Aritürk, nennt Lebensmittelvergiftung als Ursache.

Seit dem Herbst letzten Jahres setzt die irakische Regierung um Saddam Hussein ein neues Mittel ein, um den kurdischen Kampf für einen eigenen Staat zu zerschlagen. Kurdistan wird systematisch entvölkert und arabisiert, die kurdische Bevölkerung in die Wüstengebiete im Süden umgesiedelt und interniert. Ganze Städte werden dem Erdboden gleichgemacht. Wie die Menschenrechtsorganisation der Vereinten Nationen bekanntgab, sind zwei Millionen Kurden betroffen.

Die irakische Regierung nutzt diese Operation vermutlich auch dazu, Oppositionelle auszusortieren und zu verschleppen. Die „Gesellschaft für bedrohte Völker" legte jüngst eine Liste von 353 vermißten Kurden vor.

Daß Saddam Hussein in den letzten Wochen in das Schußfeld internationaler, jedoch bisher folgenloser Kritik geraten ist, liegt weniger daran, daß sein Land sich in dem, gemeinsam mit der Türkei, Syrien und dem Iran geführten Kampf gegen eine kurdische Selbstbestimmung als das brutalste und skrupelloseste erwiesen hat. Vielmehr ist die Welle der Entrüstung auf die unbegreifliche Hinrichtung des Journalisten Farzad Barzoft und den diplomatischen Fauxpas Husseins zurückzuführen, der prahlerisch verkündete, er werde bei einem eventuellen Angriff auf irakische atomare Versuchsanlagen halb Israel mit C-Waffen vernichten.

Die arabische Welt bekundet ihre Solidarität mit dem "einer internationalen Kampagne ausgesetzten" Irak, bundesdeutsche Firmen liefern weiterhin das technische Know-how für die irakische Rüstung, und die öffentlichen Medien werden wohl erst dann wieder über die Kurdenproblematik berichten, wenn es grausame Bilder zu senden gibt. Währenddessen fristen noch heute etwa 30.000 Kurden, überwiegend Kinder und Alte, unter unmenschlichen Bedingungen in den Flüchtlingslagern ihr Dasein. Wie medico berichtet, starben Hunderte, vor allem Kinder und Säuglinge, in kürzester Zeit an Kälte, Hungers, und medizinischer Unterversorgung. Die Flüchtlingslager gleichen Gefangenenlagern. Sie sind umzäunt und militärisch abgeriegelt. Die katastrophale Lage und die starken Repressionen der türkischen Verwaltung haben sogar dazu geführt, daß einige Kurden es vorzogen, in den Irak zurückzukehren, wohlwissend, daß dort Tod oder Internierungslager auf sie warten.

Jörg Später

Spenden an:
Medico International, Konto 1800 Stadtsparkasse Frankfurt, Stichwort: "Kurdistan"

Mißbrauch der Entwicklungshilfe:

Im Netz der Militarisierung Am Beispiel des Entwicklungsvorhabens Bondoc auf den Philippinen

Die philippinischen Inseln sind nach Zentralamerika zum zweiten Brennpunkt und Experimentierfeld für die sogenannte „Low Intensity Conflict"-Politik der USA geworden.
Das größte bundesdeutsche Entwicklungsprojekt auf den Philippinen, das „integrierte Entwicklungsvorhaben Bondoc", paßt sich in dieses Konzept geradezu idealtypisch ein. Was offiziell als Projekt zur Armutsbekämpfung bezeichnet wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als der Bau von Straßen durch bisher noch recht unwegsames Gebiet, das in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Hochburgen der philippinischen Guerilla-Bewegung geworden ist. Gut 80 Prozent der im Bundeshaushalt für das Projekt vorgesehenen Mittel sollen für diesen Straßenbau ausgegeben werden. Kein geringerer als der philippinische Verteidigungsminister Ramos hat erst kürzlich vor der philippinischen Presse die militärische Bedeutung dieser geplanten Straße für die Aufstandsbekämpfung unterstrichen. Darüber hinaus mehren sich die Stimmen aus der Opposition des Landes, die im Entwicklungsvorhaben Bondoc eine Art Pilotprojekt für eine ganze Reihe ähnlicher Infrastrukturprojekte mit militärischem Hintergrund sehen, die vor allem westeuropäische Regierungen, koordiniert im EG-Rahmen, finanzieren wollen. Ist das Bondoc-Projekt etwa das heimliche Modell für eine neue europäische Initiative zur Aufstandsbekämpfung? Fördert es nicht zuallererst die weitere Militarisierung eines Bürgerkriegsgebietes, indem es den Regierungstruppen buchstäblich den Weg ebnet? War dies alles den Planern in der philippinischen Regierung und im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei der Konzipierung des Projektes nicht bewußt? Gerät die bundesdeutsche Entwicklungshilfe eher zufällig oder doch mit voller Absicht in das Netz der Militarisierung, das die Philippinen immer engmaschiger überzieht?
Zur Klärung dieser Fragen soll die vorliegende detaillierte Kritik des Projektes und seiner Rahmenbedingungen einen Beitrag leisten. Dabei konnten wir uns nicht nur auf sehr enge Kontakte zur betroffenen Bevölkerung und auch zu kritischen Expertinnen und Experten mit genauer Kenntnis der lokalen Verhältnisse stützen, sondern auch auf offizielle Projektunterlagen aus dem BMZ, die normalerweise selbst Abgeordneten des Bundestages nicht offen zugänglich sind.

Broschüre, 80 Seiten
Schutzgebühr: 2 DM
Bestellungen an: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle, Postfach 1422, 5300 Bonn 1

Siedler gegen Eukalyptusplantagen

Thailands spektakulärer Abholz-Stop zum Schutz einheimischer Wälder hat Anfang 1989 weltweit Beachtung gefunden. Darüber hinaus hat die Regierung unter Ministerpräsident Chatichai Choonhavan ein Wiederbegrünungs-Programm in Angriff genommen, mit dem Ziel, auf 40 Prozent der Landesfläche neuen Wald hochzuziehen. Die an sich begrüßenswerte Initiative stößt bei Thailands Umweltschützern jedoch auf vehementen Widerstand. Denn nicht einheimische Bäume, sondern ein Exote - australischer Eukalyptus - soll auf weiten Flächen das neue Grün für Thailand liefern. Das Vorhaben, insbesondere in der trockenen Nordostregion einen Grüngürtel mit Eukalyptusplantagen anzulegen, verbreitet Angst unter Siedlern, die in den betroffenen Gebieten ohne juristisch abgesicherte Landtitel leben. Nach inoffiziellen Schätzungen leben etwa acht bis zehn Millionen Menschen auf Gebieten, die von der Regierung zum "geschützten Staatsforst" erklärt wurden. Damit gilt zugleich jegliche Besiedlung und Nutzung ohne Genehmigung als illegale Inanspruchnahme dieser Landflächen.
Anstatt den dort lebenden Menschen ihre Existenz durch Landtitel abzusichern, erteilt die Regierung mit Blick auf Deviseneinnahmen in- und ausländischen Unternehmen Konzessionen für Eukalyptusplantagen, darunter dem Tochterunternehmen "Vanadhorn" der niederländisch-britischen Shell.
Das staatliche Wiederbegrünungsprogramm wird von handfesten Wirtschaftsinteressen diktiert. Eukalyptus verspricht den Unternehmen raschen Gewinn. Die Bäume können bereits nach fünf bis sieben Jahren geschlagen werden. Das Holz liefert preiswerten Rohstoff für Papier- und Holzprodukte, für die auf dem japanischen Markt eine große Nachfrage besteht.
Die Anlegung von Eukalyptusplantagen aber kommt einem Raubbau der Natur gleich. Wegen des schnellen Wachstums haben die Bäume einen hohen Nährstoff- und Wasserbedarf. Sie laugen die Böden aus und ziehen große Mengen an Grundwasser ab, das dann den Bauern für ihre umliegenden Reisfelder und Ackerflächen fehlt. Das schlecht zersetzbare Laub mit seinem hohen Anteil an ätherischen Ölen vergiftet außerdem den Boden. Nach einem mehrjährigen Anbau von Eukalyptus kann dort folglich über Jahre hinaus nichts mehr wachsen.
Eine Plantagenwirtschaft macht auch die Selbstversorgung der Dorfbewohner zunichte, da nur wenige der Ressourcen, die sie aus den lokalen Naturwäldern beziehen - Viehfutter, Feuerholz, Pilze, Gemüse, Medizin - in einer Eukalyptusplantage zu finden sind. Wo Eukalyptus in Monokulturen wächst, hat keine andere Pflanze eine Überlebenschance.
Unter den Siedlern formiert sich zunehmend Widerstand gegen den "Eukalyptus-Wahn". Bereits Mitte vergangenen Jahres hatten über 12.000 Menschen aus den nordöstlichen Regionen in einer friedlichen Demonstration zehntausende von Obstbäumen angepflanzt; einige Bauern griffen auch zu radikaleren Protestformen: Teilweise wurden Eukalyptus-Baumschulen und Forststationen niedergebrannt.
Verstärkt wurde der Unmut, als Ende Januar 1990 bekannt wurde, daß Thailands größtes Eukalyptus-Unternehmen in Chachoengsao Bäume fällen ließ, um dort Eukalyptus anzupflanzen. Der Firma wurde die Konzession entzogen.
Mit Unterstützung thailändischer NGOs fordern die Bauern, daß die Regierung ihnen neben der Zusicherung von Landrechten die Sanierung der Wälder anvertraut. In Form von "Community-Forests" (Gemeindewäldern) wollen sie die Reichhaltigkeit und Vielfältigkeit der lokalen Baumarten erhalten und das Land nachhaltig nutzen. Eine derartige Beteiligung der Dörfer am staatlichen Wiederaufforstungs-Programm würde nicht nur diesen Menschen ihre Lebensgrundlage erhalten, sondern ebenfalls der widersinnigen Konsequenz entgegenwirken, daß ausgerechnet auch solche Firmen mit Konzessionen für Eukalyptusplantagen Profite in Gebieten machen, die sie selbst zuvor gewinnbringend abgeholzt haben.

Thomas König

Frauenkurs nach Bénin

Im Rahmen der Reisenden Schule e.V. ist von Aug. '90 bis April '91 ein Frauenkurs geplant:
Für neun Monate den gewohnten Alltag verlassen, lernen über sich und die Welt, über ein Land in Westafrika, in einer nicht alltäglichen Form: selbstorganisiert, selbstverantwortlich in/mit einer Gruppe ähnlich motivierter Frauen ein gemeinsames Projekt zu probieren. Eine bewußte Begegnungsvorbereitung ist Voraussetzung, die Möglichkeiten dieser Reise zu nutzen, auf die verunsichernde Andersartigkeit anders als mit Angst, Arroganz oder Abwehr reagieren zu können.
Französischkenntnisse sind ebenso wichtig, wie die Bereitschaft, eine afrikanische Sprache zu erlernen. Der Kurs besteht aus einer insgesamt viermonatigen Vor- und Nachbereitungszeit, sowie einem fünfmonatigen Aufenthalt in Bénin.
Erstes Vorbereitungstreffen: 25.-27.5. in Menne
Infos und Anmeldung: Reisende Schule e.V., Bördestr. 3, 3550 Marburg-Menne, Tel.: 05641 - 8954

„Wir müssen uns aus den Fesseln von Machtstrukturen befreien“

Die harsche Kritik, die auf der ökumenischen Weltversammlung am Kapitalismus geübt wurde, kam keineswegs überraschend, wird doch immer deutlicher, daß seine "Versprechungen", durch den Egoismus des einzelnen, den Wohlstand aller zu erreichen, an 2/3 der Menschheit vorbeigehen.

Neu jedoch war, daß in der Forderung nach Gerechtigkeit in Seoul zwei "Philosophien" aufeinandertrafen. Während eine Position, vorwiegend aus dem deutschsprachigen Raum, stärker Wert auf eine (gemeinsame) Analyse der globalen Strukturen legte - um nach der gemeinsamen Beschreibung der Weltsituation verallgemeinerbare Konsequenzen zu ziehen -, entwickelte sich daneben eine zunehmend erstarkende Strömung, die den Ansatz bei den unmittelbaren Erfahrungen von Rassismus und Unterdrückung sucht. Ganz im Sinne der lateinamerikanischen Befreiungstheologie ist die Kategorie der "people movements" in den Vordergrund der ökumenischen Bewegung getreten. Gemeint sind damit die an den Rand gedrängten, physisch und kulturell Unterdrückten, die sich ihrer Lage bewußt werden und sich für eine gerechtere Gesellschaft (nicht auf Kosten anderer) einsetzen. Die Kirche müsse, so ihre Forderung, sich wieder auf die Option für die Armen besinnen.

Der vorgesehene Analyseteil des Abschlußdokumentes wurde von einer Mehrheit mit der Begründung abgelehnt, er werde der Vielfalt der regionalen Weltsituation nicht gerecht. Eine generalisierende Sprache wurde als Herrschaftsausübung empfunden, der Versuch, unterschiedliche Erfahrungen zu vereinheitlichen, als ein Weg, der in eine geistige Wüste führe.

"Wir müssen uns aus den Fesseln von Machtstrukturen befreien, die uns blind machen ..." heißt es in der Botschaft der Weltversammlung. Einen Versuch in diese Richtung stellt der "Bund zur Bejahung des Lebens" dar, der von Christinnen aller Konfessionen geschlossen wurde. Wir müssen die (männliche) Theologie von ihrer "Beschränkung auf Gehirn und Verstand befreien" heißt es in ihrem Beschluß. Die Frauen wollen der herrschenden Theologie ein Konzept, welches die konkrete Lebenssituation der Betroffenen stärker berücksichtigt und mehr Selbstbewußtsein entgegensetzen, auch wenn dies in der westdeutschen Presse als "Wenig greifbare Ergebnisse, viel Gerede ..." (ab)gewertet wurde.

Peter Schönhöffer, Pax Christi

Kölner Gegenveranstaltungen zum Medienspektakel "Eine Welt für alle", 23./24. Mai

Derzeitiger Stand der Planung:
- **IWF-Film: Im Herbst der Bestie Mittwoch, 23. Mai, 20.00 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache Melchiorstraße (Nähe Ebertplatz)**
- **Kölner Internationalismus-Treffen Donnerstag, 24. Mai ab 15.00 Uhr. Bürgerzentrum Alte Feuerwache**

Dieses soll etwa so aussehen:

15.00 Uhr: Veränderte Rahmenbedingungen für Befreiungsbewegungen (vor allem in El Salvador) nach der Wahlniederlage der Sandinisten.
ReferentInnen: Nelson Guava (Radio Venceremos)
Ulla Theisling (die im April mit der Soli-Delegation in El Salvador ist)

16.00 Uhr: Die Veränderungen in Osteuropa und ihre Auswirkungen auf die Dritte Welt am Beispiel Kuba
Referent: Jesus Sierra, Kuba (angefragt)

17.00 Uhr: Beteiligung der Bundesregierung an Aufstandsbekämpfungspolitik in der Dritten Welt am Beispiel Philipinen
ReferentInnen: VertreterIn der Cordillera Liberation Front (angefragt) über den phil. Befreiungskampf; Tony Bosch, Philipino im Kölner Exil und über das BMZ-Projekt auf der Bondoc-Halbinsel

18.00 - 20.00 Uhr: Pause

20.00 Uhr: Podiumsdiskussion über Konsequenzen für die Internationalismusarbeit unter veränderten Bedingungen
TeilnehmerInnen: Die Dritte-Welt VertreterInnen vom Nachmittag und für die bundesdeutsche Soli-Szene: Verena (BUKO, angefragt) und Gabi Gottwald (angefragt).

Darüberhinaus wird die BUKO-Ausstellung zur Verschuldung an möglichst vielen Stellen in Köln im Mai gezeigt und es wird zur Zeit eine ReferentInnen-Liste für LehrerInnen erstellt, die im Mai etwas gegen die Medienwoche tun wollen.

Solidaritätsbrigade für Cuba

Zum 16. Mal bietet das "Cubanische Institut für Völkerfreundschaft" (ICAP) im September diesen Jahres über 300 Personen aus 14 westeuropäischen Ländern die Möglichkeit eines vierwöchigen Arbeitseinsatzes in der Nähe von Havanna. Neben dem Arbeiten stehen eine kurze Rundreise sowie Gespräche mit gesellschaftlichen Organisationen und kulturelle Aktivitäten auf dem Programm. Die Teinahmekosten betragen ca. 2.000,- DM; Bewerbungen bis zum 1.6. an die

FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD — KUBA, Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/13 18 36

epd-Entwicklungspolitik 5/90
Analyse/Bericht: Direktvermarktung: Antwort von Produzenten und Konsumenten auf die Ernährungskrise in Peru / Entwicklungspolitik in den Wahlprogrammen der DDR-Parteien / Gründungsfieber bei Nichtregierungsorganisationen in der DDR / Ost-Boom zu Lasten der Dritten Welt? / Nicaragua: Ende aller Hoffnungen? / Neues Ausländergesetz: Eiserner Vorhang zur Dritten Welt? / Information: DDR: Entwicklungspolitischer "Runder Tisch" will Basisgruppen stärken /: SWAPO-Häftlinge: Rehabilitierung gefordert / Nahrungshilfe-Mißbrauch in Äthiopien / Neue Rolle für Kirchen in Südafrika / IWF-Strukturanpassungsprogramm streicht Subventionen für Bauern in Sri Lanka / Publizistisch-initiativ: Informationsstelle Südliches Afrika / Dokumentation: Südafrika-Konsultation des Weltkirchenrates / Stellungnahmen zu Menschenrechtsverletzungen der SWAPO / Völkermord im Amazonas-Gebiet / Lateinamerika: 500 Jahre Verleugnung und die Wiederkehr des Verdrängten / Afrikanische Reaktionen zur Entwicklung in Osteuropa

epd-Entwicklungspolitik 6/7/90
Analyse/Bericht: Deutsche Waffen und die Dritte Welt * Widerstand gegen Ferntourismus: Das Beispiel Goa * Slums: Rückgrat der Stadt? * Konflikt um Vertreibung von Slumbewohnern setzt Glaubwürdigkeit der südindischen Kirche aufs Spiel * Nicaragua: Angehörige von Contra-Opfern und Contra-Kämpfern gemeinsam für Versöhnung * Information: Öffenlichkeitskampagne "Eine Welt für alle" nimmt konkrete Formen an * Aufforstungen sollen Klimawandel aufhalten * Bundestag Hearing zu Äthiopien * Düstere Weltbank-Prognose für Osteuropa * GATT-Agrarverhandlungen: Sorgenkind der Uruguay-Runde * Dokumentation: Indische Slumbewohner kämpfen um ihre Rechte * Kritik am Konzept des "informellen Sektors * Erklärung der Asiatischen Koalition für Wohnrechte * Frauen und Wohnprogramme in Indien * Die erste Welt blockiert die Armen * Lateinamerikas Rolle in einer neugeordneten Welt *
Bezug: epd, Postfach 170 361,
6000 Frankfurt 17

Lateinamerika Nachrichten Nr. 190, Februar 1990
Nicaragua: "Revolutionärer Pragmatismus" im Friedensprozeß / Analisis - der Versuch eines sandinistischen Business-Magazins * El Salvador: Neoliberale Wirtschaftspolitik - Der Konsens der Herrschenden bröckelt * USA/Panama: no Comment * Chile: "Neue" Schauspieler auf der alten Bühne? / Pinochet im Selbstportrait * BRD/Brasilien: Proteste gegen Collor in Berlin - Die deutsche Einheitspresse schweigt * Argentinien: Der unaufhaltsame Abstieg zum "Dritte-Welt-Land * Peru: Die Menschenrechtsorganisation ADEPAZ wird Zielscheibe der Repression gegen die MRTA * Uruguay: Ediciones de Uno - Dichterkooperative trotz(t) der Krise * Rezension * Kurznachrichten * Zeitschriftenschau * Termine.
Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Abo 55,- DM, Einzelpreis 5,- DM

BOLIVIA Nr. 81, Januar/Februar 1990
Zur Invasion in Panama / Nachtrag zu den Kommunalwahlen 1989 / Zur Praxis der Parteiwechsler / Luis Arce Gomez an die USA ausgeliefert / Dezentralisierung des Erziehungssystems für 1990 geplant / Solidaritätsaufruf für eine Abendschule / Gewalt gegen die Frau / Interview mit einem bolivianischen Exporteur auf der Grünen Woche / 20. Internationales Forum des Jungen Films: La Nación Clandestina - Interview mit dem Regisseur Jorge Sanjines / Ostdeutsche: "Wir sind das Volk" - Bericht aus dem "Aqui".
Bezug: BOLIVIA, Sago-Informationsblatt, Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30; Preis: 2,50 DM

Querbrief 1/90
Südliches Afrika: In den Kooperativen der Grünzonen um Maputo/Mosambik / (Über)Leben in den Kooperativen / Bericht aus Pietermaritzburg/Südafrika /
WFD-Mitgliederversammlung: Was zählt, ist nicht der Anfang, sondern das Ende eines Projekts (Angéle Mottoh, Elfenbeinküste) / Diskussionspapier der INKOTA-DDR-Gruppen zur Zwei-Drittel-Welt-Problematik / Ausstiegserklärung von Thomas Nordheim/DDR, usw. usw.
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61,
Preis: DM 4,-

ila Nr. 133, März 90
Schwerpunktthema: Ökologie - Beiträge zur Ideologie der weltweiten Schicksalsgemeinschaft angesichts von Ozonloch und Klimakatastrophe, zur Umweltzerstörung durch bundesdeutsche Konzerne, durch Aufstandsbekämpfung und durch Agrobusiness, zu Ansätzen alternativer Umweltpolitik in Costa Rica, Peru, Brasilien und Gedanken zum ökologischen Landbau in der BRD.
Weitere Beiträge zu den Themen: Kuba und die Perestroika, zu den Auswirkungen der Entwicklungen in Osteuropa auf die Dritte Welt, zu Peru, zum Kolloquium der letzten europäischen Kolonien in Brüssel und ein Diskussionsbeitrag zu El Salvador.
Zusätzlich zwei Beilagen zum Landarbeiterstreik in Guatemala und zu den Wahlen in Nicaragua.
Einzelpreis DM 4,-; Jahresabo DM 40,-
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

FREIRE—BRIEF Nr. 43/89
Teilnehmende Forschung - Bildungsarbeit mit Frauen (Peru, Chile) / Rezensionen / Tips / Hinweise ... 20 S.
Spendenerwartung 2,50 DM inkl. Versandkosten bei:
AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2

Gen-ethischer Informationsdienst (GID) 53, März 1990
Bundesweite Aktionstage / Shell: Teilrückzug aus Saatgut-Sektor / Gewerkschaften zur Gentechnik / 12 Argumente gegen die Patentierung von Lebewesen / Weltweite Zunahme von Freisetzungen / IvF in der Schweiz / Lesetips und Termine.
Einzelpreis 5,- DM, Jahresabo 60,- DM.
Bezug: GID-Redaktion, Winterfeldstr. 3,
1000 Berlin 30, 303/215 35 28.

BRASILIEN RUNDBRIEF - April 1990
Collors Wirtschaft = Wirtschafts-Koller? /Die Situation der indianischen Völker: Anklage wegen Völkermord / Stellungnahme des Vorsitzenden der deutsch-brasilianischen Parlamentariergruppe zum Völkermord an den Indianern / Interview mit Vertretern der Bewegung der Landlosen / "Es ist Zeit aufzuwachen" - Brief von Dom Pedro Casaldáliga / Situation im Bundesstaat Acre / Tropenökologischer Kongreß / KoBras: Gründung der Kooperation Brasilien / Brief der Umweltgruppe GAMBA
Bezug: Brasilieninitiative Freiburg, In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg
Preis: 4,- DM (Einzelheft, 15,- DM Jahresabonnement (4 Ausgaben)

SOLIDARISCHE WELT Nr. 129
Schwerpunkt Tourismus - Goa: An die deutschen Chartertouristen - "Fliegt zurück ...!" / Tourismus - wem nützt, wem schadet er? / Marokko: Kein Urlaub im Königreich / Sextourismus und Frauenhandel / Anders reisen: Beispiele (Senegal und Nepal) / ASW Stellungnahme zur "Eine Welt-Woche" / Medienhinweise und Rezensionen zum Tourismusthema.
Einzelheft: DM 3,- (Abo DM 12,-)
Bezug: ASW e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

EPK 5-6/89
Eigennutz und Entwicklung - Reiche in armen Ländern / Herrschende Klassen und Entwicklung in der Dritten Welt / Die Internationale der Kleptokraten / Länderbeispiele: Korruption und Rückentwicklung in Zaire / Sudan - Interner Kolonialismus, Krieg, ruinierte Wirtschaft / "Idi Aminescu" - Die Zerrüttung Rumäniens / Haiti Perdu / Ghanas langer Weg aus der Krise / Argentinien - Niedergang eines potentiellen Industrielandes / Der Weltmarkt und die USA diktieren Jamaikas Entwicklung / Internationaler Bankenplatz Panama / Pakistan - Großgrundbesitz, Geistlichkeit und Generalität / Taiwan: Industrieland der Dritten Welt / Außerdem: Viele Arme, wenig Reiche - der informelle Sektor / Libanesen in Afrika / Kommentar: Der IWF - das neue "Kanonenboot" / Porträt: Ein Bilderbuch-Kapitalist aus Indien / EKP didaktisch: Überlegungen zu einer Unterrichtseinheit.
Bezug: EKP (Entwicklungspolitische Korrespondenz), Postfach 20 31 07, 2000 Hamburg 20, Preis: DM 7,00

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 144/145 - Mai/Juni 90
Schwerpunkt: Umbrüche in Osteuropa / Auswirkungen auf die "Dritte Welt" / Beiträge zur Volksrepublik China / - zu Vietnam * BUKO vom 14.-17.6. in Nürnberg: Programm, Anträge, Resolutionen, Rechenschaftsberichte * BUKO-Politik * DDR-Solibewegung: Interviews, Berichte, Gründungsfieber * EG-Binnenmarkt 92 und Konzerne: Kaffeemulti Jacobs/Suchard * Seminarberichte * Notizen aus der Szene * Termine * Buchbesprechungen * Zeitschriftenschau.
Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1
Abo DM 36,-, Einzelheft DM 3,- (dieses ist ein Doppelheft, deshalb DM 6,-).

Lateinamerika Nachrichten Nr. 191.
Schwerpunkt: Nicaragua: Die Regierung wechselt, die Revolution bleibt / Dokumentaton: Die Rede Daniel Ortegas, 26.2.1990 / Die Wahlen in definitiven Zahlen / Die Solidaritätsbewegung - der erste Frust ist Überwunden / Abwarten und weiter Nica-Kaffee trinken *
El Salvador: Schwächung der FMLN nach den Wahlen / Dokumentation - Eine Geste für den Dialog / Wir wollen Verhandlungen - jetzt! / Einstellung des bewaffneten Kampfes? *
Länderberichte: Kuba: Die These vom Erhalt des Sozialismus in einem Land / "TV-Antikuba" - US-Imperialismus in Farbe / Lieber (drogen)tot als rot * Uruguay: Amtsantritt des neuen Präsidenten: "Nationale Übereinkunft à la Uruguay * Chile: "Dezentralisierung": Die Bildungspolitik des Militärregimes * DDR: Soli-Gruppen - das 5. Rad am Wagen * Drogen: Ein Gipfel ohne Aussicht * Rezensionen * Termine
Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Abo 55,- DM, Einzelpreis 5,- DM

Klaus Hart, Luis Ramalho
Brasilien -
Ein politisches Reisebuch
VSA Verlag Hamburg 1989
285 Seiten
DM 29,80

Ludwig/Has/Neuer
Der neue Tourismus
C.H. Beck-Verlag, München 1990
172 Seiten, DM 19,80
C.H. Beck Vlg., Wilhelmstraße 9
8000 München 40

AK Philippinen der ESG Köln
Philippinen '89 - Ein Reader
Eigenverlag der Herausgeber, Köln 1990
AK Philippinen der ESG
Bachemer Str. 27, 5000 Köln 41

Der Blick der Medien auf die Dritte Welt
Die Entwickler (TRICKSTER 18)
192 Seiten, DM 19,-
zu bestellen:
TRICKSTER
Schmied-Kochel Str. 6
8000 München 70

Hrsg. Eike W. Schamp
Der informelle Sektor
1989, 212 Seiten, DM 34,-
Alano Verlag,
Kongreßstraße 5
5100 Aachen

Horst Siebert
Die vergeudete Umwelt
Steht die Dritte Welt vor dem ökologischen Bankrott?
Fischer Taschenbuch Verlag, 199 Seiten
DM 14,80

Redemokratisierung in Chile

Hrsg. ASW, 11/89, 20 S., Themen u.a.: J. Mera, Menschenrechte und Gerichtsbarkeit; M. Medoza Prado, Pehuenche-Indianer bedroht durch Abholzung der Araukarienwälder; Pidee - therapeutische Arbeit mit Kindern, die Opfer der Repression wurden; Gewerkschaftsbewegung; C. Ramirez, Selbstverwaltete Betriebe; A. Link, Frauen-Selbsthilfe; J. Riquelme, Über Musik und Bilder; Umwelt-Diagnose.
DM 3,- (incl. Porto)
Bezug: ASW e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

Jörg Meyer-Stamer
Von der Importsubstitution zur Weltmarktfähigkeit
Probleme und Perspektiven der Informationsindustrie in Brasilien
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), 120 Seiten, 1990
DIE, Fraunhoferstr. 33-36
1000 Berlin 10

AKAFRIK, ASW, Medico, Buko u.a.
Menschenrechtsverletzungen der SWAPO
medico International, 1990
Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1

Projektgruppe "Rüstungsexport" KOMZI
DAIMLER-BENZ - ein Rüstungskonzern auf dem Weg ins 21. Jahrhundert
Idstein, Februar 1990
218 Seiten, DM 12,80, ab 5 Expl. Rabatt
Bestellanschrift: KOMZI, Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein

"Rüstungsstandort Bremen - Abrüstungsfähig?" - Ein Symposium der BUKO-Koordinationsstelle "Stoppt den Rüstungsexport und der Bundstift-Stiftung am 25./26.5. in Bremen. Information und Anmeldung: BUKO-Koordinationsstelle, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, 0421/326045

"Klimakatastrophe: Wendepunkt der Industrialisierung?" Eine Arbeitstagung des DGB-Bildungswerkes Nord-Süd-Netz vom 15.-17. Juni in Hattingen. Information und Anmeldung: DGB Nord-Süd-Netz, Postfach 2601, 4000 Düsseldorf 1

"Namibia. Nation-building in Afrikas jüngstem Staat." Ein Seminar der Akademie Klausenhof vom 15.-17.6. in Hamminkeln. Information und Anmeldung: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 4236 Hamminkeln 2, 02852/89-1

Tropentag des Tropeninstituts der Universität Gießen, 17./18.5. im großen Hörsaal des Botanischen Instituts der Universität. Information und Anmeldung: Prof. Moll, Prof. Höfner, Schottstr. 2, 6300 Gießen, 0641/7028410

Viertes Symposium zur Kultur und Psychosoziale Situation in Lateinamerika, Juni 1990 in Hamburg. Information und Anmeldung: Dr. H. Riquelme/Seminar für transkulturelle Psychatrie UKE, Martinistr. 52, 2000 Hamburg 20, 040/468-4237

14. Bundeskongreß ent[illegible]cher Ak[illegible]

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

14.6.–17.6.1990 in Nürnberg

Donnerstag, 14.6.90

12.00–15.00	Anmeldung im Heiliggeistsaal der ESG
15.00	Plenum Begrüßung, anschließend Einführung in den Kongreß. Vorträge: **Erzwungene Normalität und Ausgrenzung** Zur Geschichte der europäischen Fremdenfeindlichkeit Gottfried Mergner, Oldenburg **Europa 93 — von unten und außen gesehen** Claudia von Braunmühl, Berlin anschließend Diskussion
18.00	Abendessen
19.00	Frauenplenum: Verständigung über das Kongreßthema unter feministischen Gesichtspunkten anschließend offener Abend

Freitag, 15.6.90

9.00–13.00	Arbeitsgruppen
13.00	Mittagessen
14.30–18.00	Fortsetzung der Arbeitsgruppen
18.00	Abendessen
19.00–21.00	workshops
21.00	Salsa-Fest mit „Caribu“

Samstag, 16.6.90

9.00–13.00	Plenum Diskussion der Arbeitsgruppenergebnisse
13.00	Mittagessen
14.30–19.00	Plenum Rechenschaftsberichte des Koordinierungsausschusses, de: FORUM und der Kampagnen; Perspektiven der weiteren BUKO-Arbeit Wahl des Koordinierungsausschusses Abstimmung von Resolutionen
19.00	Abendessen
20.00	„Wenn sich Deutschland umarmt...“ Musik-Theater, Walter Moßmann

Sonntag, 17.6.90

9.00–13.00	Plenum Vorträge: **Die „Dritte Welt“ im Abseits** Auswirkungen der Umbrüche in Osteuropa/DDR auf den Europäischen Binnenmarkt und die „Dritte Welt“, beurteil durch einen Gast aus der DDR (NN) und Roshan Dhunjiboy, Köln (angefragt) anschließend Diskussion über die Umrisse einer EG-Kamp gne
13.00	Mittagessen, anschließend Heimreise

Das genauere Programm und Anmeldeformulare gibt es in der BUKO Geschäftsstelle:

Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50 Tel.: 040/393156

Anmeldeschluß: 25.5.90

Nach den Vorstellungen der EG-Politiker soll das Projekt des „Europäischen Binnemarkts“ Ende 1992 abgeschlossen sein. Die damit verbundenen 'Freiheiten' des Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs, der Kapitalbewegungen werden den westeuropäischen, vor allen Dingen bundesdeutschen Konzernen und Banken eine gute Ausgangsbasis für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt mit den USA und Japan verschaffen.
Ein „vereintes Europa“ wird nicht bei der EG der 12 stehen bleiben: Mittel- und Osteuropa sollen in die wirtschaftlichen und politischen Strategien miteinbezogen werden.
Auf der Verliererseite dieses von oben initiierten Einigungsprozesses finden sich die sozialen Gruppen wieder, die in den Industrieländern ohnehin schon an den gesellschaftlichen Rand gedrängt sind: AsylbewerberInnen, Frauen, Teile der Industriearbeiterschaft und ihre Vertretungen, Kleinbauern/-bäuerinnen.

Konsequenzen wird er aber auch für die „Dritte Welt“ haben. Hier ist zu fragen, ob der europäische Binnenmarkt die ohnehin schon minimalen Spielräume für eine Befreiung der Länder der Drei Kontinente aus dem Würgegriff des Weltmarktes noch einmal verkleinern wird oder ob sich vielleicht doch neue Möglichkeiten für eine eigenständige Entwicklung eröffnen.
1992 ist noch durch ein anderes „europäisches“ Ereignis bestimmt: dann jährt sich zum 500. Mal die Unterwerfung von Zentral- und Südamerika durch die europäischen Kolonisatoren.
Auf ihrem 14. Bundeskongreß werden die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen die damit aufgeworfenen Fragestellungen diskutieren und versuchen, Gegenstrategien zu entwickeln. Der 14. Bundeskongreß wird Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten für die Zusammenarbeit der verschiedenen sozialen Bewegungen im In- und Ausland in Hinblick auf 1992 diskutieren.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56
Postgiroamt Hamburg, Konto 791 12-201, BLZ 200 100 20

EG '92 und „Dritte Welt“

Zukunft Europas — auf wessen Kosten?